

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

COUNTRY **East Germany**

REPORT

SUBJECT **Official Bulletins of the East German State Planning Commission (Verfügungen und Mitteilungen der Staatlichen Plan-Kommission)**

DATE DISTR. **1 OCT 1959**

NO. PAGES

1

25X1

REFERENCES

RD

DATE OF INFO.

PLACE &

DATE ACQ.

25X1

25X1

und Mitteilungen der Staatlichen Plan Kommission:

issues of Verfügungen

12 March 1959
6 April 1959
20 April 1959
30 May 1959
10 June 1959
25 June 1959
5 July 1959
15 July 1959

25X1

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

STATE	<input checked="" type="checkbox"/> ARMY	<input checked="" type="checkbox"/> NAVY	<input checked="" type="checkbox"/> AIR	<input checked="" type="checkbox"/> FBI	AEC	ORR. BY	<input checked="" type="checkbox"/>
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#")							

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Verfügungen und Mitteilungen der Staatlichen Plankommission

1959

Berlin, den 15. Juli 1959

Nr. 13

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
I. Verfügungen und Informationen des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und der Leiter der Abteilungen der Staatlichen Plankommission	
1. Verfügung vom 10. 6. 1959 über die Besonderen Bedingungen für die Lieferung und Montage von Ausrüstungen und Betriebsanlagen für den VEB Kombinat „Schwarze Pumpe“	1
2. Mitteilung zu den Richtlinien vom 22. 3. 1959 über die Anwendung der Verordnung über die Erteilung und Durchführung von Befreiungsaufträgen	2
3. Mitteilung vom 5. 6. 1959 über die Produktionsberichte der Brennereien	3
II. Verfügungen über die Gründung, Zusammenfassung (Angliederung) und Auflösung von	
vollständigen Betrieben, Instituten und Einrichtungen	
1. Anweisung vom 13. 6. 1959 über die Auflösung des VEB Braunkohlenwerk Zeitz in Thüringen	4
2. Anweisung vom 15. 6. 1959 über die Zusammenlegung von Versorgungskontoren des Staatlichen Textiltrubens	4
3. Anweisung vom 15. 6. 1959 zur Gründung des VEB „Chemische Erzeugnisse“ Muskau 5	5
III. Verschiedenes	
1. Mitteilung des Ministeriums für Kultur und Erziehung vom 11. 6. 1959 über den Bau von Kultur- und Kindertagesstätten	5
2. Mitteilung vom 26. 6. 1959 über Rechtsverhältnisse wegen Mitternachtschaden	5
3. Entwurf der Verordnungen	6

Verfügungen und Informationen des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und der Leiter der Abteilungen der Staatlichen Plankommission

1. Verfügung vom 10. 6. 1959 über die besonderen Bedingungen für die Lieferung und Montage von Ausrüstungen und Betriebsanlagen für den VEB Kombinat „Schwarze Pumpe“.

Die Sicherung der Erfüllung des Investitionsvorhabens Kombinat Schwarze Pumpe und die auf dieser Großbaustelle stehenden Umstände erfordern eine entsprechende Organisation der vertraglichen Beziehungen zwischen dem VEB Kombinat Schwarze Pumpe und den mit der Lieferung und Montage von Ausrüstungen und Betriebsanlagen an der Durchführung des Investitionsvorhabens beteiligten Betrieben. Es wird daher folgendes verfügt:

§ 1

- (1) Die Besonderen Bedingungen für die Lieferung und Montage von Ausrüstungen und Betriebsanlagen für den VEB Kombinat Schwarze Pumpe (s. Anlage) gelten für alle Verträge, welche die Lieferung und Montage von Ausrüstungen und Betriebsanlagen für den VEB Kombinat Schwarze Pumpe (Kombinat) zum Gegenstand haben. Die Besonderen Bedingungen sind auch im Verhältnis Hauptauftragnehmer (Auftragnehmer) und Nachauftragnehmer anzuwenden.
- (2) Die Allgemeinen Liefer- und Leistungsbedingungen finden Anwendung, soweit nicht in den Besonderen Bedingungen etwas anderes bestimmt ist.

Die Abteilungen des Staatlichen Plankommissionen, welche antragsleitenden Betriebe des Kombinat Schwarze Pumpe beteiligen, sind als Hauptauftragnehmer aufzutreten.

§ 3

- (1) Diese Verfügung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.
- (2) Sie gilt auch für noch nicht erfüllte Verträge.

Gregor

Erster Stellvertreter des Vorsitzenden
der Staatlichen Plankommission

Anlage

zu vorstehender Verfügung

Besondere Bedingungen für die Lieferung und Montage von Ausrüstungen und Betriebsanlagen für den VEB Kombinat Schwarze Pumpe

§ 1

Hauptauftragnehmer und Auftragnehmer

- (1) Die Lieferung und Montage von Ausrüstungen und Betriebsanlagen werden vom Hauptauftragnehmer oder, soweit keiner eingesetzt ist, vom Auftragnehmer durchgeführt.
- (2) Der Hauptauftragnehmer (Auftragnehmer) hat, sofern er auch die Montage vornimmt, die Ausrüstungen und Betriebsanlagen betriebsfertig an das Kombinat zu übergeben.

Kombinat erfolgt jedoch nur, wenn die angelieferten Teile gemäß § 6 signiert sind. Erkennbare Beschädigungen hat das Kombinat bei Entgegennahme der Lieferungen unverzüglich dem Hauptauftragnehmer (Auftragnehmer) sowie der Deutschen Reichsbahn zu melden. Das gleiche gilt bei Unvollständigkeit der Lieferungen, die sich an Hand der Versandpapiere feststellen läßt.

Durchführung der Montage

§ 8

(1) Für Schweiß-, Grave- und Schweißarbeiten in der Nähe von feuergefährdeten Betriebsanlagen sowie für die Errichtung von provisorischen Gleisübergängen ist vor Beginn der Arbeiten vom Hauptauftragnehmer (Auftragnehmer) die Zustimmung des Kombinatssicherheitsinspektors einzuholen.

(2) Vor Montagebeginn sind die Leistungskräfte des Hauptauftragnehmers (Auftragnehmer) durch das Kombinat eingehend über die besonderen betriebsbedingten Gefahren der Baustelle zu unterrichten.

§ 9

(1) Der Hauptauftragnehmer (Auftragnehmer) ist insbesondere für die Bereitstellung der Montageausrüstung einschließlich der Montagehilfen, für die Lieferung von Betriebs- und Hilfsmaterial, die Gestaltung von Montagegeräten, Werkzeugen und Vorrichtungen verantwortlich sowie nicht die Bestimmungen der Ordnung der Planung etwas anderes vorsehen.

(2) Im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten hat das Kombinat den Hauptauftragnehmer (Auftragnehmer) bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen gemäß Abs. 1 zu unterstützen.

(3) Als Baufreiheit müssen dem Hauptauftragnehmer (Auftragnehmer) unentgeltlich zur Verfügung stehen:

a) Telefonschluß
b) Mitbenutzung des Fernschreibers
c) Inzestellen sind vertraglich zu regeln. Grundgebühren Fernschreib- und Fernschreibgebühren hat der Hauptauftragnehmer (Auftragnehmer) dem Kombinat zu zahlen.

(4) Rüstleistungen sind, sofern sie der Hauptauftragnehmer (Auftragnehmer) nicht selbst ausführt, dem VPA HO-Bau Sebnitz - Abteilung Gerüstbau Schwarze Pumpe - zu übertragen. Die Regelung der Bestimmungen über die Vorbereitung und Durchführung des Energieprogramms hinsichtlich der Bereitstellung von Rüstholz bleibt hiervon unberührt.

§ 10

(1) Die Vertragspartner haben den voraussichtlichen Wert der Leistungen für Transport-, Be- und Entlade- und Rüstarbeiten, die über den Leistungsumfang der Preisbestimmungen hinausgehen, getrennt nach den einzelnen Positionen im Vertrag festzulegen.

(2) Hinsichtlich der Finanzierung der Transportleistungen der Bereitstellung der Rüstungen und der Rüstarbeiten haben die Vertragspartner einen möglichst einfachen Abrechnungsmodus zu vereinbaren.

§ 11

Bewachung, Arbeitsschutz und Brandschutz

(1) Das Kombinat bezieht die Bewachung der Baustellen einschließlich Lagerplätze in seinen Betriebschutz mit ein. Der Hauptauftragnehmer (Auftragnehmer) ist jedoch für den ordnungsgemäßen Verschluss seiner Räumlichkeiten und Lagerplätze verantwortlich.

(2) Der Hauptauftragnehmer (Auftragnehmer) ist verpflichtet, die Arbeitsschutzanordnungen und die Bestimmungen über den Brandschutz einzuhalten.

§ 12

Montageversicherung

Der Abschluß einer Montageversicherung erfolgt nicht. Tritt ein Schaden ein, der im Rahmen der Montageversicherung reguliert wurde, trägt das Kombinat die Kosten für die Beseitigung des Schadens, soweit der Hauptauftragnehmer (Auftragnehmer) auf Grund der preisrechtlich in Bestimmung zur Weiterberechnung der Versicherungsprämien berechtigt ist.

§ 13

Soziale und kulturelle Betreuung der Arbeitskräfte

(1) Der Hauptauftragnehmer (Auftragnehmer) hat für die Bereitstellung von Unterkunftsmöglichkeiten für die Montagekräfte auf seine Kosten zu sorgen. Auf Verlangen des Hauptauftragnehmers (Auftragnehmers) ist das Kombinat für die Unterbringung der auf der Baustelle einzusetzenden Arbeitskräfte Unterkünfte nachzuweisen. Die Unterbringung soll in unmittelbarer Entfernung vom Kombinat liegen. Der Hauptauftragnehmer (Auftragnehmer) habe dem Kombinat spätestens 3 Wochen vor Baubeginn die Zahl der benötigten Unterkünfte an Wohnort, Alter, Geschlecht und männlichen Arbeitskräften, der Hauptauftragnehmer (Auftragnehmer) ist verpflichtet, mit den Vermietern rechtzeitige Mietverträge zu schließen. Von den Vertragspartnern ist eine bereichsweise Unterbringung der Montagekräfte anzustreben.

(2) Das Kombinat hat dafür zu sorgen, daß

a) den Arbeitskräften des Hauptauftragnehmers (Auftragnehmers) die Teilnahme am Werkessen des Kombinatss in der Bezugszahl möglich ist. Über die Finanzierung der Kostendeckung und den Essensbezug sind zwischen dem Kombinat und dem Hauptauftragnehmer (Auftragnehmer) entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

b) den Arbeitskräften des Hauptauftragnehmers (Auftragnehmers) die Teilnahme an den kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen des Kombinatss gegen Bezahlung möglich ist. Der Hauptauftragnehmer (Auftragnehmer) ist jedoch verpflichtet, anteilig zu den Kosten zentraler Veranstaltungen beizutragen.

c) eine ausreichende sanitäre und ärztliche Betreuung gewährleistet ist.

d) in den Wintermonaten die Montageplätze (nicht dagegen die Objektbaustellen und die zentralen Baustellen) ausreichend beheizt werden.

e) im Rahmen der örtlichen Möglichkeiten bei HO und Konsum - vor allem für Lebensmittel und Getränke - auf oder in angemessener Nähe der Baustelle Einkaufsmöglichkeiten bestehen.

f) die Arbeitskräfte, das Essen und die Getränke in zentralgelegenen Speiseräumen, insbesondere auch in den Wintermonaten, und während der Nachtzeit einnehmen können.

2. Ergänzung zu den Richtlinien vom 22. 8. 1958 über die Anwendung der Verordnung über die Erteilung und Durchführung von Regierungsaufträgen.

Auf Grund eines Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates wurde der Staatlichen Verwaltung der Staatsreserve die Berechtigung übertragen, gemäß § 1 Z 2 der Verordnung vom 17. 12. 1953 über die Erteilung

Bei der Ermittlung von Unfällen ist die Abteilung Landwirtschaft des zuständigen Rates des Kreises gutachtlich zu hören.

Bei Bienenstöcken sind mit der zuständigen Spätkamer Ortsbesichtigungen durchzuführen und die erforderlichen Schadensprotokolle zu errichten.

Schadenersatzleistungen sollten nur auf Grund vorliegender Gutachten der Bienenschutzstelle Hohen Neuendorf vorgenommen werden.

Bei allen Schadenfällen ist eine gütliche Einigung mit dem Ziel der Abschlusses eines außergerichtlichen Vergleiches anzustreben.

3. Hinweis auf Veröffentlichung

Die Betriebe und Institute insbesondere die Konstrukteure, Techniker, Justiziere, Vertragssachbearbeiter und Kaufmännischen Leiter werden auf die vom VDI (Verein Deutscher Ingenieure) Berlin veröffentlichte Neuerscheinung:

„Verträge über Konstruktionleistungen und techn. Zeichnungen“

von den Justiziaten Dr. Hoffmann und Dr. Schneider hingewiesen.

Die Arbeit befaßt sich mit den Rechtsbeziehungen bei Neukonstruktionen, Weiterentwicklungen und neuen technischen Verfahren im Maschinenbau. Das Studium und die Auswertung dieser Neuerscheinung wird empfohlen.

25X1

Page Denied

Next 1 Page(s) In Document Denied

Berlins-100.

Berlin-Karlshorst, den 25.7.59

Bericht über den Besuch von DIA-Delegation

Allycellulose

1. J. ...
2. ...
3. ...
4. ...
5. ...

Die DIA-Delegation ist die ... bisher ...

Allycellulose

1. ...
2. ...
3. ...
4. ...
5. ...

Die Lieferung sind ... aufgetrieben

Allycellulose

1. 850 t
2. 350 t
3. 350 t
4. 350 t
5. SU

Die Erfüllung von ... Außenhandels ...
... adressiert ...
...
...
... zu verzeichnen

Allycellulose

1. ...
2. ... (117,9 t 117,9 Nobel)
3. ... (117,9 t 117,9 Nobel)
4. insgesamt ... (117,9 t 117,9 Nobel)
5. ...

Die schließende Menge in ... ist in den ersten Julitagen ... Grenze gerollt.

Carboxymethylcellulose

1. 55,0 t
2. 22,0 t
3. 40,0 t
4. 5,0 t
5. Westdeutschland, Schweden

- 2 -

... Menge für das IV. Quartal
... bereits ... DIA bekam an vorhergesehen Mittel zum
... in ... mit ... vorfristig für die
... ... Die ... waren mit
... ...

Einholm

1.
2.
3.
4.
5.

1.
2.
3.
4.
5.

Westdeutschland

... Restmenge
... IV. ...

Journal

1.
2.
3.
4.
5.

1.
2.
3.
4.
5.

Westdeutschland

... Restmenge
... IV. ...

Einholm

Zu 1:
Zu 2:
Zu 3:
Zu 4:
Zu 5:

4,
2,
4,
1,
1,

Westdeutschland

Journal

1.
2.
3.
4.
5.

1.
2.
3.
4.
5.

Westdeutschland

... wie ... DIA ...
... DIA ...
... die ...
... werden ...
... Verzögerungen in ...
... Restmenge in ...
... nächsten Tagen ...
... , als ...

Einholm

Zu 1:
Zu 2:
Zu 3:
Zu 4:
Zu 5:

21,3 t
8,5 t
19,3 t
0,050 t
Westdeutschland

- 3 -

erlaubt, dass die...
welche...
...lassen.

...lassen.

...lassen.
...lassen.
...lassen.

...lassen.

...lassen.
...lassen.

...lassen.
...lassen.

Verfügungen und Mitteilungen der Staatlichen Plankommission

1959

Berlin, den 12. März 1959

Nr. 4

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
I. Verfügungen und Informationen des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und der Leiter der Abteilungen der Staatlichen Plankommission	
Verfügung vom 27. 2. 1959 zur weiteren Ausarbeitung und Fortsetzung der Planvorschläge für den Perspektivplan der DDR bis 1965	1
Verfügung vom 4. 2. 1959 über die Bildung eines wissenschaftlichen Rates in Druckbetrieben in der Staatlichen Plankommission	2
Verfügung vom 26. 1. 1959 über die Durchführung der Arbeiten mit dem Geizte der Standardisierung und Rationalisierung in Wirtschaftsbetrieben	2
Verfügung vom 11. 2. 1959 über die Durchführung der Schweißerschulung im Rahmen der Erwachsenenbildung	3
Mitteilung vom 29. 1. 1959 über den Einsatz von Kunststoffen (Plasten)	3
Mitteilung vom 2. 2. 1959 über die Allgemeinen Lieferbedingungen für Regierungsaufträge	3
II. Verfügungen über die Gründung, Zusammenlegung (Angliederung) und Auflösung von eigenen Betrieben	
Anweisung vom 20. 12. 1958 über die Auflösung des Versorgungskondors Papierwaren Luckenwalde	5
Anweisung vom 20. 12. 1958 über die Zusammenlegung der Betriebe VEB Förderanlagen Magdeburg und VEB Schwermaschinenbau „7. Oktober“ Magdeburg	5
Anweisung vom 30. 12. 1958 über die Zusammenlegung von Betrieben des Automobilbaues	5
Anweisung vom 30. 12. 1958 über die Zusammenlegung von Bezirkskontoren für Landmaschinen- und Traktorenersatzteile	6
Anweisung vom 30. 12. 1958 über die Zusammenlegung der Braunkohlenwerke Kulkwitz und Dolitz	6
Anweisung vom 30. 12. 1958 über die Zusammenlegung der Braunkohlenwerke Rositz und Zechau	6
Verfügung vom 24. 1. 1959 über die Zusammenlegung von Betrieben der Konfektionsindustrie	7
Anweisung vom 24. 1. 1959 über die Zusammenlegung von Betrieben der VVB Konfektion	8
III. Verschiedenes	
Mitteilung des Amtes für Erfindungs- und Patentrewesen vom 3. 2. 1959 über die Behandlung von Anmeldungen und sonstigen Rechtsbehandlungen außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiet des Patent- und Warenzeichenwesens	8
Mitteilung über das Werkleiterhandbuch des Maschinenbaues	8
VEG, MTS und anderen wirtschaftlichen Einrichtungen zur Sicherung einer einheitlichen und koordinierten Ausarbeitung des 7-Jahr-Planes hat die Staatliche Plankommission folgende Direktiven erlassen:	
Den Beschluß (Direktive) vom 20. 10. 1958 (Verfügungen und Mitteilungen der Staatlichen Plankommission Nr. 3 vom 1. 11. 1958).	
Den Beschluß vom 12. 1. 1959 (Verfügungen und Mitteilungen der Staatlichen Plankommission – Sonderdruck – vom 26. 1. 1959).	
Die methodischen Hinweise für die Ausarbeitung des Perspektivplanes.	
Nach dem XXI. Parteitag der KPdSU hat ein breites Studium der Materialien über die Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR eingesetzt. Eine der Hauptthesen des XXI. Parteitages be-	

steht darin, daß die aktive Mitarbeit aller Werktätigen die wichtigste Quelle für die Ausnutzung aller Möglichkeiten der sozialistischen Produktionsweise darstellt. Die Ausarbeitung des 7-Jährigen Planes der DDR kann nur dann zu maximalen Fortschritten führen und alle unsere Möglichkeiten und Ressourcen berücksichtigen, wenn sie alle Erfahrungen unserer Werktätigen, Ingenieure, Techniker und Wissenschaftler in den Betrieben der Industrie, der Landwirtschaft, des Verkehrs, des Handels und anderer Zweige und Bereiche der Volkswirtschaft voll berücksichtigt.

Um eine qualifizierte Ausarbeitung der Planvorschläge für den 7-Jährigen Plan einschließlich der Rekonstruktionspläne der Aufgaben auf dem Gebiete der neuen Technik, der Standardisierung und Typisierung der Produktion sowie eine gründliche Diskussion mit den Werktätigen zu sichern, wird unter Beachtung aller bisher getroffenen inhaltlichen, organisatorischen und methodischen Direktiven folgende Festlegung für die Ausarbeitung und Diskussion des 7-Jährigen Planes getroffen:

1. Alle Staats- und Wirtschaftsorgane haben zu veranlassen, daß in den Monaten März, April und Mai 1959 auf der Grundlage der Orientierungsziffern in allen Betrieben, LPG und sonstigen wirtschaftlichen Einrichtungen die Planvorschläge für den 7-Jährigen Plan ausgearbeitet und eine breite Diskussion mit den Werktätigen und der gesamten Bevölkerung über die Ziele und Aufgaben unseres 7-Jährigen Planes sowie jedes einzelnen Betriebes, jeder LPG usw. durchgeführt werden. Die Diskussion über die Planvorschläge ist gemeinsam mit den Gewerkschaften vorzubereiten und zu organisieren.

2. Alle Staats- und Wirtschaftsorgane haben die Ausarbeitung der Planvorschläge und die Diskussion durch einen maximalen Einsatz ihrer Mitarbeiter in den Betrieben, LPG usw. zu unterstützen und die unbedingt koordinierte Ausarbeitung der Planvorschläge zu gewährleisten.

3. Die Termine für die Übergabe der zusammengefaßten koordinierten Planvorschläge der Ministerien, VVB und Wirtschaftsräte der Bezirke an die Staatliche Plankommission ist der 1. 7. 1959.

Die Termine für die Übergabe der Planvorschläge der Räte der Kreise und Einrichtungen der örtlichen Wirtschaft an die Wirtschaftsräte der Bezirke sind durch die Wirtschaftsräte der Bezirke festzulegen. Die Übergabe soll jedoch nicht vor dem 31. 3. 1959 durchgeführt werden.

Der Termin für die Übergabe der Planvorschläge einschließlich der Rekonstruktionspläne der zentralisierten Betriebe an die VVB ist der 31. 3. 1959.

4. Das von jeder VVB als Bestandteil des 7-Jährigen Planes ausgearbeitete Rekonstruktionsprogramm des Industriezweiges ist spätestens bis zum 1. 7. 1959 der Staatlichen Plankommission zu übergeben.

Die gemäß Abschnitt 4, Punkt 3. des Beschlusses der Staatlichen Plankommission vom 12. 1. 1959 durchzuführenden technisch-ökonomischen Konferenzen der Industriezweige sind, wie bisher festgelegt, bis spätestens 30. 4. 1959 durchzuführen.

Der Vorsitzende
der Staatlichen Plankommission
Leuschner
Stellvertreter des Vorsitzenden des
Ministerrates

2. Verfügung vom 4. 2. 1959 über die Bildung einer wissenschaftlich-technischen Direktoriums in der Staatlichen Plankommission.

Das Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts muß so beschleunigt werden, daß es den

ökonomischen und politischen Erfordernissen voll entspricht. Dazu ist es notwendig, alle Möglichkeiten des demokratischen Zentralismus auszunutzen. Den Beschlüssen des 4. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands folgend, wird festgelegt:

1. Es wird ein wissenschaftlich-technisches Direktorium der Staatlichen Plankommission gebildet. Dem Vorsitz des wissenschaftlich-technischen Direktoriums hat der Leiter der Abt. Investitionen, Forschung und Technik der Staatlichen Plankommission.

2. Dem wissenschaftlich-technischen Direktorium gehören hervorragende Vertreter der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz aus der sozialistischen Industrie an.

3. Das wissenschaftlich-technische Direktorium berät Schlüsselprobleme des technischen Fortschritts und beschließt die Einführung wissenschaftlicher und technischer Neuerungen. Die Mitglieder des Direktoriums haben das Recht, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der sozialistischen Industrie zu kontrollieren und von den Verantwortlichen Rechenschaft zu verlangen.

4. Im Sektor Forschung und Technik der Staatlichen Plankommission wird eine Gruppe von hochqualifizierten Ingenieuren gebildet, deren Aufgabe es ist, die Beschlüsse des wissenschaftlich-technischen Direktoriums in der Praxis durchzusetzen.

5. Der Leiter der Abt. Investitionen, Forschung und Technik der Staatlichen Plankommission ist beauftragt und bevollmächtigt, den Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission in Fragen der Forschung und Technik zu vertreten.

6. In den Sektoren der Fachabteilungen der Staatlichen Plankommission werden wissenschaftlich-technische Kollegien gebildet. In den Sektoren, in denen bereits Kollegien bestehen, werden — wenn notwendig — Erweiterungen vorgenommen.

7. Den wissenschaftlich-technischen Kollegien der Sektoren gehören die hervorragenden Vertreter der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz des Sektors an.

8. Das wissenschaftlich-technische Kollegium des Sektors berät die Hauptprobleme des technischen Fortschritts und beschließt die Einführung von wissenschaftlich-technischen Maßnahmen in die Praxis.

Der Vorsitzende
der Staatlichen Plankommission
Leuschner
Stellvertreter
des Vorsitzenden des Ministerrates

3. Verfügung vom 28. 1. 1959 über die Durchführung der Arbeiten auf dem Gebiete der Standardisierung und Rationalisierung im Wirtschaftszweig Energie. Zur Durchführung der Arbeiten auf dem Gebiete der Standardisierung und Rationalisierung im Wirtschaftszweig Energie wird im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen Abteilungen der Staatlichen Plankommission und dem Amt für Erfindungen- und Patentwesen folgendes bestimmt:

§ 1

(1) Die Zentralstelle für Standardisierung und Rationalisierung für den Sektor Energie im VEB Energiesprojektorium (nächstehend ZRSB genannt) ist für die Anleitung, Durchführung, Koordinierung und Kontrolle der Arbeiten auf dem Gebiete der Standardisierung und Rationalisierung für den Wirtschaftszweig Energie verantwortlich.

- (2) Die ZISR unterstützt fachlich dem Sektor Energie, verwaltungsmäßig dem VVB Energieprojektivierung.
- (3) Für die Tätigkeit der ZISR ist ihr Leiter verantwortlich. Die Einsetzung des Leiters der ZISR bedarf der Bestätigung des Leiters des Sektors Energie.
- (4) Der nach den gesetzlichen Bestimmungen aufzufüllende Struktur- und Stellenplan der ZISR bedarf der Genehmigung des Leiters des Sektors Energie.

§ 2

Der ZISR obliegen für das Arbeitsgebiet Standardisierung insbesondere folgende Aufgaben:

1. Ausarbeitung und Abstimmung der Planvorschläge für den Volkswirtschaftsplan - Planfeld Standardisierung - (Staatliche Standardisierung) sowie für den Plan der Standardisierung des Wirtschaftszweiges Energie (Fachbereich Standardisierung).
2. Koordinierung der Ausarbeitung und Abstimmung der Entwürfe von DDR-Standards und Fachbereich-Standards. Zu den Fachbereich-Standards gehören die Regeln der Technischen Betriebsführung sowie VVB-Vorschriften, soweit letztere zu Fachbereich-Standards erklärt werden.
3. Prüfung der Entwürfe der DDR-Standards durch den Standard-Präzisionsausschuss der ZISR zur Veröffentlichung im Mitteilungsblatt "Standardisierung" des Amtes für Standardisierung.
4. Terminliche und fachliche Kontrolle der Planaufgaben des Volkswirtschaftsplanes - Planfeld Standardisierung - und des Planes der Standardisierung des Wirtschaftszweiges Energie.
5. Ständige Kontrolle der DDR-Standards hinsichtlich der Übereinstimmung mit der ökonomischen Entwicklung in der DDR und dem technischen Fortschritt.
6. Verfügung über die zur Durchführung der Standardisierungsarbeiten bereitgestellten Mittel, Finanzierung, Kontrolle und Abrechnung der Aufwendungen für Planaufgaben des Volkswirtschaftsplanes - Planfeld Standardisierung - und des Planes der Standardisierung des Wirtschaftszweiges Energie.
7. Ausarbeitung eines langfristigen Standardisierungsplanes unter Berücksichtigung der Perspektive des Wirtschaftszweiges Energie.
8. Abstimmung und Kontrolle der Werkstandardisierung.
9. Fachliche Anleitung und Kontrolle der Büros für Standardisierung und der Beauftragten für Standardisierung in den Betrieben.
10. Zusammenarbeit mit anderen Zentralstellen für Standardisierung.
11. Vorbereitung der Anträge auf Verbindlichkeitsklärung von DDR-Standards.
12. Beauftragung der Verbindlichkeitsklärung von Fachbereich-Standards sowie Veranlassung der Brücklegung von Fachbereich-Standards und Regeln der Technischen Betriebsführung.
13. Koordinierung der Ausarbeitung von Arbeitsbestimmungen.
14. Beschaffung und Auswertung der In- und Auslands-Standards sowie Durchführung des Ausleihdienstes.
15. Bearbeitung und Prüfung von Anträgen auf Erteilung von Ausnahmegenehmigungen bei Ab-

weichungen oder Nichteinhaltung von DDR-Standards und Fachbereich-Standards unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen und der vom Amt für Standardisierung herausgegebenen Richtlinien.

16. Herausgabe eines Mitteilungsblattes zur Information der Betriebe.
17. Ausarbeitung von Vorschlägen für internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Standardisierung.
18. Erfassung und Koordinierung der Tätigkeit der Mittel- und im Deutschen Normenausschuss (DNA) und in sonstigen internationalen Standardisierungsorganen sowie Festlegung der Delegierten im Einvernehmen mit dem Sektor Energie.

§ 3

Für die Aufgaben der ZISR auf dem Gebiete des Erfindungs- und Vorschlagswesens gilt die für die VVB in der Verfügung über die Verteilung der Aufgaben auf dem Gebiete des Erfindungs- und Vorschlagswesens auf der Grundlage des Gesetzes vom 11. 2. 1958 über die Verwirklichung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates der Deutschen Demokratischen Republik enthaltene Aufgabenstellung entsprechend.

§ 4

Die Bestimmung des Volkswirtschaftsplanes - Planfeld Standardisierung - und des Planes der Standardisierung des Wirtschaftszweiges Energie erfolgt durch den Sektor Energie. Dieser nimmt auch die Aufteilung der beiden Pläne in die VVB Verbundwirtschaft sowie die zentralisierten Betriebe und an die Wirtschaftskreise in die dezentralisierten Betriebe des Wirtschaftszweiges Energie vor.

§ 5

- (1) Die ZISR gibt dem Sektor Energie den Wirtschaftsrat bei den Räten der Bezirke und der VVB Verbundwirtschaft Empfehlungen über die Durchführung von Maßnahmen auf dem Gebiete der Standardisierung und Rationalisierung.
- (2) Der Leiter der ZISR nimmt an Beratungen über Fragen der Standardisierung und Rationalisierung des Sektors Energie der Wirtschaftskreise - soweit die Beratungen den Wirtschaftszweig Energie betreffen - und der VVB Verbundwirtschaft teil.
- (3) Die ZISR hat auf dem Gebiete der Standardisierung und Rationalisierung mit den Beauftragten für Standardisierung und den Büros für Erfindungswesen unmittelbar zusammenzuarbeiten.
- (4) Die ZISR arbeitet nach einer vom Sektor Energie zu bestätigenden Geschäftsordnung.

§ 6

- (1) Die Finanzierung der Ausarbeitung von DDR-Standards und Fachbereich-Standards erfolgt nach der jeweils gültigen Anordnung über die methodischen Grundsätze der Planung der Volkswirtschaft der DDR.
- (2) Die Finanzierung der Ausarbeitung von Weltstandards erfolgt im Rahmen des Finanzplanes des jeweiligen Betriebes.

1) Diese Verfügung wird später veröffentlicht.

§ 7

(1) Diese Verfügung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

(2) Gleichzeitig werden die §§ 6, 7, 8, 10, 11 der Verfügung Nr. 31 57 vom 2. Mai 1957 über Standardisierung und Technische Normung im Bereich des Ministeriums für Kohle und Energie (VuM des MfK f. Kohle und Energie, Nr. 7 1957, S. 5) für den Bereich des Wirtschaftszweiges Energie aufgehoben.

Der Leiter der Abt. Kohle und Energie der Staatlichen Plankommission
i. V. **Hinkelmann**
Sektorleiter

4. Verfügung vom 11. 2. 1959 über die Durchführung der Schweißerausbildung im Rahmen der Erwerbsqualifizierung.

Die Schweißerausbildung im Rahmen der Erwerbsqualifizierung zur Vorbereitung auf Schweißprüfungen und die Ausbildung in Hochleistungs-Schweißverfahren hat im Höchstmaß an praktischen Fertigkeiten und fachkundlichen Kenntnissen zu veranlassen.

Für eine Ausbildung in geeigneten Werkstätten mit qualifizierten Kräften zu gewährleisten, wird im Einvernehmen mit dem Zentralinstitut für Schweißtechnik der DDL, Halle (Saale), der Schweißtechnischen Versuchsanstalt der Reichsbahn Wittenberge und der Schweißtechnischen Versuch- und Lehranstalt Berlin folgendes verfügt:

I.

1. Alle Betriebe, die Schweißer betriebsgebunden zu Prüfungen nach verbindlichen Vorschriften ausbilden wollen, bedürfen einer besonderen Erlaubnis (Lizenz).

2. Für die Erteilung der Lizenz sind zuständig:

a) das Zentralinstitut für Schweißtechnik der DDR Halle (Saale) für alle Betriebe außer den unter Abs. 2b und c genannten.

b) die Schweißtechnische Versuchsanstalt der Reichsbahn Wittenberge für die Betriebe der Reichsbahn.

c) die Schweißtechnische Versuch- und Lehranstalt Berlin für die Betriebe des Raumes Groß-Berlin.

3. Für Betriebe, welche gemäß der „Anordnung über die Zulassung von Betrieben zur Ausführung abnahmepflichtiger Schweißarbeiten“ vom 1. 8. 1956 (GBL I, S. 619) zulassungspflichtig sind und die eine Schweißerausbildung beabsichtigen, wird die Lizenz im Einvernehmen mit der Zulassungskommission für Schweißbetriebe der DDR beim ZIS-Halle mit der Zulassung in Form einer Anlage zur Zulassungsurkunde erteilt.

II.

Die in der TGL 2847-56, Fußnote 3, aufgeführten Prüfstellen dürfen Schweißprüfungen als Abschluss geschlossener Lehrgänge nur in Betrieben durchführen, die eine Lizenz nach § 1 besitzen.

III.

1. Die Lizenzen können gemäß Abschnitt 1, Absatz 3, der TGL 2847-56 auf die Zulassung eines bestimmten Schweißingenieurs zur Durchführung von Schweißprüfungen erweitert werden.

2. Die Prüfstellen sind berechtigt, an diesen Prüfungen teilzunehmen und Prüfungsprotokolle gegenzeichnen.

IV.

1. Die im § 1, Absatz 2, genannten Stellen haben auf die organisatorische Durchführung der Schweißerausbildung Richtlinien herauszugeben, die abzustimmen sind.

2. Für die praktische und fachkundliche Schweißerausbildung hat das Zentralinstitut für Schweißtechnik der DDR Richtlinien herauszugeben.

Der Leiter der Abt. Maschinenbau der Staatlichen Plankommission
Wunderlich
Mitglied der Staatlichen Plankommission

5. Mitteilung vom 29. 1. 1959 über den Einsatz von Kunststoffen (Plasten).

Kunststoffe werden in erheblichem Umfang in der Metallblechtechnik, zur Gußfehlerbehebung, als Bauelemente und für den Oberflächenschutz eingesetzt. Durch die im Rahmen des Chemie-Programms eintretenden erheblichen Produktionssteigerungen werden Kunststoffe in immer größerem Umfang zur Verfügung stehen.

Zur Erweiterung der Einsatzgebiete für Kunststoffe und zur verstärkten Anwendung der neuen Technik sowie zur Sicherung werkstoffgerechter Konstruktionen und fachgemäßer Verarbeitung der neuen Werkstoffe ist es notwendig, im Rahmen der Erwerbsqualifizierung durch Lehrgänge, die in Frage kommenden Kader der Betriebe mit Kunststoffen (Plasten) vertraut zu machen.

Lehrgänge werden vom Zentralinstitut für Schweißtechnik der Deutschen Demokratischen Republik (ZIS), Halle (Saale), N 10, Kolonnen Str. 4, im Jahre 1959 in folgendem Umfang durchgeführt:

1. Sonderlehrgänge über den Einsatz und die Verarbeitung von Metallblechern für Konstrukteure und Technologen.

Dauer: 1 Woche.

Termine: 23. 2. bis 28. 2. 1959, 15. 6. bis 20. 6. 1959.
Lehrgangsgebühr: 87,- DM.

2. Sonderlehrgänge über den Einsatz und die Verarbeitung von Kunststoffen als Bauelemente und Oberflächenschutz für Konstrukteure und Technologen.

Dauer: 2 Wochen.

Termine: 4. 5. bis 16. 5. 1959, 5. 10. bis 17. 10. 1959.

Lehrgangsgebühr: 172,- DM.

3. Kunststoff-Lehrgänge über die werkstoffgerechte Anwendung von Polyvinylchlorid (Ekadur, Decolith) für Architekten, Konstrukteure, und Angehörige der Bauaufsicht.

Dauer: 1 Woche.

Termine: 16. 3. bis 21. 3. 1959, 25. 5. bis 30. 5. 1959, 24. 8. bis 29. 8. 1959, 2. 11. bis 7. 11. 1959.
Lehrgangsgebühr: 65,- DM.

4. Sonderlehrgang über den Einsatz und die Verarbeitung von Kunststoff-Folien für Verpackungszwecke.

Dauer: 1 Woche.

Termin: 16. 11. bis 21. 11. 1959.

Lehrgangsgebühr: 87,- DM.

Anmeldungen zu den Lehrgängen sind an das ZIS, Halle zu richten. Arbeits- und Lehrpläne können vom ZIS-Halle angefordert werden.

Der Leiter der Abt. Maschinenbau der Staatlichen Plankommission
Wunderlich
Mitglied der Staatlichen Plankommission

Mitteilung vom 2. 2. 1959 über die Allgemeinen Lieferbedingungen für Regierungsaufträge.

Für Regierungsaufträge, die vom Sektor Regierungsaufträge der Staatlichen Plankommission erteilt werden, sind die den Regierungsaufträgen beigefügten Lieferbedingungen verbindlich.

D. Juchacz
Sekretär
der Staatlichen Plankommission

II. Verfügungen über die Gründung, Zusammenlegung (Angliederung) und Auflösung von volkseigenen Betrieben.

Anweisung vom 20. 12. 1958 über die Auflösung des Versorgungskontos Papierwaren Luckenwalde.

§ 1

Das Versorgungskonto Papierwaren, Luckenwalde wird mit Wirkung vom 31. 12. 1958 aufgelöst.

§ 2

Das Versorgungskonto Papier und Graphischer Bedarf, Berlin, ist Rechtsnachfolger des aufgelösten Kontos.

Die von dem nach § 1 aufgelösten Versorgungskonto verwalteten Vermögenswerte gehen mit Wirkung vom 1. 1. 1959 in die Rechtsträgerschaft des Versorgungskontos Papier und Graphischer Bedarf, Berlin, über.

§ 3

Die Abschlussbilanz ist per 31. 12. 1958 von dem durch das Staatliche Konto für Zellstoff und Papier anzuweisenden Beauftragten aufzustellen.

Die in der Abschlussbilanz enthaltenen Aktiv- und Passiv-Posten sind in die Eröffnungsbilanz des Versorgungskontos Papier und Graphischer Bedarf, Berlin, per 1. Januar 1959 zu übernehmen.

§ 4

Die dem „Versorgungskonto“ Papierwaren, Luckenwalde, bisher obliegenden Versorgungsaufgaben sind vom Versorgungskonto Papier und Graphischer Bedarf, Berlin, zu übernehmen.

Die staatlichen Aufgaben 1959 für das Versorgungskonto Papier und Graphischer Bedarf, Berlin, sind entsprechend zu erteilen.

§ 5

Die Durchführung der sich aus dieser Anweisung für die Betreibungen ergebenden Aufgaben regelt das Staatliche Konto für Zellstoff und Papier in einem Verordnungsplan.

Diese Anweisung tritt mit Wirkung vom 31. 12. 1958 in Kraft.

Heym
Direktor des Staatlichen Kontos
für Zellstoff und Papier

Anweisung vom 20. 12. 1958 über die Zusammenlegung der Betriebe VEB Förderanlagen Magdeburg und VEB Schwermaschinenbau „7. Oktober“ Magdeburg.

Die Betriebe VEB Förderanlagen Magdeburg, Magdeburg-Südengrün, Sudenburg, Wuhne, und VEB Schwermaschinenbau „7. Oktober“ Magdeburg, Magdeburg-Industriegelände, Klosterkamp, werden mit Wirkung vom 1. 1. 1959 zu einem Betrieb zusammengelegt.

2. Der neue Betrieb erhält die Bezeichnung „VEB Förderanlagen 7. Oktober Magdeburg“. Sein Dienstsitz ist: Magdeburg-Industriegelände, Klosterkamp.

3. Für den neugegründeten Betrieb gilt das Statut der zentralgeleiteten Betriebe der volkseigenen Industrie in der DDR vom 7. 3. 1959 (Beibl. S. 137). Der neue Betrieb „VEB Förderanlagen 7. Oktober Magdeburg“ ist der VVB Bergbauausrüstung und Förderanlagen unterstellt.

4. Die Betriebe VEB Förderanlagen Magdeburg und VEB Schwermaschinenbau 7. Oktober Magdeburg verlieren mit Wirkung vom 31. 12. 1958 ihre Rechtsfähigkeit. Die Eintragungen im Handelsregister der volkseigenen Wirtschaft sind entsprechend besetzen zu lassen. Verantwortlich hierfür ist der für die Betriebe zuständige Justiziar.

5. Der durch die Zusammenlegung neugegründete Betrieb „VEB Förderanlagen 7. Oktober Magdeburg“ wird Rechtsnachfolger der beiden zusammengelegten Betriebe.

6. Mit Wirkung vom 1. 1. 1959 gehen die bisher in der Rechtsträgerschaft der beiden Betriebe VEB Förderanlagen Magdeburg und VEB Schwermaschinenbau 7. Oktober Magdeburg vorhandenen Vermögenswerte in die Rechtsträgerschaft des neugegründeten „VEB Förderanlagen 7. Oktober Magdeburg“ über.

Die Wirtschaft und Hauptbuchhalter der Betriebe VEB Förderanlagen Magdeburg und VEB Schwermaschinenbau 7. Oktober Magdeburg werden verpflichtet, die Abschlussbilanz per 31. 12. 1958 aufzustellen. Diese Abschlussbilanz ist bis spätestens 31. 1. 1959 der VVB Bergbauausrüstung und Förderanlagen zu reichen.

Nach Prüfung der Abschlussbilanz wird den Wirtschaften und Hauptbuchhaltern bestätigt, dass die VVB Bergbauausrüstung und Förderanlagen erteilt.

7. Die staatlichen Aufgaben für das Jahr 1959 werden dem neuen Betrieb „VEB Förderanlagen 7. Oktober Magdeburg“ erteilt.

8. Diese Anweisung tritt mit Wirkung vom 20. 12. 1958 in Kraft.

VVB Bergbauausrüstung und Förderanlagen
Führer des
Hauptdirektor

3. Anweisung vom 30. 12. 1958 über die Zusammenlegung von Betrieben des Automobilbaus.

§ 1

Der VEB (K) Leichtmetallgießerei Ansbach wird mit Wirkung vom 31. 12. 58 als juristisch selbständiger Betrieb im Sinne des § 1 der Verordnung vom 30. 3. 1952 über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (Gesetzblatt Seite 225) aufgelöst.

§ 2

Der gemäß § 1 aufgelöste Betrieb wird mit Wirkung vom 1. 1. 1959 dem VEB Motorräderwerk Zschopau als Betriebsstätte angegliedert.

§ 3

(1) Der VEB Motorräderwerk Zschopau ist Rechtsnachfolger des gemäß § 1 aufgelösten Betriebes.

(2) Die von dem gemäß § 1 aufgelösten Betrieb verwalteten Vermögenswerte gehen mit Wirkung

vom 1.1.1959 in die Rechtsträgerschaft des VEB Motorradwerk Zschopau über
(3) Der VEB Motorradwerk Zschopau hat die Abschlussbilanz des gemäß § 1 aufgelösten Betriebes zum 31.12.1958 aufzustellen

§ 4

Die Planaufgaben des nach § 1 aufgelösten Betriebes werden Bestandteil der Pläne des VEB Motorradwerk Zschopau.

§ 5

Diese Verfügung tritt mit Wirkung vom 31.12.1958 in Kraft.

VVB Automobilbau
12.2
(Hauptdirektor)

4. Anweisung vom 30.12.1958 über die Zusammenlegung von Bezirkskontoren für Landmaschinen- und Traktorenteile

§ 1

Die Bezirkskontore für Landmaschinen- und Traktorenteile Gera und Meiningen werden mit Wirkung vom 31. Dezember 1958 als juristisch selbständige Betriebe im Sinne des § 1 der Verordnung vom 20. März 1952 über Maßnahmen zur Einführung des Plan- und wirtschaftlichen Rechnungswesens in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (GBI. S. 223) aufgelöst.

§ 2

Die nach § 1 aufgelösten Betriebe werden mit Wirkung vom 1. Januar 1959 dem Bezirkskontor für Landmaschinen- und Traktorenteile in Erfurt angegliedert.

Der Betrieb führt weiterhin die Bezeichnung „Bezirkskontor für Landmaschinen- und Traktorenteile Erfurt“. Sein Sitz ist Erfurt.

§ 3

Die Lohn- und Gehaltszahlung der bei den Bezirkskontoren in Gera und Meiningen Beschäftigten erfolgt weiterhin nach der für diese Städte maßgebenden Ortsklasse.

§ 4

(1) Das Bezirkskontor für Landmaschinen- und Traktorenteile Erfurt ist Rechtsnachfolger des nach § 1 aufgelösten Betriebes.

(2) Die von dem nach § 1 aufgelösten Betrieb verwalteten Vermögenswerte gehen mit Wirkung vom 1. Januar 1959 in die Rechtsträgerschaft des Bezirkskontors für Landmaschinen- und Traktorenteile in Erfurt über.

(3) Das Bezirkskontor für Landmaschinen- und Traktorenteile in Erfurt hat die Abschlussbilanz des nach § 1 aufgelösten Betriebes zum 31. Dezember 1958 aufzustellen

§ 5

Die Planaufgaben der nach § 1 aufgelösten Betriebe werden Bestandteil der Pläne des Bezirkskontors für Landmaschinen- und Traktorenteile in Erfurt.

§ 6

Diese Verfügung tritt mit Wirkung vom 31. Dezember 1958 in Kraft.

VVB Landmaschinen- und Traktorenbau
Thiene
Hauptdirektor

5. Anweisung vom 30.12.1958 über die Zusammenlegung der Braunkohlenwerke Kulkwitz und Dölitz

§ 1

Mit Wirkung vom 1. Januar 1959 wird der VEB Braunkohlenwerk Dölitz als juristisch selbständiger Betrieb aufgelöst und als Betriebsteil dem VEB Braunkohlenwerk Kulkwitz in Kulkwitz, Landkreis Leipzig, angegliedert.

§ 2

(1) Der VEB Braunkohlenwerk Kulkwitz ist Rechtsnachfolger des nach § 1 aufgelösten Betriebes.
(2) Die von dem aufgelösten Betrieb verwalteten Vermögenswerte gehen in die Rechtsträgerschaft des VEB Braunkohlenwerk Kulkwitz über.

§ 3

Der VEB Braunkohlenwerk Kulkwitz hat bis zum 31. Januar 1959 die Abschlussbilanz aufzustellen und bei der VVB Braunkohle Leipzig, Sitz Borna, einzureichen.

§ 4

Die tarifliche Entlohnung der Angehörigen des ehemaligen VEB Braunkohlenwerk Dölitz und der des VEB Braunkohlenwerk Kulkwitz wird durch die Zusammenlegung beider Werke nicht berührt.

§ 5

Diese Anweisung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1959 in Kraft.

VVB Braunkohle Leipzig
Kröber
Hauptdirektor

6. Anweisung vom 30.12.1958 über die Zusammenlegung der Braunkohlenwerke Rositz und Zschau

§ 1

Mit Wirkung vom 1. Januar 1959 wird der VEB Braunkohlenwerk Zschau als juristisch selbständiger Betrieb aufgelöst und als Betriebsteil dem VEB Braunkohlenwerk Rositz in Rositz, Kreis Altenburg, angegliedert.

§ 2

(1) Der VEB Braunkohlenwerk Rositz ist Rechtsnachfolger des nach § 1 aufgelösten Betriebes.
(2) Die von dem aufgelösten Betrieb verwalteten Vermögenswerte gehen in die Rechtsträgerschaft des VEB Braunkohlenwerk Rositz über.

§ 3

Der VEB Braunkohlenwerk Rositz hat bis zum 31. Januar 1959 die Abschlussbilanz aufzustellen und der VVB Braunkohle Leipzig, Sitz Borna, einzureichen.

§ 4

Die tarifliche Entlohnung der Angehörigen des ehemaligen VEB Braunkohlenwerk Zschau und der des VEB Braunkohlenwerk Rositz wird durch die Zusammenlegung beider Werke nicht berührt.

§ 5

Diese Anweisung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1959 in Kraft.

VVB Braunkohle Leipzig
Kröber
Hauptdirektor

Verfügung vom 24. Januar 1959 über die Zusammenlegung von Betrieben der Konfektionsindustrie

§ 1

Im Einvernehmen mit dem Magistrat von Groß-Berlin wird der VEB Berliner Linie mit Wirkung vom 31. Dezember 1958 der VVB (2) Konfektion Berlin unterstellt.

§ 2

Der VEB Berliner Linie wird mit Wirkung vom 31. Dezember 1958 als juristisch selbständiger Betrieb im Sinne des § 1 der Verordnung vom 20. März 1952 über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (GBl. Seite 225) aufgelöst.

§ 3

(1) Der nach § 2 aufgelöste Betrieb wird mit Wirkung vom 1. Januar 1959 dem VEB Treff-Modelle Berlin als Betriebsstätte umgegliedert.

(2) Der aus der Zusammenlegung entstandene Betrieb trägt den Namen „VEB Treff-Modelle Berlin“. Sein Sitz ist Berlin.

§ 4

(1) Der VEB Treff-Modelle Berlin ist Rechtsnachfolger des nach § 2 aufgelösten Betriebes.

(2) Die von dem nach § 2 aufgelösten Betrieb verbleibenden Vermögenswerte gehen mit Wirkung vom 1. Januar 1959 in die Rechtsträgerschaft des VEB Treff-Modelle Berlin über.

(3) Der VEB Treff-Modelle Berlin hat die Abschlussbilanz des nach § 2 aufgelösten Betriebes zum 31. Dezember 1958 aufzustellen.

§ 5

Die Planaufgaben des nach § 2 aufgelösten Betriebes werden Bestandteil der Pläne des VEB Treff-Modell Berlin.

§ 6

Eine Änderung des bisherigen Tarifs, der Ortsklasse und Betriebskategorie für die Entlohnung findet durch die Zusammenlegung nicht statt.

Der Leiter der Abt. Leichtindustrie der Staatlichen Plankommission
Dr. Feilermann
Mitglied der Staatlichen Plankommission

Anweisung vom 24. Januar 1959 über die Zusammenlegung von Betrieben der VVB Konfektion.

§ 1

Der VEB Damenbekleidung Glauchau wird mit Wirkung vom 31. Dezember 1958 als juristisch selbständiger Betrieb im Sinne des § 1 der Verordnung vom 20. März 1952 über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (GBl. Seite 225) aufgelöst.

§ 2

(1) Der nach § 1 aufgelöste Betrieb wird mit Wirkung vom 1. Januar 1959 dem VEB Quintett-Moden Glauchau als Betriebsstätte angegliedert.

(2) Der aus der Zusammenlegung entstandene Betrieb trägt den Namen „VEB Quintett-Moden Glauchau“. Sein Sitz ist Glauchau.

§ 3

(1) Der VEB Quintett-Moden Glauchau ist Rechtsnachfolger des nach § 1 aufgelösten Betriebes.

(2) Die von dem nach § 1 aufgelösten Betrieb verbleibenden Vermögenswerte gehen mit Wirkung vom 1. Januar 1959 in die Rechtsträgerschaft des VEB Quintett-Moden Glauchau über.

(3) Der VEB Quintett-Moden Glauchau hat die Abschlussbilanz des nach § 1 aufgelösten Betriebes zum 31. Dezember 1958 aufzustellen.

§ 4

Die Planaufgaben des nach § 1 aufgelösten Betriebes werden Bestandteil der Pläne des VEB Quintett-Moden Glauchau.

§ 5

Die tarifliche Entlohnung erfolgt auf Grund der Lohnanlage zum Betriebskollektivvertrag für das Jahr 1955 entsprechend der Vereinbarung des Ministerrats für Leichtindustrie und des Zentralverbandes der IG Textil, Bekleidung, Leder.

§ 6

Die Anweisung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

VVB Konfektion
Kahl
Hauptdirektor

III. Verschiedenes.

E. Mitteilung des Amtes für Erfindungs- und Patentreisen vom 3. 2. 1959 über die Behandlung von Anmeldungen und sonstigen Rechtshandlungen außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiet des Patent- und Warenzeichenschutzes.

Wie eine Reihe von Vorfällen zeigt, muß erneut darauf hingewiesen werden, daß die Verordnung vom 18. Mai 1955 über die Behandlung von Anmeldungen und sonstigen Rechtshandlungen außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiet des Erfindungs- und Warenzeichenschutzes (GBl. I S. 465) nach wie vor in Kraft ist. Lediglich die festgelegten Zuständigkeiten für die Führung der Genehmigung bzw. Bearbeitung der Dokumenten haben durch die Veränderung der Arbeitsweise und der Struktur des Staatsapparates eine Anschließung an den nunmehrigen Zustand erfahren. Danach wird die Genehmigung jetzt erteilt:

- a) für volkseigene und diesen gleichgestellte Betriebe und Institutionen durch das zuständige übergeordnete Organ, d. h. je nach der Organisationsform durch das Ministerium, die VVB oder den Rat des Bezirkes;
- b) für Privatunternehmen und Handwerksbetriebe durch den Rat des Bezirkes.

Alle anderen Bestimmungen gelten unverändert weiter. Insoweit wird auch auf die interne Mitteilung der Staatlichen Plankommission vom 23. Mai 1958 verwiesen (Erfindungs- und Vorschlagswesen, Ausgabe A, Seite 217).

Besonders nachdrücklich wird darauf hingewiesen, daß auch bei Vorliegen der Genehmigung zur Anmeldung und Durchführung einer sonstigen Rechtshandlung Betriebe, Institutionen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik nicht berechtigt sind, Anmeldenträge und sonstige Unterlagen unmittelbar an die zuständigen Stellen außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik zu senden. Gemäß § 4 Abs. 2 und § 8 Abs. 2 der o. a. VO sind in all diesen Fällen die Materialien dem Amt für Erfindungs- und Patentreisen zur Weiterleitung zu übergeben.

in diesem Zusammenhang werden alle Teile von Betrieben und Institutionen angewiesen, bei der Festlegung der Unterschriftsbefugnis im Sinne von Teil I jeder Art, der an Empfänger außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik gerichtet ist, den strengsten Maßstab anzulegen (Sachverhalte und Bestimmungen vom 1. 11. 1958 - VuM 4, Seite 1).

2. Mitteilung über das Werkleithandbuch für Maschinenbau.

Das Werkleithandbuch wird - dem Minister als Bezieher entsprechend - nach der endgültigen Ausfertigung der beiden Maschinenbauministerien weitergeführt. Verantwortlich für die Herausgabe ist mehrheitlich das Zentralinstitut für Technologie und Organisation des Maschinenbaus in Karl-Marx-Stadt. Die Weiterführung erfolgt in folgender Form:

Teil I:

Dieser Teil wird durch monatliche Informationsblätter bereichert und auf dem laufenden gehalten. Dabei soll in Zukunft das Sekretariat nicht mehr so sehr auf der textlichen Wahrung von Gesetzen und Verordnungen liegen, sondern auf der Aufnahme wichtiger Bestimmungen und Hinweise aus den Verfügungen und Mitteilungen der Staatlichen Plankommission und auch denen einiger Ministerien. Der

erreichte Umfang des Teiles I von sechs Bänden darf nicht überschritten werden.

Teil II:

Wegen Betrachtern bereits bekannt, wird Teil II mit der Ausfertigung des 50. Lieferabschnittes und dem damit noch herauskommenden Gesamtstichwort- und Betrausverzeichnis abgeschlossen. Um aber die in diesem Teil enthaltenen wertvollen Beiträge von Wissenschaftlern sowie Praktikern aus der Volkswirtschaften Industrie auf allen Gebieten der Betriebsarbeit stets dem neuesten Stand der Entwicklung anzupassen, ist Teil II nach dem erfolgten Abschluß durch einen je nach Erfordernis einzusetzenden Änderungsdienst zu berechtigen und zu ergänzen. Eine Erhöhung der nach dem ersten Abschluß erreichten Bandzahl dieses Teiles darf ebenfalls nicht eintreten.

Die Kosten für den Änderungsdienst werden stattdessen denen der bisherigen Lieferabschnitte wesentlich ermäßigt, da dieser Änderungsdienst im Umfang geringer sein wird und auch nicht jeden Monat erscheint.

Durch den Änderungsdienst soll erreicht werden, daß der Teil II auch weiterhin allen Mitarbeitern in den Betrieben und Institutionen Unterstützung bei ihrer Arbeit gibt und ihnen hilft, die vor uns liegenden großen Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus zu meistern.

3. Einführung der Isotopenanwendung in der industriellen Forschung, insbesondere in der chemischen Industrie.

Die Planung soll den Zeitraum für die Jahre 1959 bis 1963 erfassen, wobei die langfristige Perspektive der Industriezweige bzw. Betriebe zu berücksichtigen sind.

Verantwortlich:

Leiter der Fachabteilungen

Termin:

31. Mai 1959

III. Perspektivplan für die Anwendung radioaktiver und stabiler Isotope in der praktischen Medizin sowie in der Forschung für die Jahre 1959 bis 1963

Der Leiter der zuständigen Abteilungen der Staatlichen Kommission werden verpflichtet, auf die Gesundheit der Medizin, die Hochschullehrer, die Leiter der wissenschaftlichen Zentren, die Leiter der Betriebe, die Leiter der Deutschen Akademie der Wissenschaften, die Leiter der Staatsekretariate für Planung und Wirtschaft, die Leiter der Perspektivplanung für die VVB, die Leiter der Betriebe und stabiler Isotope in der Produktion sowie in der Forschung und Technik einzusetzen.

Verantwortlich:

Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaften, Gesundheitswesen und Sozialwesen
Leiter der Abteilung Landwirtschaft

Termin:

31. Mai 1959

IV. Schaffung von Beispielen für die Anwendung radioaktiver Isotope in der Produktion sowie radioaktiver und stabiler Isotope in der industriellen Forschung

Im Jahre 1959 sind zur beschleunigten Anwendung von Isotopen in der Produktion und industriellen Forschung Beispiele zu schaffen, und zwar:

a) für die Gamma-Defektoskopie

auf dem Gebiet der Gießertechnik in den Betrieben:

VEB Stahl- und Walzwerk Bismarckort
VEB Stahl- und Walzwerk Gerditz
VEB Stahl- und Walzwerk Rosa
VEB Stahlgießerei Karl-Marx-Stadt Borna
VEB Leipziger Eisen- und Stahlwerke
VEB Stahlgießerei Elsterthal, Silbitz
VEB Schwermaschinenbau Georgij Dimitroff Magdeburg
VEB Schwermaschinenbau Ernst Thälmann Magdeburg
VEB Buchbindereimaschinen Leipzig
VEB Edelstahlwerk Freital
außerdem in
zwei Gießereien im Bereich der VVB Gießereien

b) auf dem Gebiet der Schweißtechnik in den Betrieben:

VEB Schwermaschinenbau Georgij Dimitroff Magdeburg
VEB Schwermaschinenbau Karl Liebknecht Magdeburg
VEB Bergmann Borsig
VEB Dampfkesselbau Hohenturm
VEB Dampfkesselbau Meerane
VEB Rohrleitungsbau und Apparatebau Finow

VEB Montagewerk Leipzig
Zweigstelle Karl-Marx-Stadt
VEB Rohrleitungsbau Bitterfeld
VEB Neptun-Werft Rostock
VEB Filmfabrik Asfa Wolfen
VEB Kombinat „Otto Grotewohl“ Böhlen
VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“
außerdem in der Forschungs- und Entwicklungsstelle für Strömungsmaschinen, Dresden

Verantwortlich:

Leiter der Abteilung Maschinenbau
Leiter der Abteilung Chemie
Leiter der Abteilung Berg- und Hüttenwesen

Termin:

für Zwischenberichte an den Leiter der Abteilung Investitionen, Forschung und Technik
15. Juni 1959
15. September 1959

Der Leiter der Abteilung Maschinenbau wird verpflichtet, Maßnahmen für die termingerechte Entwicklung und Herstellung der benötigten Gamma-Defektoskopiegeräte im VEB „Hochschule“ und Rostowerwerk Dresden festzusetzen. Die Bereitstellung der erforderlichen Geräte hat nach folgendem Plan zu erfolgen:

Gerätyp M Co-13

5 Stück	1 Quartal 1959
20 Stück	15. Mai 1959
20 Stück	1.1. Anfang IV. 1959
Gerätyp zur II 192 bis 16 c	
5 Muster	August 1959
20 Stück	IV 1959

Verantwortlich:

Leiter der Abteilung Maschinenbau

Der Leiter des Amtes für Kernforschung und Kinetik wird beauftragt, den Import der benötigten schweren Geräte für größere Aktivitäten für Co-60 zu veranlassen.

Verantwortlich:

Leiter des Amtes für Kernforschung und Kinetik

Termin:

30. Juni 1959

Der Leiter der Abteilung Chemie wird verpflichtet, die beschleunigte Entwicklung der Fertigung der benötigten Spezialfilme im VEB „Asfa“ Wolfen und Verstärkerfolien im VEB „KAM“ Chemie Berlin zu veranlassen.

Verantwortlich:

Leiter der Abteilung Chemie

Termin:

für die Aufnahme der Produktion III. 1959

2. für die berührungslose Dickenmessung und Dichtmessung (Flächengewichtsmessung)

a) in den Bereichen der Chemie
durch den Einsatz von 13 Geräten
der Metallurgie
durch den Einsatz von 3 Geräten
des Maschinenbaues (Kabelindustrie)
durch den Einsatz von 2 Geräten
der Leichtindustrie
durch den Einsatz von 5 Geräten

Verantwortlich:

Leiter der Abteilung Chemie
 Leiter der Abteilung Berg- und Hüttenwesen
 Leiter der Abteilung Leichtindustrie

Termin:

Die Zwischenberichte an den Leiter der Abteilung Investitionen, Forschung und Technik
 15. Juni 1959
 15. September 1959

Von den für den Einsatz erforderlichen 33 Stück Doppelschrank und drei Versuchsmuster der VEB Carl Zeiss Jena und VEB VEB Vakuumtrunk zu entwickeln und anzufertigen.

Verantwortlich:

Leiter der Abteilung Maschinenbau
 Leiter des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik

Termin:

Für die Endausfertigung 10. November 1959

Die Anwendung von Strahlenschranken

- a) für den Betrieb der Anlagen durch den Einsatz von 10 Geräten
- b) den Betrieben der Leicht-, Metall- und Energie durch den Einsatz von 20 Geräten
- c) den Betrieben des Bergbau- und Hüttenwesens durch den Einsatz von 6 Geräten
- d) der Bau- und Bauelementindustrie durch den Einsatz von 8 Geräten
- e) der Lebensmittelindustrie durch den Einsatz von 2 Geräten

Verantwortlich:

Leiter der Abteilung Chemie
 Leiter der Abteilung Kohle und Energie
 Leiter der Abteilung Berg- und Hüttenwesen
 Leiter der Abteilung Bauwesen
 Leiter der Abteilung Versorgung der Bevölkerung

Termin:

Die Zwischenberichte an den Leiter der Abteilung Investitionen, Forschung und Technik
 15. Juni 1959
 15. September 1959

Für den Einsatz erforderlichen 30 Stück Gammastrahlenschranken (Doppelschranken) werden als Versuchsmuster der Type VA-T-61 durch den VEB Vakuumtrunk hergestellt.

Verantwortlich:

Leiter des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik

- a) Für die Anwendung radioaktiver Isotope in der chemischen Forschung sind in mindestens fünf Betriebsforschungstellen der chemischen Industrie, und zwar im:

VEB Leuna-Werk "Walter Ulbricht"
 VEB Chemische Werke Buna
 VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld
 VEB Farbenfabrik Wolfen
 VEB Stickstoffwerk Pleteritz

die Voraussetzungen zum Beginn der Arbeiten mit radioaktiven Isotopen zu schaffen.

Verantwortlich:

Leiter der Abteilung Chemie

Termin:

Die Zwischenberichte an den Leiter der Abteilung Investitionen, Forschung und Technik
 15. Juni 1959
 15. September 1959

- b) In der chemischen Forschung sind die Arbeiten mit stabilen Isotopen in mindestens zehn Forschungsstellen aufzunehmen

Verantwortlich:

Leiter der Abteilung Chemie

Termin:

Die Zwischenberichte an den Leiter der Abteilung Investitionen, Forschung und Technik
 15. Juni 1959
 15. September 1959

- c) Die Arbeiten von Verdichtungsmaßnahmen mit radioaktiven Isotopen sind in mindestens zwei von mehreren Laboratorien durch Schaffung der notwendigen Voraussetzungen aufzunehmen

Verantwortlich:

Leiter der Abteilung Maschinenbau

Termin:

Die Zwischenberichte an den Leiter der Abteilung Investitionen, Forschung und Technik
 15. Juni 1959
 15. September 1959

A. Propagierung der Isotopenanwendung

Die Leiter der Fachabteilungen sind verpflichtet dafür zu sorgen, daß die in ihrem Bereich vorhandenen Beispiele für Isotopenanwendung in Zusammenarbeit mit der Kammer der Technik, der Gesellschaft zum Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse, dem FDGB und dem Amt für Kernforschung und Kerntechnik ausgewertet und popularisiert werden.

VI. Umleitung von Sondermaßnahmen

Für die in Abschnitt IV genannten Beispiele hinaus ist die planmäßige Anwendung der Isotope in der Industrie und Forschung durch weitere Maßnahmen zu sichern.

1. Sondermaßnahmen für die Gamma-Defektoskopie

Das Zentralinstitut für Gießertechnik und das Zentralinstitut für Schweißtechnik führen für die Gamma-Defektoskopie eine spezielle Industrieberatung durch und überwachen die in den Betrieben eingerichteten Prüfstellen. Die entsprechenden personellen und materiellen Voraussetzungen sind zu schaffen.

Verantwortlich:

Leiter der Abteilung Berg- und Hüttenwesen
 Leiter der Abteilung Maschinenbau

Termin:

Die Zwischenberichte an den Leiter der Abteilung Investitionen, Forschung und Technik
 15. Juni 1959
 15. September 1959

2. Sondermaßnahmen für die technische und technologische Forschung

Der Leiter des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik wird beauftragt, über die Beratung in der Abteilung der Industrie in der Anwendung radioaktiver Isotope für die technische und technologische Forschung mit der Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der Technischen Hochschule Dresden Vereinbarungen zu treffen. Den letztgenannten Institutionen wird empfohlen,

mit der Ausübung der Beratung und Anleitung des Institut für angewandte Radiaktivität Leipzig und der Fakultät für Kerntechnik an der Technischen Hochschule Dresden zu beauftragen.

Verantwortlich:

Leiter des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik

Zur Förderung der Arbeiten auf dem Gebiete der Strahlchemie wird als wissenschaftlich-technisches Zentrum für alle Arbeiten, insbesondere für die Koordinierung des Institut für angewandte Physik der Reinstoffe eingesetzt. Im Jahre 1960 ist die Arbeit in mehreren Betrieben und Forschungsstellen sowohl auf dem Gebiet der angewandten Strahlchemie als auch der notwendigen Grundlagenforschung aufzunehmen.

Verantwortlich:

Leiter des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik

Leiter der Abteilung Chemie

Im Jahre 1960 sind die Bestrahlungsvorrichtung und die Bestrahlung kleinerer Stoffmengen zur Forschungszwecken auch auf dem Gebiet der Strahlchemie und -physik im VEB Transformatoren- und Konstruktions- und VEB Transformatoren- und Konstruktions- Division mit einer Beschäftigung von 10 bis 15 Mann zu betreiben. Bereitstellung der notwendigen Strahlenschutz ist zu sichern.

Verantwortlich:

Leiter der Abteilung Messtechnik und Leiter des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik

VIII. Ausbildung

Sonderausbildung für Gamma-Defektoskopie

Der Leiter der Abteilung Kultur, Volksbildung, Erziehung und Sozialwesen der Staatlichen Plankommission wird verpflichtet, die Sonderausbildung von Mitarbeitern der Betriebe an der Hochschule für Schwermetallbau Magdeburg Institut für Werkstoffkunde und Werkstoffprüfung zu sichern. Die bisherige Kapazität von 45 Teilnehmern im Jahr ist auf 120 Teilnehmer zu erhöhen.

Das Institut soll außerdem Grundlagenforschung im Gebiet der Gamma-Defektoskopie betreiben und sich nur begrenzt mit Industrieanlagen befassen. Es hat hierbei eng mit dem Amt für Kernforschung und Kerntechnik zusammenzuarbeiten.

Sonderausbildung für andere Verfahren

Das Industriepraktikum am Institut für die Anwendung radioaktiver Isotope der Technischen Hochschule Dresden ist in Zusammenarbeit mit dem Amt für Kernforschung und Kerntechnik wesentlich zu verbessern.

Ausbildung während des Studiums

In allen Hoch- und Fachschulen wird die Vermittlung der Grundkenntnisse der Isotopenanwendung Bestandteil der Lehr- und Studienpläne aller technischen und naturwissenschaftlichen Fachrichtungen. Entsprechende Maßnahmen zur Überarbeitung der Lehrpläne sind festzulegen.

Verantwortlich:

Leiter der Abteilung Kultur, Volksbildung, Erziehung und Sozialwesen

Vorsitzende der Staatlichen Plankommission

Leuschner

Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates

2. Verfügung vom 5. Mai 1959 über die Errichtung der Aufgabenstellung des Regierungsbeauftragten

1. Der Aufgabenbereich des durch Beschluß des Präsidiums des Ministerrates vom 17. Mai 1959 eingesetzten und mit Wirkung vom 1. Februar 1959 der Staatlichen Plankommission unterstellten Regierungsbeauftragten wird mit sofortiger Wirkung auf folgende Investitionsvorhaben festgelegt:

- a) Braunkohlenkombinat „Schwarze Pumpe“
- b) Kraftwerk Lübbau
- c) Kraftwerk Berndorf
- d) Kraftwerk Vetschau
- e) Pumpspeicherkwerk Hohenwarthe II
- f) Erdölkombinat Schwedt
- g) Chemiefaserkombinat Guben

2. Die Tätigkeit des Regierungsbeauftragten beschränkt sich auf die Kontrolle des planmäßigen Investitionsablaufs und die Beseitigung von auftragsbedingten Schwierigkeiten der Baustellen bzw. der im Bau befindlichen Betriebe, die nicht vom Investitionsplaner und von den ihm übergeordneten Staatlichen Wirtschaftsorganen gelöst werden.

3. Zur Durchführung seiner Aufgaben hat der Regierungsbeauftragte Mitarbeiter, die ständig auf den Baustellen tätig sind. Diese Mitarbeiter werden aus Mitteln der Investitionspläne bezahlt.

4. Der Regierungsbeauftragte wird mit sofortiger Wirkung den Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission unterstellt.

Gregor

Erster Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission

3. Verfügung vom 11. Mai 1959 über die Durchführung von Maßnahmen zur Ausarbeitung von Kennziffern für Projektierungskosten und Investitionen

Auf Grund des Beschlusses der Staatlichen Plankommission vom 14. März 1959 über die Durchsetzung der nationalen Projektierungsbestimmungen (Verfahren der Vertiefungen und Mitteilungen der Staatlichen Plankommission Nr. 639) wird festgelegt:

1. Unter Leitung der Abteilung Investitionen, Forschung und Technik wird ein Arbeitskreis gebildet, der die Ausarbeitung von Kennziffern für Projektierungskosten und Investitionen organisiert.

2. Die Leiter der Abteilungen der Staatlichen Plankommission, zu deren Aufgabenbereich die Durchführung von Investitionsplänen gehört, sind verantwortlich für die Bildung von Arbeitsgruppen, die die Vorschläge für Kennziffern für Projektierungskosten und Investitionen für die einzelnen Wirtschaftszweige ausarbeiten. Diese Arbeitsgruppen sind den einzelnen VVB bzw. entsprechenden Organen zu unterstellen.

3. Der Arbeitskreis bei der Abteilung Investitionen, Forschung und Technik hat folgende Aufgaben:

- a) Ausarbeitung und Festlegung von Kennziffernprogrammen;
- b) Unterstützung und Koordinierung der Abteilungen der Staatlichen Plankommission bei der Anleitung der Arbeitsgruppen;
- c) Beurteilung der von den Arbeitsgruppen erarbeiteten Kennziffernvorschläge;
- d) Vorlage der zu bestätigenden Kennziffernvorschläge bei der Abteilung Investitionen, Forschung und Technik.

4. Die festgelegten Kennziffern bilden die Grundlage für die Ausarbeitung der Aufgabenstellungen der

Einzelner an die Projektierungsbetriebe. Sie sind ebenfalls ein Bestandteil des ökonomischen Teiles der Vpplanung.

Kennziffern für Projektierungskosten und Investitionskosten sind vorrangig für Investitionsvorhaben mit einem Gesamtwert über 5 Mio DM auszuwerten.

Die Arbeitsgruppen haben folgende Aufgaben:

1. Konkretisierung des allgemeinen Konzernplans im Rahmen eines Wirtschaftsbereiches oder eines Investitionsvorhabens;

2. Abgrenzung der betreffenden Projektierungsbetriebe bei der Ermittlung der Ist-Projektierungskosten sowie Abgrenzung eines oder mehrerer Projekte als Grundlage für Kennziffern der Projektierungskosten;

3. Ermittlung der vorgesehenen Vergleichsgrößen bei der Ermittlung

von Ist-Werten und die Berechnung der Investitionskosten, die erforderlich sind, um die gleichen Aufgaben zu Projektionsmassen und Entwurfsleistungen zu leisten. Werte für Investitionskosten.

4. Analyse dieser Werte, um nach der Gesamtstellung der Wirtschaft mit den Ist-Werten;

5. Ausarbeitung der Konzeptionsvorschläge sowie der Textentwürfe der Konzeptionsurteile über die Realisierbarkeit der Vorschläge.

Von den Arbeitsgruppen ausgearbeitete Konzeptionsvorschläge (einschließlich der erforderlichen Durchführung) sind dem Arbeitskreis Kennziffern für Projektierungskosten und Investitionen vorzulegen.

Als Mitglieder der Arbeitsgruppen werden den VVB empfohlen:

a) Vertreter der VVB oder eines entsprechenden Betriebs (als Leiter);

b) Vertreter der wichtigsten Betriebe;

c) Vertreter der Projektierungsbetriebe;

d) Vertreter geeigneter wissenschaftlicher Institute.

Der Leiter der Abteilung Investitionen, Forschung und Technik

ist Mitglied der Staatlichen Plankommission

II. Große Mitglied der Staatlichen Plankommission

Entscheidung vom 11. Mai 1959 über die Koordinierung der Produktion industrieller Konsumgüter des Maschinenbaus und über die Bildung von Fachstellen

Zielsetzung der ökonomischen Hauptaufgabe mit der Maschinenbau die Produktion von industriellen Konsumgütern überdurchschnittlich steigern. Hierzu ist eine starke Reduktion notwendig, um die festgelegten Abgabetermine gesichert und diszipliniert durchzuführen.

Am 28. Februar 1959 wurde zur Vorbereitung der Koordinierung und Kontrolle der Produktion von industriellen Konsumgütern für die Erreichung der ökonomischen Hauptaufgabe in der Abteilung Maschinenbau eine Koordinierungsgruppe gegründet. Sie ist dem Leiter der Gruppe Grundsatzfragen unterstellt.

Die einheitliche Durchführung der Aufgaben im Maschinenbau wird im Einvernehmen mit dem Leiter der Abteilung Bezirke verfügt:

I.

1. Mit Wirkung vom 1. Januar 1959 wird in der VVB Elektrogeräte die Fachstelle Elektrische Haus- und Heizgeräte mit Sitz in Berlin W 8, Friedrichstraße 58, und in der VVB Eisen-, Blech- und Metallwaren die Fachstelle für Eisen-, Blech- und Metallwaren mit Sitz in Karl-Marx-Stadt, Straßburger Straße 3, gebildet.

2. Die Fachstellen arbeiten nach Arbeitsordnungen, die von den zuständigen Hauptdirektoren erlassen werden.

3. Die Fachstellen beraten alle an der Produktion industrieller Konsumgüter ihres Fachgebietes interessierten Volkseigenen sowie halbstaatlichen und privaten Betriebe in allen mit der Produktion von Konsumgütern zusammenhängenden Fragen. Sie unterstützen die Bezirks- und Kreiskommissionen für industrielle Konsumgüter sowie die Konsumgüter- und Leistungs- bei der Wirtschaftsförderung der Bezirke, des Landes durch Empfehlungen für die Produktionsaufnahme bestimmter Artikel auf vermittelte Erfahrungsaustausche.

Zur Durchführung dieser Aufgabe haben Sie alle wichtigen industriellen Konsumgüter des Fachgebietes zu erfassen:

a) aus Produktionsaufkommen mit den Bedürfnissen des Handels abzustimmen, um zu erreichen, daß die Bedarfswünsche des Handels abgedeckt werden;

b) Konzeptionsurteile und deren Aufnahme in die Produktion mit den zuständigen VVB, den zuständigen Betriebsräten oder anderen von den VVB für die technische Entwicklung Verantwortlichen abzustimmen;

c) bei der Produktion industrieller Konsumgüter die technischen und ökonomischen Fortschritte des Entwicklungsstandes zu beobachten.

2. Die VVB, welche Steigerung der Produktion und die Anwendung rationalster Fertigungsmethoden, eine moderne Formorganisation, Kooperationsbeziehungen zu anderen Betrieben, Kooperationsbeziehungen und Spezialisierung der Produktion zu bewirken und dafür Sorge zu tragen, daß abgeschlossene Konzeptionsurteile unverzüglich in die Produktion übergeführt werden;

3. für die Verbesserung des Kunden- und Reparaturdienstes Sorge zu tragen. Insbesondere haben sie einzuwirken auf die Sicherung der Ersatzteilproduktion, auf die Festlegung von Geräten, die durch Reparaturdienstleistungen sind auf die Erarbeitung und Einführung von Garantiebestimmungen zu erweitern, auf die Erweiterung des Netzes der Reparaturstellen, Einrichtung von ständigen Beratung- und Informationsdiensten, Herausgabe von Werkskatalogen in Zusammenarbeit mit der Zentralstelle für Gebrauchsanleitungen und Durchführung von Werbeveranstaltungen und Vermittlung von Erkenntnissen der modernen Haushaltstechnik für weite Kreise der Bevölkerung.

II.

1. Die Entwicklung und die Produktion neuer industrieller Konsumgüter der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie und von elektrischen H-

Qualitätsgeräten ist für alle volkseigenen Betriebe genehmigungspflichtig, soweit keine staatliche Aufgaben zur Entwicklung und Produktionsaufnahme vorliegen.

Industrielle Konsumgüter im Sinne dieser Verordnung sind alle Konsumgüter, die in der Richtlinie der Staatlichen Plankommission und der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vom 26. Januar 1959 für die Planung, Organisation und Abstimmung der Produktion von industriellen Konsumgütern — Verfügungen und Mitteilungen der Staatlichen Plankommission, Sonderdruck — als solche bezeichnet werden.

Die Genehmigungen für die Entwicklung und Produktion neuer industrieller Konsumgüter werden von den zuständigen Fachstellen erteilt.

Anträge auf Genehmigung zur Entwicklung und Produktion industrieller Konsumgüter des Maschinenbaus sind formlos mit folgenden Angaben einzureichen:

- a) Beschreibung des Erzeugnisses und technische Daten;
- b) technischer Stand, gemessen an vergleichbaren Spitzenerzeugnissen und Entwicklungsperspektiven des Erzeugnisses;
- c) eplanter IAP (Industriellabgabepreis);
- d) vorgesehener Produktionsbeginn sowie Lieferplan für die folgenden vier Quartale und weitere Produktionsperspektive.

Über die Anträge ist innerhalb von 14 Tagen zu entscheiden. Sind Ermittlungen notwendig, die über diesen Zeitraum hinausgehen, ist dem Antragsteller ein Zwischenbescheid zu geben.

Wenn die Entscheidung einer Fachstelle kann nicht noch bei der Fachstelle eingelegt werden, kann die Fachstelle ihre Entscheidung nicht annehmen, der Antragstellers ab, ist der Einspruch in der Koordinierungsgruppe bei der Abteilung Maschinenbau der Staatlichen Plankommission geltend zu machen. Diese entscheidet endgültig.

Alle volkseigenen Betriebe sind verpflichtet, auf solche Anträge den Fachstellen über bereits bestehende Produktion befindliche Konsumgüter des Maschinenbaus Angaben gemäß II, 3. Punkt a) zu machen.

Die Genehmigungspflicht der Produktion von elektrischen Wärmegeräten gemäß der Anordnung vom 3. Juni 1957 über Genehmigung der Produktion von elektrischen Wärmegeräten (GBI. I, S. 391) bleibt bestehen.

III.

Diese Verfügung tritt mit Wirkung vom 1. Mai 1959 in Kraft.

Der Leiter der Abteilung Maschinenbau
der Staatlichen Plankommission
Wunderlich

Mitglied der Staatlichen Plankommission

5. Verfügung vom 12. Mai 1959 über die Meldepflicht für abgeschlossene Entwicklungen im Maschinenbau, deren Überleitung in die Produktion sich verzögert

Zur schnelleren Durchsetzung der neuen Technik wird verfügt:

I.

Alle Betriebe, Entwicklungs- und Konstruktionsbüros des zentral- oder örtlich geleiteten volkseigenen Maschinenbaus werden verpflichtet, diejenigen bei ihnen abgeschlossenen Entwicklungen neuer oder ver-

besserter Erzeugnisse des Maschinenbaus zu melden, deren Überleitung in die Produktion auf technischen oder sonstigen Schwierigkeiten stößt, oder durch Kapazitätsmangel verhindert wird.

II.

Die Meldung ist unmittelbar nach Abschluß der eigenen vorläufigen Bemühungen an das Zentralinstitut für Technologie und Organisation des Maschinenbaus (ITO), Karl-Marx-Stadt, Buhnhofstraße 1, zu richten.

III.

Die Meldung muß enthalten:

1. eine kurze technische Charakteristik des Erzeugnisses, mit dem ungefähren Gewicht;
2. das Ergebnis der Erprobung des Funktionsmodells und der Nullserie;
3. die Aufwendungen für die Entwicklung (Grund- und TDM);
4. die Angabe des bekannten Bedarfs;
5. eine Darstellung der Schwierigkeiten der Überleitung;
6. eine Darstellung der bisherigen Bemühungen.

IV.

Der Meldepflicht unterliegen alle Erzeugnisse, deren Entwicklung 1958 oder später abgeschlossen wurde bzw. wird. Die Staatliche Berichterstattung auf Formblatt 241 wird hierdurch nicht berührt.

Der Leiter der Abteilung Maschinenbau
der Staatlichen Plankommission

Wunderlich

Mitglied der Staatlichen Plankommission

II. Anweisungen über die Gründung, Zusammenlegung (Angliederung) und Auflösung von volkseigenen Betrieben, Instituten und Einrichtungen

1. Verfügung vom 5. Mai 1959 über die Errichtung des Instituts für Zucker- und Stärkeindustrie

§ 1

Das Zentrallaboratorium für Zuckerindustrie und das Zentrallaboratorium für Stärkeindustrie werden mit Wirkung vom 30. Juni 1959 aufgelöst.

§ 2

- (1) Mit Wirkung vom 1. Juli 1959 wird das Institut für Zucker- und Stärkeindustrie errichtet.
- (2) Das Institut für Zucker- und Stärkeindustrie ist Rechtsnachfolger des Zentrallaboratoriums für Zuckerindustrie und des Zentrallaboratoriums für Stärkeindustrie.

§ 3

Struktur, Aufgaben und Tätigkeit des Instituts für Zucker- und Stärkeindustrie werden durch das Statut (Anlage) geregelt.

§ 4

Diese Verfügung tritt am 1. Juli in Kraft.

Der Leiter
der Abteilung Versorgung der Bevölkerung
I. V. Klammer
Sektorenleiter

Statut

des Instituts für Zucker- und Stärkeindustrie

§ 1

Rechtsform und Sitz

(1) Das Institut für Zucker- und Stärkeindustrie ist juristische Person und Rechtsträger von Vorgesetztem. Sein Sitz ist Halle.

(2) Das Institut untersteht der Vereinigung Volkseigener Betriebe Zucker- und Stärkeindustrie.

§ 2

(1) Dem Institut obliegen auf dem Gebiet der Zucker- und Stärkeindustrie insbesondere folgende Aufgaben:

(a) Entwicklung von Verfahren für die Gewinnung und Verwertung von Zucker und Stärke sowie für die Gewinnung der Roh- und Fertigschritte einschließlich der Untersuchung der hierfür erforderlichen wissenschaftlichen Grundlagen;

(b) Abklärung von Problemen zur Entwicklung von Maschinen und Anlagen sowie der Maschinenbau auf der Grundlage der Erfahrungen, die auf den Gebieten der Zucker- und Stärkeindustrie gewonnen wurden und die bei der Entwicklung von Maschinen und Anlagen berücksichtigt werden muß;

(c) Mitwirkung bei der Stärkenormung;

(d) Beratung und Unterstützung der Betriebe bei der Einführung von Arbeitsverfahren des Instituts in die Praxis sowie in Grundsatzfragen der Technologie;

(e) Beratung von Analyseverfahren für die Gütekontrolle in den Betrieben sowie Durchführung von Süßedanalysen;

(f) Mitwirkung bei der Ausbildung und Weiterbildung wissenschaftlich-technischer Kader, insbesondere durch Zusammenarbeit mit den Hoch- und Fachschulen bei der Lehrplangestaltung;

(g) Vertretung des internationalen Standes der Technik, besonders durch Dokumentation des Fachstandes nach den Richtlinien des Instituts der Deutschen Akademie der Wissenschaften;

(h) Untersuchung technisch-ökonomischer Grundsatzfragen der Entwicklung der Zucker- und Stärkeindustrie.

(2) Dem Institut können vom Hauptdirektor der VVB nach Abstimmung mit der Abteilung Versorgung der Bevölkerung der Staatlichen Plankommission weitere Aufgaben übertragen werden.

§ 3

Struktur- und Stellenplan

Der Struktur- und Stellenplan ist nach den hierfür geltenden gesetzlichen Bestimmungen aufzustellen und zu bestätigen.

§ 4

Leitung und Vertretung im Rechtsverkehr

(1) Dem Institut wird durch einen Wissenschaftler oder einen wissenschaftlich qualifizierten Ingenieur geleitet, der die Dienstbezeichnung „Direktor“ trägt.

(2) Im Falle seiner Verhinderung vertritt ihn der stellvertretende Direktor, der Leiter einer wissenschaftlichen Abteilung sein muß.

(3) Der Direktor trägt die Verantwortung für die gesamte Tätigkeit des Instituts. Er handelt im Namen des Instituts und ist berechtigt, auf der Grundlage der für die Tätigkeit des Instituts geltenden Bestimmungen alle Angelegenheiten des Instituts allein zu entscheiden. Er ist in allen Fragen seine Entscheidung

auf Grund von Beratungen mit den jeweils zuständigen Mitarbeitern des Instituts treffen.

(4) Die mit leitenden Funktionen im Institut betrauten Mitarbeiter tragen gegenüber dem Direktor des Instituts die Verantwortung für ihren Aufgabenbereich und sind im Rahmen der Entscheidungen des Direktors in ihrem Aufgabenbereich weisungsbefugt.

(5) Im Rechtsverkehr wird das Institut durch den Direktor und im Falle der Verhinderung des Direktors durch den stellvertretenden Direktor vertreten. Im Rahmen der ihnen erteilten Vollmachten können auch andere Mitarbeiter des Instituts oder Personen das Institut vertreten. Vollmachten werden durch den Direktor erteilt, und zwar in der Weise, daß die Bevollmächtigten einzeln oder zu zweit verhandeln berechtigt sind.

§ 5

Ernennung und Abberufung sowie Einstellung und Entlassung der Arbeiter

(1) Der Direktor des Instituts wird durch den Leiter der Abteilung Versorgung der Bevölkerung der Staatlichen Plankommission ernannt und abberufen.

(2) Der stellvertretende Direktor wird mit Zustimmung des Hauptdirektors der VVB durch den Direktor des Instituts ernannt und entlassen.

(3) Alle anderen Mitarbeiter des Instituts werden vom Direktor des Instituts nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen ernannt und entlassen.

§ 6

Finanzierung

(1) Das Institut ist Haushaltsorganisation.

(2) Die Haushaltsmittel des Instituts werden im Haushaltsplan und die Mittel für genehmigte Investitionen des Instituts im Investitionsplan der Staatlichen Plankommission bereitgestellt.

§ 7

(1) Dem Direktor des Instituts steht zur Lösung seiner Aufgaben ein Technisch-Wissenschaftlicher Rat zur Seite, dem als Mitglieder angehören:

ein Vertreter der VVB Zucker- und Stärkeindustrie, ein Vertreter des Zentralen Amtes für Forschung und Technik,

ein Vertreter des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen,

ein Vertreter der Deutschen Akademie der Naturwissenschaftswissenschaften,

ein Vertreter des Instituts für Ernährungsforschung, Potsdam-Rehbrücke,

ein Vertreter aus dem Maschinenbau,

ein Vertreter aus dem VEB Zuckerfabriken Export, je ein Vertreter aus einem Betrieb der Stärkeindustrie, der Rohzuckerindustrie, und der Zuckerraffinerien.

(2) Bei der Beratung von Grundsatzfragen der Entwicklung des Instituts, insbesondere bei Fragen im Zusammenhang mit der Erweiterung der Aufgabenstellung des Instituts, sind Vertreter des Forschungsrates der Deutschen Demokratischen Republik und die vom Forschungsrat gebildeten Fachgremien hinzuzuziehen.

(3) Den Vorsitz des Technisch-Wissenschaftlichen Rates führt der Direktor des Instituts.

(4) Der Direktor des Instituts ist verpflichtet, dem Technisch-Wissenschaftlichen Rat regelmäßig über die laufenden Arbeiten des Instituts zu berichten.

2. Die Behandlung von Fachfragen können zu den Sitzungen des Technisch-Wissenschaftlichen Rates weitere qualifizierte Kader hinzugezogen werden. Die Experten und Vertreter der Abrechnung, Versorgung der Bevölkerung, der Staatlichen Plankommission und der VVB Zucker- und Stärkenindustrie berechnen, an den Sitzungen des Technisch-Wissenschaftlichen Rates teilzunehmen.

3. Der Technisch-Wissenschaftliche Rat soll mindestens zweimal im Jahr zusammengetreten.

§ 8

Veröffentlichung und Schweigepflicht

1. Die Veröffentlichungen von Ergebnissen der Forschung und Entwicklungsarbeiten des Instituts haben gemäß den bestehenden Bestimmungen zu erfolgen.

2. Die Veröffentlichungen sowie in deren Zusammenhang haben die Mitarbeiter des Instituts, Verbandsorgane über vertrauliche Angelegenheiten wachen.

3. Die Schweigepflicht besteht auch nach Beendigung der Geschäftsverhältnisse in diesen Betrieben fort.

III. Verschiedenes

1. Berichtigung

In Ziffer 3 Buchst. c) der Richtlinie vom 27. Februar 1959 über eine einheitliche Verfahrensregelung bei der Bestätigung der Produktionsangebote und Registrierung der Verträge der privaten Industriebetriebe (Verfügungen und Mitteilungen der Staatlichen Plankommission 1959 Nr. 5 S. 4) muß es statt Vorvertrag bzw. Vorverträge richtig heißen:

„Vertragsvorschlag bzw. Vertragsvorschläge“.

2. Hinweis auf Veröffentlichung über sozialistische Rekonstruktion

Der Verlag „Die Wirtschaft“ gibt im Monat Mai eine Broschüre u. a.

Die sozialistische Rekonstruktion in der Industrie der Deutschen Demokratischen Republik von Prof. Dr. Arnold und Dr. Lange heraus.

Diese Broschüre enthält eine zusammenfassende Darstellung der grundsätzlichen Fragen der Rekonstruktion und vermittelt die Erfahrungen, die in Industriezweigen und Betrieben bei der Ausarbeitung der Rekonstruktionspläne gesammelt wurden.

Die VVB und Betriebe werden auf diese Broschüre wegen der Notwendigkeit des Erwerbs hingewiesen.

Deutsches Demokratische Republik, Staatliche Plankommission Berlin. — (9) VVB Deutsche Zentralfabrikation, Colebeckstr. 109/3. — Erscheinungsweise: nach Bedarf, voraussichtlich einmal monatlich. — Bezugspreis: 1,00 DM. — Für den Dienstgebrauch an Organe und Einrichtungen der Staatlichen Verwaltung sowie die Volkseigenen und kleinen Betriebe. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,00 DM. — Veröffentlicht unter der Druckgenehmigung Nr. 4610 vom 10. April 1959. — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 35, Prenzlauer Allee 35.

Verfügungen und Mitteilungen der Staatlichen Plankommission

1959

Berlin, den 20. April 1959

Nr. 7

INHALTSVERZEICHNIS

Verfügung vom 24. 3. 1959 über die Verteilung der Aufgaben auf dem Gebiet des Erfindungs- und Vorschlagswesens am 1. Januar 1959 über die Vervollkommnung des Vorschlagswesens

Verfügung vom 24. 3. 1959 über die Verteilung der Aufgaben auf dem Gebiet des Erfindungs- und Vorschlagswesens am 1. Januar 1959 über die Vervollkommnung des Vorschlagswesens am 1. Januar 1959 über die Vervollkommnung des Vorschlagswesens

Die Staatlichen Organe sind dafür verantwortlich, daß das Erfindungs- und Vorschlagswesen in ihren Betrieben zu einem wirkungsvollen Instrument für den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik entwickelt wird.

Die damit verbundenen Aufgaben sind zusammen mit den gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere den Gewerkschaften und der Kammer der Technik, zu lösen. Zur Gewährleistung der neuen Arbeitsweise im Erfindungs- und Vorschlagswesen wird folgende Aufgabenverteilung verfügt:

A. Aufgaben der Staatlichen Plankommission

1. Abteilung Investitionen, Forschung und Technik

Der Leiter der Abt. Investitionen, Forschung und Technik leitet als Mitglied der Staatlichen Plankommission das Amt für Erfindungs- und Patentwesen im folgenden Patentamt an und übt die Dienstaufsicht aus.

II. Fachabteilungen bzw. Sektoren

Die Fachabteilungen bzw. Sektoren führen folgende Aufgaben unter operativer Mitwirkung des Patentamtes durch:

1. Auswertung der Quartalsberichte und Analysen des Patentamtes.
2. Herausgabe richtungswiesender Direktiven an die Wirtschaftszweige und -gruppen (in der Regel VVB (Z)) in Zusammenarbeit mit dem Patentamt.
3. Ausarbeitung von Orientierungsziffern für wichtige Entwicklungspositionen bzw. Bekanntgabe von Schwerpunktstellen und deren Berücksichtigung im Plan unter Verwendung der Vorschläge des Patentamtes.
4. Entscheidung über die Realisierung von Erfindungen, Verbesserungsvorschlägen und Ingenieurkonten (in folgenden Vorschläge), die über den Bereich einer VVB (Z) bzw. einer direkt unterstellten Institution hinausgehen.
5. Überprüfung und Bestätigung in technischer und ökonomischer Hinsicht der vom Patentamt vor-

gelegten Erfindungen im Bereich des Erfindungs- und Vorschlagswesens (GBL I S. 117)

2. Bekanntmachung vom 24. 3. 1959 über den Zentralen Fonds beim Amt für Erfindungs- und Patentwesen (Patentamt)

geprüften Anträge in den Zentralen Fonds auf Zahlung von Vergütungen und Prämien sowie auf Gewährung von Darlehen.

6. Bestätigung von Ingenieurkonten mit Aufgabenschätzungen, die über den Bereich eines Ministeriums, einer VVB (Z), einer direkt unterstellten Institution oder eines Rates des Bezirkes hinausgehen.
7. Bestätigung von Anträgen auf Einrichtung von Ingenieurkonten, bei denen der Leiter des unter Abs. 6 genannten Organe oder einer seiner Stellvertreter beteiligt ist.
8. Genehmigung von Vergütungen und Prämien für Verbesserungsvorschläge und Ingenieurkonten, bezogen auf den in Abs. 7 genannten Personalkreis.
9. Begegnung von Beisitzern zu Verhandlungen der Schlichtungsstelle des Patentamtes über Vergütungsstreitigkeiten, die den Zentralen Fonds des Patentamtes betreffen.

B. Aufgaben der VVB (Z)

1. Durchsetzung der Direktiven und Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Erfindungs- und Vorschlagswesens.
2. Anleitung der Betriebe in allen grundsätzlichen Fragen des Erfindungs- und Vorschlagswesens, insbesondere bei der Durchführung einer zielstrebigsten Schutzrechtspolitik.
3. Unterstützung der Räte der Bezirke und Kreise sowie deren volkseigene und gleichgestellte Betriebe im Fachbereich der VVB, insbesondere durch Einbeziehung der Bearbeiter der Räte der Bezirke und Kreise für das Erfindungs- und Vorschlagswesen in Arbeitsberatungen; operative Anleitung bestimmter Betriebe auf Anforderung der Vorsitzenden der Wirtschaftsräte;
4. Einbeziehung der bezirksgeleiteten und örtlichen Betriebe in das System des betrieblichen Austausches von Vorschlägen (Erfindungsaustausch);
5. Anleitung bei der Einrichtung und Auswertung von Teilsammlungen in- und ausländische Patentliteratur;
6. Beratung und ggf. Mitwirkung bei der Ausarbeitung und Durchführung von Schutzrecht-

Anmeldungen und sonstigen Rechtsbehandlungen; Beratung in speziellen Fragen des Erfindungs- und Vorschlagswesens, z. B. im Vergütungsrecht, in Beschwerdesachen, bei der Ausarbeitung und Auswertung von Analysen und Quartalsberichten.

Diese Unterstützung hat einen verpflichtenden Charakter.

4. Auswertung der Quartalsberichte und Analysen der Betriebe, Zusammenfassung im VVB-Mitteil und termingemäße Weiterleitung an das Patentamt.
5. Durchsetzung der Einrichtung und Ausnutzung von Teilsammlungen einschlägiger Patentliteratur, insbesondere in konstruktions- und schutzrechtsintensiven Betrieben.
6. Überprüfung der Dokumentationen, die im Rahmen der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Ländern übergeben werden, auf noch bestehende in- und ausländische Ausschließungsschutzrechte und Bekanntgabe der Rechercheergebnisse an die Empfänger.
7. Genehmigung aller Schutzrechtsanmeldungen und sonstigen Rechtsbehandlungen außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik sowie Planung der damit im Zusammenhang stehenden Valutamittel.
8. Entscheidung über die Realisierung von Vorschlägen, die über den Bereich eines Betriebes hinausgehen.
9. Übermittlung des Austausches von überbetrieblichen Vorschlägen im gesamten Bereich der volkswirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie des Austausches von Verbesserungsvorschlägen mit den sozialistischen Ländern.
10. Billigung der auf die Betriebe, daß geeignete Vorschläge zu Standards erhoben werden bzw. zu neuen technischen Arbeitsnormen (TAN) führen.
11. Zahlung der Vergütungen und Prämien für Vorschläge, die nur in einem ihrer Betriebe benutzt werden, deren volkswirtschaftlicher Nutzen jedoch weitgehend außerhalb des Betriebes, aber im Bereich der VVB entsteht.
12. Schlichtung von Streitfällen, die sich aus Zahlungen der VVB für Vergütungen und Prämien ergeben.
13. Schlichtung von Streitfällen in zweiter Instanz über die Behandlung und Vergütung von Erfindungen sowie von Streitfällen über die Art der Bezeichnung oder die Höhe einer Vergütung von Ingenieurknoten und deren Ablehnung.
14. Endgültige Entscheidung über Beschwerden gegen die in ihren Betrieben abgelehnten Verbesserungsvorschläge.
15. Entscheidung über Beschwerden gegen ihre Betriebe, wenn die Erteilung einer Nutzungserlaubnis für die Benutzung von Gebrauchsmustern in einem anderen volkseigenen oder gleichgestellten Betrieb verweigert wird.
16. Bestätigung von Ingenieurknoten mit Aufgabenstellungen, die über den Bereich eines ihrer Betriebe hinausgehen, deren Auswirkungen jedoch innerhalb des Bereiches der VVB liegen.
17. Bestätigung von Anträgen auf Eröffnung von Ingenieurknoten mit inner- und überbetrieblichen Aufgabenstellungen, bei denen ein Werkleiter ihrer Betriebe oder einer seiner Stellvertreter beteiligt ist.
18. Genehmigung von Vergütungs- und Prämienzahlungen für Verbesserungsvorschläge und Ingenieurknoten an einen Werkleiter ihrer Betriebe oder einen seiner Stellvertreter.

19. Anleitung und Kontrolle ihrer Betriebe bei der Entwicklung der Kader im Erfindungs- und Vorschlagswesen.

20. Konsultation der VVB-Justitiare in speziellen Rechtsfragen.

21. Einrichtung von arbeitsfähigen Stellen für das Erfindungs- und Vorschlagswesen (Leit-BIE) und deren Eingliederung in die wissenschaftlich-technischen Zentren der VVB (z. B. Institut, ZEK).

Die Hauptdirektoren der VVB können – ohne Beeinträchtigung ihrer Verantwortung – die Durchführung bestimmter Aufgaben den Leit-BIE übertragen.

22. Die vorstehenden Aufgaben gelten auch für Einrichtungen, die ihrer Stellung nach einer VVB entsprechen.

C. Aufgaben der Räte der Bezirke

1. Durchsetzung der Direktiven und Maßnahmen zum Aufbau und zur Weiterentwicklung des Erfindungs- und Vorschlagswesens in den Bezirken und Kreisen.
2. Zusammenarbeit mit dem Patentamt, den jeweils fachlich zuständigen Ministern, VVB (Z) bzw. deren Leit-BIE sowie den Leit-BIE der Bezirke, um die mit überbezirklichen Aufgaben.
3. Durchführung eines ständigen überbezirklichen Erfahrungsaustausches.
4. Anleitung und Kontrolle der Leit-BIE auf Bezirks- und Betriebs- sowie der Betriebe und Institutionen (im folgenden: Betriebe) der bezirksgeleiteten und der freien Wirtschaft im folgenden Bezirksbereich, sowie andere deren BIE.
5. Unterstützung der Betriebe des Bezirksbereiches in Zusammenarbeit mit der jeweils fachlich zuständigen VVB (Z) in allen grundsätzlichen Fragen des Erfindungs- und Vorschlagswesens, insbesondere bei der Durchführung einer zielstrebigsten Schutzrechtspolitik.
6. Auswertung der Quartalsberichte und Analysen der Betriebe, Zusammenfassung im Bezirksmitteil, unterteilt nach Wirtschaftszweigen bzw. nach den bei den Ministern bestehenden HV-Bereichen (z. B. Kraftverkehr) und termingemäße Weiterleitung an das Patentamt.
7. Durchsetzung der Einrichtung und Ausnutzung von Teilsammlungen einschlägiger Patentliteratur, insbesondere in konstruktions- und schutzrechtsintensiven Betrieben des Bezirksbereiches.
8. Überprüfung der Dokumentationen, die im Rahmen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Ländern übergeben werden, auf noch bestehende in- und ausländische Ausschließungsschutzrechte in Zusammenarbeit mit der jeweils fachlich zuständigen VVB bzw. deren Leit-BIE und Bekanntgabe der Rechercheergebnisse an die Empfänger.
9. Genehmigung aller Schutzrechtsanmeldungen und sonstigen Rechtsbehandlungen außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik sowie Planung der damit im Zusammenhang stehenden Valutamittel für die Betriebe des Bezirksbereiches.
10. Entscheidung über die Realisierung von Vorschlägen, die über den Bereich eines Betriebes des Bezirksbereiches hinausgehen.
11. Übermittlung des Austausches von überbetrieblichen Vorschlägen im gesamten Bereich der volkswirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie des Austausches von Verbesserungsvorschlägen mit den sozialistischen Ländern.
12. Billigung der auf die Betriebe, daß geeignete Vorschläge zu Standards erhoben werden bzw. zu neuen technischen Arbeitsnormen (TAN) führen.
13. Zahlung der Vergütungen und Prämien für Vorschläge, die nur in einem ihrer Betriebe benutzt werden, deren volkswirtschaftlicher Nutzen jedoch weitgehend außerhalb des Betriebes, aber im Bereich der VVB entsteht.
14. Schlichtung von Streitfällen, die sich aus Zahlungen der VVB für Vergütungen und Prämien ergeben.
15. Schlichtung von Streitfällen in zweiter Instanz über die Behandlung und Vergütung von Erfindungen sowie von Streitfällen über die Art der Bezeichnung oder die Höhe einer Vergütung von Ingenieurknoten und deren Ablehnung.
16. Endgültige Entscheidung über Beschwerden gegen die in ihren Betrieben abgelehnten Verbesserungsvorschläge.
17. Entscheidung über Beschwerden gegen ihre Betriebe, wenn die Erteilung einer Nutzungserlaubnis für die Benutzung von Gebrauchsmustern in einem anderen volkseigenen oder gleichgestellten Betrieb verweigert wird.
18. Bestätigung von Ingenieurknoten mit Aufgabenstellungen, die über den Bereich eines ihrer Betriebe hinausgehen, deren Auswirkungen jedoch innerhalb des Bereiches der VVB liegen.
19. Bestätigung von Anträgen auf Eröffnung von Ingenieurknoten mit inner- und überbetrieblichen Aufgabenstellungen, bei denen ein Werkleiter ihrer Betriebe oder einer seiner Stellvertreter beteiligt ist.
20. Genehmigung von Vergütungs- und Prämienzahlungen für Verbesserungsvorschläge und Ingenieurknoten an einen Werkleiter ihrer Betriebe oder einen seiner Stellvertreter.

Erlassung der Nutzensmeldungen für die überbetriebliche Betreuung von Vorschlägen aus Betrieben des Bezirksbereiches und deren Weiterleitung an die Stelle, die den überbetrieblichen Austausch vermittelt bzw. durchgeführt hat.

Entnahme auf die Betriebe des Bezirksbereiches, das geeignete Vorschläge zu Standards erhoben werden bzw. zu neuen technischen Arbeitsnormen (TAN) führen.

Zahlung der Vergütungen und Prämien für Vorschläge, die nur in einem Betrieb des Bezirksbereiches benutzt werden, deren volkswirtschaftlicher Nutzen jedoch überwiegend außerhalb des Betriebes, aber im Bezirksbereich entsteht.

Die Vorsitzenden der Räte der Bezirke beantragen beim Präsidenten des Patentamtes die Zahlung der Vergütungen oder Prämien aus dem Zentralen Fonds des Patentamtes, sofern die Mittel aus Mehrnahmen und Einsparungen für die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen in Abs. 12 nicht ausreichen.

Schlichtung von Streitfällen, die sich aus Zahlungen der Rates des Bezirkes für Vergütungen und Prämien ergeben.

Schlichtung von Streitfällen der Betriebe des Bezirksbereiches in zweiter Instanz über die Behandlung und Vergütung von Gebrauchsmustern sowie von Streitfällen über die Art der Berechnung oder die Höhe einer Vergütung von Inventionen und deren Ablehnung.

Entscheidung über Beschwerden gegen die in den Betrieben des Bezirksbereiches abgelehnten Verbesserungsvorschläge.

Entscheidung über Beschwerden gegen Betriebe des Bezirksbereiches, wenn die Erteilung einer Nutzungsgenehmigung für die Benutzung von Gebrauchsmustern in einem anderen volkseigenen oder gleichgestellten Betrieb verweigert wird.

Bestätigung von Ingenieurkonten mit Aufgabenstellungen, die über den Bereich eines Betriebes des Bezirksbereiches hinausgehen.

Bestätigung von Anträgen auf Eröffnung von Ingenieurkonten mit inner- und überbetrieblichen Auftragsstellungen, bei denen ein Werkleiter der Betriebe des Bezirksbereiches oder einer seiner Stellvertreter beteiligt ist.

Genehmigung von Vergütungs- und Prämienzahlungen für Verbesserungsvorschläge und Inventionen an einen Werkleiter der Betriebe des Bezirksbereiches oder einen seiner Stellvertreter.

Anleitung und Kontrolle der Betriebe des Bezirksbereiches bei der Entwicklung der Karten im Erfindungs- und Vorschlagswesen.

Konsultation des Justitars in speziellen Rechtsfragen.

Einrichtung einer arbeitsfähigen Stelle (Zentrale BIE) zur Durchführung der Aufgaben in den Bezirken und Kreisen beim Wirtschaftsrat.

Die Vorsitzenden der Räte der Bezirke können – ohne Befreiung von ihrer Verantwortung – die Durchführung bestimmter Aufgaben dem Zentralen BIE beim Wirtschaftsrat übertragen.

Soweit erforderlich, sind arbeitsfähige Leit-BIE bei den VVB (B) einzurichten.

Die bei der Abt. Land- und Forstwirtschaft der Räte der Bezirke bestehenden Leit-BIE sind – infolge deren großer politischer und ökonomischer Bedeutung für die Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande – arbeitsfähig zu erhalten.

Diese Leit-BIE arbeiten in enger Verbindung mit den Zentralen BIE bei den Wirtschaftsräten der Be-

zirke und dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft.

25. Andere im Bezirksbereich bestehende zentrale Stellen für das Erfindungs- und Vorschlagswesen (Leit-BIE), z. B. die Leit-BIE der Bezirksbäume der Bezirksdirektionen Kraftverkehr, der Holzbearbeitungs- und Holzverarbeitungsindustrie, der Musik-, Kultur- und Spielwarenindustrie, der Leder- und Rauchwarenindustrie, der Haushaltschemie, der Getränkeindustrie sind arbeitsfähig zu erhalten.

Zentrale Stellen, die mit den Aufgaben eines Leit-BIE aus der zentralgeleiteten Wirtschaft in die Bezirksebene übernommen worden sind bzw. zentrale Stellen, die weiterhin in der zentralen Ebene tätig sind, aus deren Betreuungsbereich jedoch Betriebe der Bezirkssebene ausgetreten sind, werden in den Wirtschaftswissenschaften, in denen keine zentralen VVB bestehen, ihre Tätigkeit weiterhin nach fachlichen Gesichtspunkten überbezirklich für den gesamten Zweig aus.

D. Aufgaben des Amtes für Erfindungs- und Patentwesen (Patentamt)

1. Anleitung der Ministerien, Räte der Bezirke, VVB und der der Staatlichen Plankommission direkt unterstellten Institutionen in allen grundsätzlichen Fragen des Erfindungs- und Vorschlagswesens in Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere den Gewerkschaften und der Kammer der Technik.

2. Kontrolle über die Einhaltung aller einschlägigen Gesetze und Verordnungen in den Ministerien, Räten der Bezirke, VVB Betrieben und Institutionen.

3. Auswertung der Quartalsberichte und Analysen der Ministerien, Räte der Bezirke, VVB und der der Staatlichen Plankommission direkt unterstellten Institutionen über die Ergebnisse des Erfindungs- und Vorschlagswesens.

Zusammenfassung der Berichte und Analysen im Maßstab

a) der Abteilungen und Sektoren der Staatlichen Plankommission.

b) der gesamten volkseigenen und gleichgestellten Wirtschaft.

4. Mitarbeit bei der Entwicklung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und bei der Ausarbeitung von einheitlichen Grundsätzen des Erfindungs- und Vorschlagswesens.

5. Organisation und Durchführung des Fortbildungsinstituts für Facharbeiter des Patent-, Muster- und Zeichenwesens (Patentingenieure) sowie von Lehrgängen für Fachlehrkräfte auf dem Gebiet des Erfindungs- und Vorschlagswesens mit Erteilung einer Lehrerlaubnis.

Anleitung und Kontrolle der Stellen, die Fortlehrgänge auf dem Gebiet des Erfindungs- und Vorschlagswesens durchführen (z. B. Ministerien, VVB, Kammer der Technik).

Unterstützung der Hoch- und Fachschulen in ihrer Lehrfähigkeit auf dem Gebiet des Patent-, Muster- und Zeichenwesens in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen.

6. Übermittlung aller brauchbar erscheinenden DWP und DWP-Anmeldungen an die fachlich zuständigen Ministerien, VVB (2) bzw. direkt unterstellten Institutionen zur Prüfung auf Benutzungs-fähigkeit und zur Einleitung der Benutzung.

7. Zahlung von Vergütungen und Prämien sowie Gewährung von Darlehen aus dem Zentralen Fond entsprechend seiner Zweckbestimmung.

9. Schlichtung von Streitfällen, die sich aus Zahlungen des Zentralen Fonds für Vergütungen und Prämien ergeben.

10. Durchführung von Fachtagungen auf dem Gebiet des Erfindungs- und Vorschlagswesens in Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere den Gewerkschaften und der Kammer der Technik.

11. Durchführung eines Beratungsdienstes auf Messen und Ausstellungen im Arbeitsbereich des Patentamtes.

12. Bearbeitung von Hinweisen und Beschwerden behaupteter Spezialisten auf dem Gebiet des Erfindungs- und Vorschlagswesens, die ohne ihre Zustimmung fachfremd eingesetzt wurden bzw. werden sollen und Einschreiten gegen derartige Verstöße in Zusammenarbeit mit den zuständigen staatlichen Organen und den Gewerkschaften.

8. Aufgaben der Ministerien

Die Ministerien haben in Bezug auf die ihnen unterstellten unterstellten, dass auch und gleichwohl die Betriebe verantwortlich für die Erhaltung und Durchführung der einschlägigen Bestimmungen auf dem Gebiet des Erfindungs- und Vorschlagswesens. Sie legen ihre Aufgaben in Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungen der Staatlichen Plankommission, dem Patentamt und den gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere den Gewerkschaften und der Kammer der Technik.

13. Durchführung folgender Einzelaufgaben innerhalb der entsprechenden Abteilung der Staatlichen Plankommission im Fachbereich des Ministeriums:

Bestätigung von Ingenieurkonten mit überbetrieblicher Aufgabenstellung, Entscheidung, über die Realisierung von Vorschlägen mit überbetrieblicher Bedeutung.

Überprüfung und Bestätigung in technischer und ökonomischer Hinsicht der vom Patentamt vorgelegten Anträge der Räte der Bezirke an den Zentralen Fonds, soweit der überbetriebliche Austausch von Vorschlägen vom Ministerium selbst durchgeführt worden ist.

14. Unterstützung der Betriebe und Institutionen, die den Räten der Bezirke unterstellt sind, jedoch von den Ministerien fachlich angeleitet werden, auf dem Gebiet des Erfindungs- und Vorschlagswesens. Diese Unterstützung erstreckt sich insbesondere auf:

Durchführung von Arbeitsberatungen, operative Anleitung in den Betrieben, Austausch überbetrieblicher Gebrauchsmuster, Verbesserungsvorschläge und Ingenieurkonten (Erfahrungsaustausch), Auswahl, Ausarbeitung und Durchführung von Schutzrechtsanmeldungen, Verteidigung erworbener Schutzrechte, Streitfragen, Einsprüche und Widersprüche, Recherchenarbeiten, Aufbau und Ausnutzung von Teilsammlungen in- und ausländischer Patentliteratur.

15. Die Stellen für die Bearbeitung des Erfindungs- und Vorschlagswesens der Ministerien (Zentrale BE) sind arbeitsfähig zu ernennen.

9. Allgemeines

In den Abschnitten A. bis E. nicht erwähnte Aufgaben, die sich aus den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen ergeben, sind von den betroffenen Stellen ebenfalls entsprechend dem Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der Deutschen Demokratischen Republik und der hierzu

ergangenen Verordnungen und Beschlüsse durchzuführen.

Der Leiter der Abt. Investitionen, Forschung und Technik der Staatlichen Plankommission

i. V. Krell

Leiter des Sektors Forschung und Technik

2. Bekanntmachung vom 24. 3. 1959 über den zentralen Fonds beim Amt für Erfindungs- und Patentwesen (Patentamt)

Zur umfassenden Sicherung der vergütungssrechtlichen Ansprüche der Erfinder und Rationalisatoren ist beim Patentamt ein Zentraler Fonds insbesondere für die Zahlung von Vergütungen und Prämien auf dem Gebiet des Erfindungs- und Vorschlagswesens gebildet worden.

1. Zweckbestimmung:

1. Zahlung von Vergütungen für Verbesserungsvorschläge (VV) und Ingenieurkonten (IK) sowie der Prämien für Verbesserungsvorschläge auf dem Gebiet der Betriebsverwaltung, sofern der volkswirtschaftliche Nutzen überwiegend außerhalb des Bereiches eines Ministeriums, einer VVB (Z) oder eines Rates des Bezirkes entsteht.

2. Zahlung der Vergütungen für VV und IK sowie der Prämien für Verbesserungsvorschläge auf dem Gebiet der Betriebsverwaltung, die in mehreren Betrieben benützt werden, wenn der volkswirtschaftliche Nutzen überwiegend außerhalb des Bereiches desjenigen Ministeriums, der VVB (Z) bzw. des Rates des Bezirkes entsteht, in dessen bzw. deren Bereich sich der erstbenutzende Betrieb befindet.

3. Zahlung der Vergütungen für VV und IK, wenn die Zahlung durch die Räte der Bezirke erfolgt, jedoch infolge Erschöpfung der hierfür vorgesehenen Mittel nicht möglich ist.

4. Erstattung der Aufwendungen für Entwicklung entsprechend § 24 der Zweiten Durchführungsverordnung vom 6. 2. 1953 zur Verordnung über das Erfindungs- und Vorschlagswesen in der Volkswirtschaft (GBL. S. 297), sofern die Zuständigkeit des Zentralen Fonds für die Vergütungszahlung gegeben ist, ausgenommen die Fälle, in denen die Finanzierung aus den Mitteln des Planes Forschung und Technik zu erfolgen hat.

5. Gewährung von Darlehen für die Zahlung von Vergütungen und Prämien für Verbesserungsvorschläge und Ingenieurkonten an Ministerien, VVB (Z) und der Staatlichen Plankommission direkt unterstellte Institutionen, wenn die Zahlung durch diese erfolgen muß, jedoch infolge zeitweiser Erschöpfung der zuständigen Fonds nicht möglich ist.

11. Verfahren:

1. Zahlungen aus dem Zentralen Fonds erfolgen nur auf begründeten Antrag Einzelheiten des Verfahrens gibt das Patentamt in seinem Mitteilungsblatt bekannt.

2. Antragsteller sind: Ministerien, VVB (Z), Räte der Bezirke und Institutionen, die der Staatlichen Plankommission direkt unterstellt sind.

3. Die Anträge werden vom Patentamt vorgeprüft und von der fachlich zuständigen Abteilung (Sektor) der Staatlichen Plankommission oder ggf. von dem fachlich zuständigen Ministerium begutachtet.

Der Leiter der Abt. Investitionen, Forschung und Technik der Staatlichen Plankommission

i. V. Krell

Leiter des Sektors Forschung und Technik

Herausgeber: Deutsche Demokratische Republik, Staatliche Plankommission Berlin. (O) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Postfach 100 25 - Erscheinungsweise: monatlich, voraussetzungslos (mit Genehmigung der Staatlichen Plankommission durch Einreichung des Verlags - Belegexemplar: vierteljährlich Lb. DM - Veröffentlichung: mit der Druckgenehmigungs-Nr. 40 25 3 DDR - 140 9 90 - VEB Berliner Druckhaus, Berlin SO 3, Friedrichs-Allee 18.

Verfügungen und Mitteilungen der Staatlichen Plankommission

1959

Berlin, den 6. April 1959

Nr. 6

INHALTSVERZEICHNIS

- I. Beschlüsse der Staatlichen Plankommission**
Beschluss der Staatlichen Plankommission vom 18. 3. 1959 über die Durchsetzung der neuen Projektierungsbestimmungen
- II. Verfügungen und Informationen des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und der Leiter der Abteilungen der Staatlichen Plankommission**
- Verfügung vom 19. 3. 1959 über die Einleitung von vollautomatisierten Betriebsabteilungen und Produktionsabschnitten
- Ordnung über die Organisation der Arbeit bei der Versorgung der Wirtschaft mit Stahlkonstruktion vom 23. 3. 1959
- Verfügung vom 11. 2. 1959 über die Finanzierung der Kosten im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit
- Mitteilung vom 23. 3. 1959 über den Beschluss der Staatlichen Plankommission zur Verwirklichung des beschleunigten Aufbaues der obligatorischen 10-Klassen, allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen

- Mitteilung, vom 24. 1. 1959 über die finanzpolitischen Grundsätze zur Fokierung des technischen Fortschritts
- III. Anweisungen über die Gründung, Zusammenlegung (Angliederung) und Auflösung von volkseigenen Betrieben, Instituten und Einrichtungen**
- Anweisung vom 25. 10. 1958 über die Gründung des V14: Zentrale Entwicklung der Konstruktion Elektroapparate Person
- Anweisung vom 16. 12. 1958 über die Gründung des V18: Erdölverarbeitungs-werk Schwedt
- Anweisung vom 16. 1. 1959 über die Gründung des V19: Aufbauleitung Chemiefaserkombinat Guben
- IV. Verschiedenes**
- Mitteilung der Technischen Bergbauinspektion der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. 1. 1959 über die Zulassung des Zeitstufenzindrates Type MZ 04

I. Beschlüsse der Staatlichen Plankommission

Beschluss der Staatlichen Plankommission vom 18. 3. 1959 über die Durchsetzung der neuen Projektierungsbestimmungen

Von der Grundlage des Berichtes der Kommission zur Gründung und Verbesserung des Projektierungswesens behandelte die Staatliche Plankommission in ihrer Sitzung am 18. 3. 1959 die nachfolgend genannten neuen Projektierungsbestimmungen:

- a) Anordnung über die Organisation des volkseigenen Projektierungswesens,
- b) Anordnung über die Preise für Leistungen volkseigener Projektierungsbetriebe und Projektierungsabteilungen,
- c) Anordnung über die Planung, Finanzierung und Abrechnung der volkseigenen Projektierungsbetriebe,
- d) Anordnung über die Prämien in den volkseigenen Projektierungsbetrieben und Projektierungsabteilungen,
- e) Anordnung über die Allgemeinen Bedingungen für die Durchführung von Projektierungsarbeiten (ABPI),
- f) Anordnung über die Zulassung von privaten Ingenieuren und Architekten zur Projektierung.

2) Anordnung, Nr. 6 zur Vorbereitung und Durchführung des Investitionsplanes - Aufgabenstellung, Vorplanung und Investitionsprojekt.

Diese Anordnungen werden als Sonderdruck zum Gesetzblatt veröffentlicht und treten am 1. April 1959 in Kraft. Sie werden den Projektierungsbetrieben und Projektierungsabteilungen vorab zur Information zur Kenntnis.

Nachstehend wird der Beschluss der Staatlichen Plankommission vom 18. 3. 1959 zur Durchsetzung der neuen Projektierungsbestimmungen auszugsweise bekannt gemacht.

Dusgheck

Sekretär der Staatlichen Plankommission

Der Stellvertreter des Leiters der Abteilung Investitionen, Forschung und Technik der Staatlichen Plankommission berichtete über die Ergebnisse der Arbeit der Kommission zur Überprüfung und Verbesserung des Projektierungswesens. Im Ergebnis einer eingehenden Beratung wurde beschlossen:

1. Die Abteilungsleiter der Staatlichen Plankommission, die Ministerien, die Staatssekretariate mit

eigenem Geschäftsbereich sowie die sonstigen zentralen Organe der Staatlichen Verwaltung, die Hauptdirektoren der Vereinigungen Volkseigener Betriebe, die Vorsitzenden der Wirtschaftsräte bei den Räten der Bezirke und die Leiter der volkseigenen Projektierungsbetriebe sowie Projektierungsabteilungen veranlassen eine eingehende Erläuterung der neuen Projektierungsbestimmungen in ihren Verantwortungsbereichen bis zum 31. Mai 1959.

3. Die Abteilungsleiter der Staatlichen Plankommission und die Räte der Bezirke haben zu veranlassen, daß in ihren Bereichen ein entscheidender Kampf gegen die unzureichende Vorbereitung der Investitionsvorhaben geführt wird. Ohne verbindliche Aufgabenteilung darf keine neue Vorplanung, ohne bestellte Vorplanung kein Investitionsprojekt den Projektanten in Auftrag gegeben werden.

Im Jahre 1960 sind Ausnahmegernehmungen zur Finanzierung von Investitionsvorhaben ohne Vorliegen der gesetzlich festgelegten Unterlagen nicht mehr zu erteilen. Alle Projektierungsrückstände sind im Jahre 1959 aufzuheben. Die Deutsche Investitionsbank hat die Kontrolle der einwandfreien Vorbereitung der Investitionsvorhaben zu verstärken.

Die Verpflichtungsbewegung der Ingenieure und Architekten zur Anwendung der fortschrittlichsten Technik für die Erzielung hoher Nutzeffekte bei sparsamem Aufwand und zur Verkürzung der Projektierungszeit ist die wichtigste Kraft zur Überwindung der im Projektierungswesen vorhandenen Mängel und zur Einführung eines sozialistischen Arbeitsstils im Projektierungswesen. Diese Verpflichtungsbewegung ist von den Mitarbeitern der Staatlichen Plankommission, insbesondere von den Abteilungs- und Sektorenlleitern mit allen Kräften zu fördern und zu unterstützen. Die Abteilungsleiter der Staatlichen Plankommission berichten bis zum 30. 6. 1959 dem Leiter der Abteilung Investitionen Forschung und Technik der Staatlichen Plankommission über die Verpflichtungsbewegung der Ingenieure und Architekten der Projektierungsbetriebe und Projektierungsabteilungen in ihren Bereichen. Die Vorsitzenden der Wirtschaftsräte berichten bis zum gleichen Termin dem Leiter der Abt. Koordinierung der Planung der Bezirke.

Anfang Juli 1959 ist mit einigen in dieser Verpflichtungsbewegung hervorgetretenen Brigaden beim Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Herrn Gregor, ein Erfahrungsaustausch durchzuführen.

4. Der Leiter der Abteilung Investitionen, Forschung und Technik der Staatlichen Plankommission wird beauftragt:

- a) in Übereinstimmung mit dem Ministerium für Bauwesen und den zuständigen Abteilungen der Staatlichen Plankommission bis zum 31. Juli 1959 die speziellen Aufgaben der einzelnen Projektierungsbetriebe und -abteilungen, insbesondere ihre Funktionen als Hauptprojektanten oder als Spezialprojektanten für den Investitionsbedarf der DDR, für die Lieferung kompletter Anlagen und die Durchführung von Projektierungsarbeiten für den Export festzulegen;
- b) die Bildung des Arbeitskreises und der Arbeitsgruppen „Kennziffern für Projektierungskosten und Investitionen“ sofort zu veranlassen;
- c) die Arbeitsgruppe „Neuregelung der Preise für private Projektierungsleistungen“ zu bilden mit

dem Ziel, bis zum 30. Oktober 1959 eine Neuregelung auf diesem Gebiet herbeizuführen.

- d) nach Abstimmung mit den zuständigen Staatsorganen die Anordnung über die Ausarbeitung von Typisierungsplänen und die Bestätigung von Typenprojekten bis zum 30. April 1959 zu erlassen;
- e) gemeinsam mit dem Leiter der Abteilung Maschinenbau der Staatlichen Plankommission bis zum 30. April 1959 Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Projektierungsbetriebe und -abteilungen mit den Betrieben des Maschinenbaus zu treffen.
5. Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik führt ab 1. Juli 1959 in Übereinstimmung mit dem Ministerium für Bauwesen, dem Ministerium der Finanzen und der Abteilung Investitionen, Forschung und Technik der Staatlichen Plankommission eine einheitliche Berichterstattung für alle volkseigenen Industriebetriebe und Abteilungen ein.

- II. Verfügungen und Informationen des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und der Leiter der Abteilungen der Staatlichen Plankommission

1. Verfügung vom 19. 3. 1959 über die Einrichtung von vollautomatisierten Betriebsabteilungen und Produktionsabschnitten

In den vergangenen Jahren wurden systematisch die Voraussetzungen für eine erhöhte Mechanisierung und Automatisierung der Produktion entwickelt. Es ist jetzt erforderlich, die weiteren Maßnahmen der Mechanisierung und Automatisierung planmäßig festzulegen. Zu diesem Zweck wird folgendes verfügt:

1. Die Abteilungen der Staatlichen Plankommission erteilen den Vereinigungen Volkseigener Betriebe den Auftrag, Planvorschlüsse auszuarbeiten über Betriebsabteilungen und Produktionsabschnitte in ihnen unterstellten Betrieben, die voll zu automatisieren sind.

2. Diese Planvorschlüsse müssen enthalten:

A. Bisheriger Zustand

- a) eine knappe Charakteristik der gegenwärtigen Technologie in dieser Abteilung bzw. in diesem Produktionsabschnitt,
- b) die gegenwärtig vorhandene Arbeitsproduktivität,
- c) die gegenwärtig ermittelten Selbstkosten
- d) den Produktionsausstoß pro m² Produktionsfläche.

B. Geplante Veränderungen

- a) die Technologie, die der Automatisierung der Abteilung bzw. des Produktionsabschnittes zugrunde liegt,
- b) die errechenbare Arbeitsproduktivität,
- c) die errechenbaren Selbstkosten,
- d) den Produktionsausstoß pro m² Produktionsfläche,
- e) die Kosten der Umstellung zur vollen Automatisierung.

3. Aus den Planvorschlüssen der Vereinigungen Volkseigener Betriebe stellen die Abteilungen einen Plan der vollen Automatisierung von Betriebsabteilungen und Produktionsabschnitten für die Jahre 1959/60 auf.

Dieser Plan ist in den Kollegien der Abteilungen bzw. Sektoren zu beschließen.

Die wichtigsten Vorhaben werden in einem Schwerpunktplan zusammengefaßt, der durch die Abteilung Investitionen, Forschung und Technik kontrolliert wird.

Glossar

Erster Stellvertreter
des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission

Gruße

Mitglied der Staatlichen Plankommission

2. Ordnung über die Organisation der Arbeit bei der Versorgung der Wirtschaft mit Stahlkonstruktionen vom 23. März 1959.

Auf der Grundlage der Ordnung der Materialwirtschaft vom 7. Juni 1958 (GBl. I S. 517) regelt sich die Arbeit bei der Versorgung der Wirtschaft mit Stahlkonstruktionen wie folgt:

1. Staatliche Plankommission

Die Planung des Aufkommens und die Ermittlung des Bedarfs an Stahlkonstruktionen erfolgt nach den Positionen der Staatsplan-Nomenklatur. Diese Positionen sind in der Anordnung vom 9. März 1959 über die Verteilung, den Bezug und die Lieferung von Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie - Anlage 2 - Bilanz- und Bedarfsplan-Nomenklatur veröffentlicht.

Ausgehend vom Bedarf der Volkswirtschaft werden von der Staatlichen Plankommission die erforderlichen Aufkommens- und Verteilungsbilanzen ausgearbeitet bzw. die von anderen mit der Bilanzierung beauftragten Organen vorgelegten Bilanzen geprüft und bestätigt.

Auf der Grundlage der bestätigten Materialbilanzen zum Volkswirtschaftsplan gibt die Staatliche Plankommission für die kontingentierten Stahlkonstruktionen Kontingente an die Versorgungsbereiche der zentralen Wirtschaft bzw. an die Kontingenträger der örtlichen Organe.

Der VVB Stahlbau werden die Materialbilanzen zur Durchführung übergeben.

Die Staatliche Plankommission kontrolliert die Durchführung der Materialbilanzen.

II. VVB Stahlbau

Unter Zugrundelegung des Abschnittes VII der Ordnung der Materialwirtschaft in der DPM und der Ordnung des Staatlichen Maschinen-Kontors werden der VVB Stahlbau im Auftrage des Staatlichen Maschinen-Kontors für Stahlkonstruktionen folgende Aufgaben, Pflichten und Befugnisse übertragen:

1. Die Produktionsbetriebe aller Zuordnungen und Eigentumsformen im Aufkommen und die Versorgung der Wirtschaft mit Stahlkonstruktionen auf der Grundlage der Materialbilanzen zum Volkswirtschaftsplan zu lenken.
2. Die Überprüfung der auf der Grundlage der Plandirektiven von den Aufkommensträgern erarbeiteten Produktionsplandirektive durchzuführen und eine Zusammenstellung vorzunehmen.
3. Das im Rücklauf gemeldete Aufkommen und den Bedarf zu bilanzieren sowie auf die bedarfsrechte Produktion unter Beachtung der erforderlichen materialeinsparenden Konstruktionen einzuzwirken.
4. Die Lieferplanschläge der Produktionsbetriebe aller Zuordnungen und Eigentumsformen zu überprüfen, zusammenzufassen und dem Staatlichen Maschinen-Kontor zur Bestätigung vorzulegen.
5. Nach Bestätigung der Lieferpläne durch das Staatliche Maschinen-Kontor sind von der VVB Stahl-

bau der Versorgungsbereichen der zentralen Wirtschaft bzw. den Kontingenträgern der örtlichen Organe die Aufkommensträger auf der Grundlage der von der Staatlichen Plankommission erteilten Kontingente bekanntzugeben.

6. Erforderlichenfalls auf Grund der Kenntnis der jeweiligen Auslastung der Kapazitäten und der technischen Liefermöglichkeiten den Versorgungsbereichen bzw. Kontingenträgern Hilfe bei der Unterbringung der Aufträge zu leisten.

7. Unter Zugrundelegung der lufteitigen Abrechnung (M 1 bzw. M 400) nicht genutzte Kontingente zurückzuziehen und die Verteilung der operativen Reserven im Einvernehmen mit der Staatlichen Plankommission vorzunehmen.

8. Der Staatlichen Plankommission, den VVB, den örtlichen Staatsorganen sowie den Betrieben für die perspektivische Entwicklung der Produktion von Stahlkonstruktionen Vorschläge zu geben.

9. Zur Lösung der ihr gestellten Aufgabe ist die VVB Stahlbau berechtigt, gegebenenfalls Leit-Betriebe in Absprache mit den örtlichen Organen festzulegen.

III. Versorgungsbereiche der zentralen Wirtschaft bzw. Kontingenträger der örtlichen Organe

1. Im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes reichen die Versorgungsbereiche bzw. Kontingenträger der Staatlichen Plankommission, Abteilung Maschinenbau - mit Durchsicht an die VVB Stahlbau, mit Normen oder anderen Kennziffern des Materialverbrauchs, zusammengefaßte, begründete und überprüfte Bedarfpläne auf Formblatt M 16 (117) bzw. M 17 (117) ein.

2. Die Versorgungsbereiche bzw. Kontingenträger haben den ihnen unterstehenden Betrieben zur Regelung des Verbrauchs die Kontingente bzw. andere Kennziffern des Materialverbrauchs zu übergeben.

3. Die Versorgungsbereiche bzw. Kontingenträger sind nicht berechtigt, Kontingentreserven zu halten.

4. Die Versorgungsbereiche bzw. Kontingenträger sind verpflichtet, die Inanspruchnahme der in den Kontingenten festgelegten Aufkommensträger seitens der Betriebe zu überwachen.

5. Die Versorgungsbereiche bzw. Kontingenträger unterstützen ihre Betriebe bei der Versorgung mit Stahlkonstruktionen und nehmen erforderlichenfalls die Hilfe der VVB Stahlbau in Anspruch.

IV. Bedarfsträger

Die Bedarfsträger haben folgende Aufgaben:

1. Entsprechend den planmethodischen Bestimmungen durch Normen oder andere technisch-wirtschaftliche Kennziffern des Materialverbrauchs begründete Bedarfpläne auf Formblatt M 16 (117) bzw. M 17 (117) an ihr übergeordnetes Organ einzureichen.
2. Jeder Bedarf ist auf die Anwendung von Betonkonstruktionen zu überprüfen; die Projektanten sind seitens der Bedarfsträger darauf hinzuweisen.
3. In Höhe der ihnen zugewiesenen Kontingente Verträge bei den Produktionsbetrieben entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen abzuschließen und die von der VVB Stahlbau festgelegten Aufkommensträger als verbindlich zu betrachten.
4. Die Bildung einer Kontingentreserve ist nicht gestattet.
5. Ständig eine Übersicht über die erhaltenen Kontingente, über den Verbrauch und über den Bestand zu führen. Im übrigen gelten die Bestimmungen des Vertragsgesetzes.

V. Produktionsbetriebe von Stahlkonstruktionen **Betriebe, die Erzeuger von Stahlkonstruktionen sind,** **haben folgende Aufgaben:**

1. Den Produktionsplanentscheid und den Produktionsplan über das übergeordnete Organ der VVB Stahlbau entsprechend der von der Staatlichen Plankommission zu bestellenden Normenklart sowie den Lieferplanentscheid vorzulegen
2. In Höhe ihrer staatlichen Produktionsaufträge Verträge mit den Bedürfnisträgern unter Berücksichtigung der herausgegebenen Kontingente abzuschließen und dabei die Bestimmungen des Vertragsgesetzes zu beachten
3. Stahlkonstruktionen für den Eigenbedarf mit in Höhe der ihnen zugewiesenen Kontingente zu fertigen
4. Die von der VVB Stahlbau gegebenen Weisungen zur Fertigung bestimmter Stahlkonstruktionsträger durchzuführen
5. Im Falle der Nichtabfertigung ihrer Produktionsaufträge durch Verträge der VVB Stahlbau spezialisiert nach Planverfahren Mittelungen zu machen
6. Die vorzulegenden Unterlagen in Abrechnungsformblatt 41) den Bedürfnisträgern des Staatlichen Maschinen-Kontingents zu übergeben. Die Abrechnung erfolgt in Abrechnung mit dem Staatlichen Maschinen-Konto

Der Leiter der Abteilung Finanzierung und Verteilung der Produktionsmittel der Staatlichen Plankommission

Selbständig
Stellvertreter
des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission

Der Leiter der Abteilung Maschinenbau der Staatlichen Plankommission

Wunderlich
Mitglied der Staatlichen Plankommission

8. Verfügung vom 11. 2. 1959 über die Finanzierung der Kosten im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit

Über die Finanzierung der Kosten im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit wird folgendes festgesetzt:

1. Die Betriebe, Institute usw. haben ab sofort Rechnungen (ohne Belege) über im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit verauslagte Beträge (Betreuung ausländischer Delegationen, Anfertigung von Dokumentationen usw.) einmal monatlich an die zuständige VVB zur Prüfung und Bestätigung zu übergeben.
- Die VVB übergeben ihrerseits einmal monatlich eine Zusammenstellung dieser Rechnungen an die Gruppe Haushalt und Finanzen der Staatlichen Plankommission.
- Die Gruppe Haushalt und Finanzen der Staatlichen Plankommission überweist daraufhin die Mittel aus dem zentralen Fonds an die VVB zur Erstattung an die Betriebe, Institute usw.
- Für die Betreuung ausländischer Delegationen auf Grund von Partnerwünschen (UdSSR, Bulgarien und Rumänien) sind die Rechnungen für die den Betrieben entstehenden Dolmetscherkosten innerhalb von sechs Tagen nach Beendigung der Konsultation an die Gruppe Haushalt und Finanzen der Staatlichen Plankommission einzureichen.
2. Die Rechnungen über verauslagte Beträge für die Anfertigung von Dokumentationen, für die Bereitstellung von Dolmetschern usw. sind entsprechend

der von den Partnern gewünschten Spezifikation von den Betrieben an die zuständige VVB und von dieser an die Gruppe Haushalt und Finanzen der Staatlichen Plankommission zwecks Rechnungslegung an den ausländischen Partner zu übergeben. Den Rechnungen für die Ausarbeitung von Dokumentationen ist jeweils das Übergabeprotokoll beizulegen.

Die Kostenrechnungen für die Ausbildung der ausländischen Praktikanten, soweit sie dem Partner in Rechnung gestellt werden, müssen neben den sonst üblichen Angaben unbedingt die Namen der Praktikanten und für welchen Zeitraum die Kosten angefallen sind, enthalten.

Bei Hilfestellung auf Grund von Partnerwünschen im Ausland ist darauf zu achten, daß der Arbeitsanfall der deutschen Spezialisten in Rechnung gestellt wird, bei längerer Dauer monatlich mit Teilrechnung unter Angabe der Beschlusnummer.

3. Die Abrechnungen der Staatlichen Plankommission prüfen und bestätigen nur noch Rechnungen über Kosten, die im Zusammenhang mit der Betreuung ausländischer Delegationen entstanden sind, die zum Teil für Gäste der Staatlichen Plankommission sind.

Dörschack
Sekretär der Staatlichen Plankommission

4. Mitteilung vom 23. 3. 1959 über den Beschluß der Staatlichen Plankommission zur Verwirklichung des beschleunigten Aufbaues der obligatorischen 10-klassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule

Der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik erfordert, daß die Schüler von heute so erzogen und ausgebildet werden, daß sie den vielfältigen Anforderungen des Lebens von morgen in der sozialistischen Gesellschaft gerecht werden.

Die Beschlüsse der 4. Tagung des Zentralkomitees der SED haben eine breite Massendiskussion und Massenkampagne zur beschleunigten Einführung der 10-klassigen Oberschule ausgelöst.

In breiten Kreisen der Bevölkerung wurden ernsthaftige Beratungen über die sich ergebenden notwendigen Maßnahmen geführt. Am 11. 3. 1959 faßte die Staatliche Plankommission einen Beschluß, der die erforderlichen Veränderungen des Volkswirtschaftsplanes 1959 in den Planteilen Berufsausbildung und Arbeitskräfte sowie die Veränderungen der Arbeitsbedingungen für die Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1960-1965 zum Inhalt hat und die Einführung der obligatorischen 10-klassigen Oberschule bis 1964 sicherstellt, in den Kreisen und Bezirken müssen die Pläne zur Verwirklichung des Oberschulplanes zum Aktionsprogramm der gesamten Bevölkerung werden. Die Erfüllung desselben ist in erster Linie eine Frage der Überzeugung der Werktätigen, damit dieselben ohne Vorbehalte von ihrem Recht Gebrauch machen, ihre Kinder die 10-klassige Oberschule besuchen zu lassen. Erst wenn die engste Zusammenarbeit zwischen den Organen des Staatsapparates, insbesondere zwischen den Wirtschaftsräten der Räte der Bezirke, den Räten der Kreise, der Nationalen Front, den Parteien und Massenorganisationen gesichert ist, können die sich ergebenden vielfältigen Aufgaben gelöst werden.

I.

Die Einführung der obligatorischen 10-klassigen polytechnischen Oberschule wird in verschiedenen Kreisen und Bezirken zu unterschiedlichen Zeitpunkten abgeschlossen.

1962 - die Bezirke Berlin und Halle
1963 - die Bezirke Frankfurt, Cottbus, Magdeburg, Suhl, Karl-Marx-Stadt, Leipzig.

Dresden
1964 - die Bezirke Rostock, Schwerin, Potsdam, Gera, Neubrandenburg, Erfurt.

Wegen der Bezirke ist auch in den Kreisen der Zeitpunkt der Einführung der 10-klassigen 10-klassigen Oberschule unterschiedlich. So werden diese Ziele entsprechend den Vorschlägen der Kreise und Bezirke festgelegt.

1961 in 18 Kreisen 1963 in 23 Kreisen
1962 in 38 Kreisen 1964 in 50 Kreisen

Im Volkswirtschaftsplan 1959 war vorgesehen, in den 10-klassigen Oberschulen 51.000 Baustellen neu anzuführen. Demgegenüber ist die schrittweise Erhöhung der Schulkapazitäten auf 10 Klassen und deren Ausdehnung eine Aufteilung, mit der Bezirke und die Wirtschaftsräte umgehen zu müssen.

Die Änderungen im Volkswirtschaftsplan beinhalten, dass die Betriebe und Betriebe, die die Baustellen für Lehr- und Arbeitsstellen der Volkswirtschaft. Deshalb ist in der Volkswirtschaftsplanung eine Abstimmung zwischen den Kreisen und Kreisen, die die Volkswirtschaft und der Volkswirtschaft. Die Volkswirtschaft der Volkswirtschaft der Volkswirtschaft erforderlich.

Dies ist folgendes zu beachten:

1. Die Aufzeichnungen in der Volkswirtschaftsplanung sind zu bezeichnen, dass die Zahlen der Kreise und Bezirke zu ein und dieselben Positionen in den verschiedenen Abteilungen bzw. Betrieben die unterschiedlichsten Werte vorliegen.

2. Die Zahl der Jugendlichen, die aus gesundheitlichen oder sozialen Gründen keine Arbeit aufnehmen ist ständig zu senken. Dafür bieten die sich in der DDR während verbessernden sozialen Verhältnisse und Einrichtungen die besten Voraussetzungen.

3. Mit der Entwicklung von Wissenschaft und Technik wird der Anteil der qualifizierten Arbeit fortwährend wachsen. Das erfordert, das Verhältnis der Arbeitsstellen gegenüber den Arbeitsstellen bereits 1959 wesentlich zu steigern.

4. Es ist unmöglich, die Registrierung der Lehrverträge von Absolventen der 10 Klassen dadurch zu umgehen, indem diese Schüler in Arbeitsstellen aufgenommen werden.

5. Mit entsprechenden Maßnahmen zur Nachwuchsförderung und Berufsberatung ist durch die verantwortlichen Organe in Bezirken und Kreisen eine gleichmäßige Erfüllung des Planes Neueinstellung von Lehrlingen in den einzelnen Industrie- und Wirtschaftszweigen zu sichern.

Es kann nicht zugelassen werden, daß auf Grund der Bevorzugung bestimmter Berufe durch die Jugendlichen volkswirtschaftlich wichtige Berufe, wie die der Landwirtschaft, bei Abschlüssen von Lehrverträgen benachteiligt werden.

Der Beschluß der Staatlichen Plankommission hat, wie es sich aus dem beschleunigten Aufbau der 10-klassigen Oberschule ergibt, auch Veränderung der Arbeitskräfteplan im Bereich der Volkswirtschaft zu Inhalt. Die Arbeitskräftepläne wurden entsprechend heraufgesetzt.

II.

Der beschleunigte Aufbau der 10-klassigen Oberschule und die zahlenmäßig starken Jahrgänge, die in das schulpflichtige Alter kommen, erfordern einen hohen Zuwachs an Schul- und Fachunterrichtsräumen. Im

Vordergrund muß die volle Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten stehen. Dabei ist zu prüfen, inwieweit der Sonderhaushalter Plan zur Bildung von Schulkomplexen Anwendung finden kann.

Alle beteiligten Stellen, alle zentralen und örtlichen Organe müssen darum ringen, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln sparsam umzugehen und einen maximalen Nutzen zu erreichen.

Durch Anwendung von Typenbauprojekten und modernen Bauweise sind, wie in einer gemeinsamen Kollegiumsitzung des Ministeriums für Bauwesen und des Ministeriums für Volkswirtschaft beschlossen wurde, die Baukosten um mindestens 10% zu senken. Demzufolge sind als sofort alle individuellen Projektierungen für 1960 einzustellen.

Die vorgeschlagenen Investitionsmittel decken 75% des Bedarfs. Die restlichen 25% der Leistungen sind im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes der Volkswirtschaft und durch Eigeninitiative der Bezirke und Kreise aufzufüllen.

Der Nationalrat der Nationalen Front wurde am 13.2.1959 vereinbart, daß in Übereinstimmung mit den geltenden gesetzlichen Bestimmungen die Leistungen im NAW die zugunsten der Erweiterung der Kapazitäten in Schulräumen, Kindergärten und Horden der Volkswirtschaft nachfolgenden Gesichtspunkten durchzuführen sind:

1. Das Nationale Aufbauwerk unterstützt die Erweiterung der Kapazitäten an Schulräumen, Kindergärten und Kindergärten aus stärkste. Das gilt besonders für Aus- und Erweiterungsbauten zur Schaffung der notwendigen Unterrichtsfläche.
2. Neben den Arbeitsleistungen auf der Baustelle ist großer Wert darauf zu legen, zusätzliches Material für die im Punkt 1 genannten Zwecke zu gewinnen.
3. Soweit durch NAW-Leistungen im Bereich der Volkswirtschaft Investitionsmittel eingespart werden, ist es möglich, diese von einem Objekt auf ein im Punkt 1 genanntes anderes Objekt umzusetzen. Es ist dabei zulässig, durch Beschluß der Volkswirtschaftsplan bei den Räten der Bezirke bzw. der Plankommissionen bei den Räten der Kreise neue Vorhaben in den Plan aufzunehmen, auch wenn sie erst im darauffolgenden Jahr in den Investitionsplan aufgenommen werden sollten. Als Voraussetzung des Beginnes von Vorhaben muß gefordert werden, daß sie im Perspektivplan des Kreises enthalten sind und die erforderlichen Projektierungsunterlagen vorliegen. Bei der Aufnahme in den Investitionsplan muß die erforderliche Baukapazität vorhanden sein.
4. Die Leistungen des Nationalen Aufbauwerkes dürfen nicht dazu führen, daß Mittel und Arbeitskräfte von Planbauten des Volkswirtschaftsplanes abgezogen werden.

Diese Festlegungen geben die Möglichkeit, von Vorhaben zu vermeiden, daß unter anderem:

- a) für einzelne Objekte Investitionsmittel eingesetzt werden, die dann auf Grund der Leistungen der Volkswirtschaft und der Betriebe, wie Materialgewinnung aus örtlichen Reserven, Bauleistungen u. a. nicht benötigt, damit blockiert und der Volkswirtschaft entzogen werden;
- b) Arbeitskräfte in eine für das gesamte Bauvorhaben benötigte Höhe eingestellt werden und auf Grund der im NAW erbrachten Leistungen nicht in dem möglichen Umfang für unseren Aufbau genutzt werden;
- c) die Initiative der Bevölkerung auf Grund unangemessener bzw. fehlender Einbeziehung ihrer Leistungen in die Planung fehlgeleitet wird.

Die Einbeziehung der Leistungen der Bevölkerung im NAW bedingt, daß gründliche Beratungen und konkrete Festlegungen zwischen den Wirtschaftsämtern der Räte der Bezirke, den Räten der Kreise und Gemeinden und den entsprechenden Organen der Nationalen Front getroffen werden. Diese Vereinbarungen müssen in den Planungsunterlagen ihren Niederschlag finden.

III.

Die Zweckbindung der Investitionen für den Schulbau trägt zur planmäßigen Entwicklung der 10-klassigen Oberschule bei, die bereits für das Wirtschaftsjahr 1959 eingeführt ist. Sie erfolgt im Zusammenhang mit dem Rücklauf der Pläne aus den Bezirken ab 16. 3. 1959. Eine Umverteilung von Investitionsmitteln zwischen den Bezirken ist nicht vorgesehen.

Für die Veränderung der Arbeitsstellen zum Perspektivplan 1960-1965 werden die Investitionen für Schulbau den Räten der Bezirke zweckgebunden über-

Die Positionen

Zunächst an Klassenräumen.
Zunächst an Fachlehrkräften.
Zu schiffende Räume (sowohl Ersatz) sind ab 1960 in der Staatsoberbaustruktur aufzunehmen.

Der Leiter

der Abt. Kultur, Volksbildung, Gesundheits- und Sozialwesen der Staatlichen Plankommission

Ackermann

Mitglied der Staatlichen Plankommission

Mitteilung vom 23. 3. 1959 über die finanzpolitischen Grundsätze zur Förderung des technischen Fortschritts.

In ihrer Sitzung am 18. 3. 1959 hat die Staatliche Plankommission einen Beschlufentwurf des Ministerrats der Finanzen über finanzpolitische Maßnahmen beraten, die der Unterstützung der Einführung der neuen Technik, der Rekonstruktion der Betriebe, Betriebsumstellungen, Einführung neuer Erzeugnisse und Erweiterung der Sortimente dienen. Ferner wurde über eine neue Finanzierungssatzung von Vergütungen für Patente und Gebrauchsmuster und von Vergütungen und Prämien für Verbesserungsvorschläge beraten.

In höchster Zeit veröffentlicht der Minister der Finanzen die entsprechenden Anordnungen in einem Sonderdruck im Gesetzblatt.

Diese Maßnahmen treten mit Wirkung vom 1. 4. 1959 in Kraft und gelten zum Teil vorerst für das Jahr 1959, um Erfahrungen zu sammeln und die Ergebnisse entsprechend auszuwerten.

Bis zum Erscheinen dieser Anordnung soll die vorliegende Information den Betrieben bereits die Hauptgesichtspunkte der beschlossenen Maßnahmen darlegen und bereits eine Diskussionsgrundlage geben.

Die verschiedenen finanzpolitischen Maßnahmen sind ein Teil eines ganzen Programms weitergehender Maßnahmen zur Förderung des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts. Die jetzt beschlossenen Maßnahmen legen fest, daß die bisherigen starren Gesichtspunkte bei der Finanzplanung verändert und dadurch viele Hindernisse, die die schnellere Durchsetzung der neuen Technik im Weg standen, beseitigt werden.

1. Bei der Aufstellung des Finanzplanes für das kommende Jahr können, soweit sie bekannt sind, die Kosten und ergebniswirksamen Maßnahmen, die mit der Förderung des technischen Fortschritts und einer bedarfsgerechten Produktion in Zusammenhang stehen, berücksichtigt werden. Es handelt sich hier um Maßnahmen insbesondere zur Verbesserung der Produktionstechnik bzw. Aufnahme neuer Erzeugnisse oder durch schnelleres Reagieren

auf den unmittelbaren Bedarf der Industrie und der Bevölkerung.

Hierunter fallen die finanziellen Auswirkungen folgender Maßnahmen:

- a) zur Durchführung bestätigter Rekonstruktionspläne einschl. Spezialisierung und Konzentration der Produktion,
- b) aus der Aufnahme neuer produktionsreifer Konstruktionen und Verfahren, darunter auch solcher aus Dokumentationen und Lizenzen,
- c) aus der Realisierung des Planes der technisch-organisatorischen Maßnahmen einschl. Verbesserung der Technologie,
- d) aus der Aufnahme neuer Erzeugnisse in die Produktion auf Grund abgeschlossener Forschungs- und Entwicklungsarbeiten,
- e) für die Standardisierung und Typisierung,
- f) aus Veränderungen im Produktionsprozeß und in den Sortimenten.

Die entsprechenden finanziellen Auswirkungen müssen klar nachgewiesen werden, z. B. durch solche Pläne wie Rekonstruktionspläne, Plan der technisch-organisatorischen Maßnahmen, Plan der Standardisierung, Plan Forschung und Technik oder Plan zur Aufnahme neuer produktionsreife Konstruktionen und Verfahren in der Produktion.

2. Werden im Ablauf des Planjahres operative Veränderungen notwendig, die zu einem höheren technischen Stand der Produktionstechnik führen, die der Förderung der bedarfsgerechten Produktion dienen, die eine Steigerung der Qualität z. B. durch Einsatz hochwertigerer Rohstoffe mit sich bringen, so können diese kosten- und ergebniswirksamen Veränderungen durch einen Nachtrag zum Finanzplan berücksichtigt werden.

Hierüber muß ein klarer Nachweis geführt werden. Hierunter fallen auch solche Kosten, die durch kurzfristige Umstellung auf neue technologische Verfahren entstehen, insbesondere durch Ergänzungsmaßnahmen des Planes TOM auf Grund von Verbesserungsvorschlägen und Ingenieurkosten oder Umstellungskosten durch vorläufige Fertigstellung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und ihre vorläufige Überleitung in die Produktion. Die im Finanzplan auf Grund der vorgenannten Maßnahmen entstehenden Veränderungen sind protokollarisch festzulegen, die VVB sind über die festgelegten Veränderungen zu informieren. Am Ende des Jahres ist der Finanzplan einschl. der protokollarisch festgelegten Veränderungen abzu-rechnen.

3. Die Gewährung von Krediten zur Finanzierung zeitweilig höherer Produktionskosten, die z. B. durch erforderliche Umstellung der Produktion, Umstellungskosten bei Einführung neuer technologischer Verfahren oder Aufnahme einer neuen Produktion auf Grund abgeschlossener Forschungs- und Entwicklungsarbeiten usw. entstehen, wird aufgedockt. Solche Kredite wurden in der Vergangenheit nur in geringem Umfang in Anspruch genommen, da die Kreditbedingungen außerordentlich waren.

Diese werden wesentlich erleichtert und darüber hinaus soll auch der Kreditzweck ausgedehnt werden. Nachfolgend, die der Betrieben bisher erstanden, weil sie wegen solcher Kosten ihren Finanzplan nicht erfüllen konnten, sollen durch die neue Kreditgewährung vermieden werden. Es besteht bei der Rückzahlung nachweisbare Schwierigkeiten, die den Ergebnisplan gefährden, so können die Kredite aus Haushaltsmitteln abgelöst werden.

4. In Zukunft können Erlöse aus dem Verkauf von Nullserien, Fertigungs- und Funktionsmustern sowie Versuchsproduktionen zur Prämienzahlung

Zur Finanzierung von weiteren Maßnahmen des schrittweisen Fortschritts werden, werden ferner zum Ausgleich ergebniswirksamer Ausbuchungen für Kosten des Planes Forschung und Technik

Die Mittel werden einem betrieblichen Fonds „Neue Technik“ zugeführt. Die Höhe dieser Zuführung darf 2-4% der Lohnsumme des Betriebes nicht überschreiten. Es muß allerdings darauf geachtet werden, daß Funktions- bzw. Verfügungsmuster, die zur Weiterentwicklung dringend benötigt werden, unbedingt im Bereich der Forschung- und Entwicklungsstelle bleiben.

Für die Produktionsaufnahme neuer Erzeugnisse werden außerplanmäßige Gewinnausschläge gewährt. Diese Zuschläge werden insbesondere für die Aufnahme neuer Erzeugnisse aus den Ergebnissen abgeschlossener Forschungs- und Entwicklungsarbeiten gewährt, ferner auf Neulösungen, Fertigungs- und Funktionsmuster sowie Versuchserzeugnisse. Diese Gewinnausschläge werden aus dem Haushalt gezahlt. Von dem dem Betrieb zugeordneten Organ werden die einzelnen Objekte festgelegt.

Diese Regelung bietet insbesondere solchen Betrieben einen Anreiz, in deren Produktionsplan sich ein großer Anteil an Versuchserzeugnissen usw. befindet, zumal nach den 2 % künftigen Regelungen Neulösungen u. Musterbau in die Warenproduktion eingerechnet werden.

Bisher waren Vergütungen für Patente aus dem Betriebsprämienfonds zu zahlen. Dadurch waren schutzrechtsintensive Betriebe unattraktiv. In Zukunft sollen Vergütungen, die durch die Benutzung von Patenten und Gebrauchsmustern entstehen, aus den Produktionskosten gezahlt werden. Als Grundsatz gilt dabei, daß auch Vergütungen für Patente, die durch mehrere Betriebe benutzt werden, als Kosten anteilmäßig von dem Betrieb getragen werden, der die Erfindungen nutzt. Eine Übernahme durch einen Zentralen Fonds – wie bisher – entfällt.

Auch die Vergütungen für Verbesserungsvorschläge und teilweise die Realisierungskosten wurden bisher aus dem Betriebsprämienfonds finanziert. Es gab Betriebe, die einen sehr hohen Teil ihres Betriebsprämienfonds hierfür verwenden mußten und nicht mehr genügend Mittel zur Prämierung von Wettbewerben usw. zur Verfügung hatten.

Vergütungen und Prämien für Verbesserungsvorschläge sind in Zukunft nicht mehr aus dem Betriebsprämienfonds zu finanzieren, sondern ebenfalls aus den Produktionskosten. Dies gilt für solche Verbesserungsvorschläge und Ingenieurkonten, deren Nutzen klar errechnet werden kann. Diese Regelung hat außerdem den Vorteil, daß bei der Nutzenberechnung sowohl von Erfindungen als auch von Verbesserungsvorschlägen und Ingenieurkonten eine exaktere Grundlage als bisher geschaffen wird und die Nutzenberechnung so real wie nur möglich gestaltet wird.

In allen Fällen, bei denen noch keine feste Berechnungsgrundlage für die Nutzenberechnung gegeben ist, sind die Zahlungen von Vergütungen oder Prämien auch weiterhin aus dem Betriebsprämienfonds zu finanzieren.

Überbetriebliche Verbesserungsvorschläge werden wie bisher aus den Zentralen Fonds vergütet.

Die vorgenannten Maßnahmen sind ein wichtiger Schritt zur Förderung des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts. Die Betriebe erhalten durch diese Maßnahmen eine weitaus größere Selbständigkeit und Bewegungs-

freiheit, übernehmen aber andererseits dafür eine größere Verantwortung, und es wird Aufgabe der Werkleitungen sein, Disziplinslacksen nicht aufkommen zu lassen.

Der Leiter
der Abt. Investitionen Forschung und Technik
der Staatlichen Plankommission

i. V. Krell

Leiter des Sektors Forschung und Technik

III. Anweisungen über die Gründung, Zusammenlegung (Angliederung) und Auflösung von volkseigenen Betrieben, Instituten und Einrichtungen

1. Anweisung vom 28. 10. 1958 über die Gründung des VEB Zentrale Entwicklung und Konstruktion Elektroapparate Dresden

§ 1

Mit Wirkung vom 1. 1. 1959 wird der VEB Zentrale Entwicklung und Konstruktion Elektroapparate Dresden gegründet. Sein Sitz ist Dresden.

§ 2

Der VEB Zentrale Entwicklung und Konstruktion Elektroapparate Dresden ist juristische Person gemäß der Verordnung vom 20. März 1952 über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechenschaftsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (GBl. S. 225).

§ 3

Für den VEB Zentrale Entwicklung und Konstruktion Elektroapparate Dresden ist das Statut der zentralisierten Betriebe der volkseigenen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. August 1952 (GBl. S. 137) verbindlich.

§ 4

a) Der VEB Zentrale Entwicklung und Konstruktion Elektroapparate Dresden untersteht der VVB Elektroapparate.

b) Der VEB Zentrale Entwicklung und Konstruktion Elektroapparate Dresden ist – soweit es sich um die wirtschaftliche Tätigkeit der führenden Zentralen Entwicklungsabteilung handelt – Rechtsnachfolger des VEB Elektroschalengeräte Dresden.

§ 5

Die Eröffnungsbilanz des VEB Zentrale Entwicklung und Konstruktion Elektroapparate Dresden ist per 1. 1. 1959 zum 31. 1. 1959 aufzustellen.

§ 6

(1) Der VEB Zentrale Entwicklung und Konstruktion Elektroapparate Dresden übernimmt die ihm als Bestandteil des VEB Elektroschalengeräte Dresden für das Jahr 1959 aufgelegten Planaufgaben.

(2) Der Betriebsplan für 1959 ist bis zum 30. 11. 1958 aufzustellen.

§ 7

Die tarifliche Entlohnung erfolgt nach dem Tarif Allgemeiner Maschinenbau.

§ 8

Diese Anweisung tritt mit Wirkung vom 1. 1. 1959 in Kraft.

VVB Elektroapparate

Böhme

Hauptdirektor

2. Anwendung vom 16. 12. 1958 über die Gründung des VEB Erdölverarbeitungswerk Schwedt

§ 1

Mit Wirkung vom 1. Januar 1959 wird der VEB Erdölverarbeitungswerk Schwedt errichtet. Sein Sitz ist Schwedt (Oder).

§ 2

Der VEB Erdölverarbeitungswerk Schwedt ist juristische Person gemäß der Verordnung vom 20. März 1952 über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (GBl. S. 225).

§ 3

(1) Auf den VEB Erdölverarbeitungswerk Schwedt finden die Bestimmungen des Statutes vom 7. August 1952 der zentral geleiteten Betriebe der volkseigenen Industrie in der DDR (Ministerialblatt S. 137) Anwendung.

(2) Der VEB Erdölverarbeitungswerk Schwedt wird als VVB Mineralöle und organische Grundstoffe zugeordnet.

§ 4

Die dem VEB Erdölverarbeitungswerk Schwedt übertragenen Vermögenswerte sind von diesem in der Produktionsbilanz auszuweisen.

§ 5

Der Volkswirtschaftsplan des VEB ist auf der Grundlage der staatlichen Aufgaben nach den hierfür geltenden Bestimmungen aufzustellen und zu beschließen.

§ 6

(1) Die Struktur des VEB Erdölverarbeitungswerk Schwedt wird vom Hauptdirektor der VVB Mineralöle und organische Grundstoffe bestätigt.

(2) Die tarifliche Entlohnung für die Beschäftigten des VEB Erdölverarbeitungswerk Schwedt erfolgt auf der Grundlage der Tariftabelle Grundchemie nach Ortsklasse A.

§ 7

Diese Anwendung tritt mit Wirkung vom 31. Dezember 1958 in Kraft.

VVB Mineralöle und organische Grundstoffe

Dr. Matischeke
Hauptdirektor

3. Anwendung vom 16. 1. 1959 über die Gründung des VEB Aufbauleitung Chemiefaserkombinat Guben

§ 1

Mit Wirkung vom 1. Januar 1959 wird der VEB Aufbauleitung Chemiefaserkombinat Guben errichtet. Sein Sitz ist Guben, Bezirk Cottbus.

§ 2

Der VEB ist juristische Person gemäß der Verordnung vom 20. März 1952 über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (GBl. S. 225).

§ 3

Auf den VEB Aufbauleitung Chemiefaserkombinat Guben finden die Bestimmungen des Statutes vom 7. August 1952 der zentral geleiteten Betriebe der volkseigenen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik (Ministerialblatt, S. 137) Anwendung.

§ 4

(1) Der VEB Aufbauleitung Chemiefaserkombinat Guben wird der VVB Chemiefaser und Fotochemie zugeordnet.

(2) Der VEB Aufbauleitung Chemiefaserkombinat Guben ist Rechtsnachfolger der bis zum 31. 12. 1953 beim VEB Thür. Kunstfaserwerk „Wilhelm Pieck“ Schwärza bestehenden kommissarischen Aufbauleitung. Er tritt daher mit allen Rechten und Pflichten in die bisher durch die kommissarische Aufbauleitung abgeschlossenen Verträge ein.

§ 5

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 31. 12. 1958 in Kraft.

VVB Chemiefaser und Fotochemie

Richter
Hauptdirektor

IV. Verschiedenes

Mitteilung der Technischen Bergbauspektion der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. 1. 1959 über die Zulassung des Zeitstufenzündgerätes Type MZ 04

Nach Grund von § 15 der Sprengmittelverordnungsverordnung vom 20. 8. 1956 (GBl. I S. 711) wird auf Antrag des VEB Schloßfabrik Burgstätt unter dem Vorbehalt der letzten Widerrufes das in der Prüfbescheinigung des Zentralinstituts Versuchsstrecke Freiberg Nr. Sp 74 vom 15. 9. 1958 näher gekennzeichnete Zeitstufenzündgerät Type MZ 04, für das Abtun von 4 Zündkreisen mit Höchstwiderstand von 200 Ohm je Zündkreis mit Höchstzündverzögerung unter den nachstehenden Bedingungen zugelassen und im Einvernehmen mit dem Abnehmer des Innern in die amtliche Sprengmittelliste aufgenommen.

Bedingungen:

- Die in den Stücklisten und Zeichnungen (Anlagen 1 bis 5) und in der Prüfbescheinigung Nr. Sp 74 angegebenen Maße und Werkstoffe sowie die Anzahl und Sicherung der Schrauben und der beweglichen Teile des Zeitstufenzündgerätes müssen eingehalten sein.
- Samtliche Teile des Zeitstufenzündgerätes müssen aus zugelassenem Material hergestellt sein. Insbesondere dürfen die Gehäuse des Gehäuses keine durchgehenden Lunkerstellen, Risse oder abgeplatzten Stellen aufweisen.
- Das in der Zeichnung MZ 0402-00 (Anlage 25) wiedergegebene Geräteschild — wobei die Angaben durch Eingravierung im Gehäuse-Unterteil unverwundbar anzubringen sind — darf nicht verändert werden.
- Das Zeitstufenzündgerät darf unter Tage nur in Betrieben verwendet werden, die nicht durch Schlagwetter oder andere brennbare Gase gefährdet sind.
- Elektrische Stückprüfung

Jedem Zeitstufenzündgerät ist ein Werkprotokoll über eine durchgeführte Oszillogrammaufnahme bei dem Höchstwiderstand von 200 Ohm je Zündkreis beizufügen. Das Protokoll muß folgende Werte enthalten:

- die Zeit vom Beginn des Stromflusses bis zum Stromanstieg auf 1 A < 1 ms
- den berechneten Stromimpuls, ehe die Stromstärke wieder unter 1 A sinkt ≥ 4 mWs/Ohm
- den Mittelwert der Verzögerungszeiten zwischen den Zündkreisen.

Jedem Zeitstufenzündgerät sind vom Hersteller folgende Anweisungen für die Erhaltung der

Brauchbarkeit sowie der Sicherheit beim Schießbetrieb beizubehalten

- a) Die Zeitstufenzündgeräte dürfen nur von Werken geöffnet werden, die mit den Besonderheiten der Zeitstufenzündgeräte vertraut sind.
- b) Reparaturen von Zeitstufenzündgeräten sollen möglichst nur vom Herstellerwerk vorgenommen werden.
- c) ZZ-Geräte mit Beschädigungen am Gehäuse, an den Anschlußklemmen und Isolationsstellen sowie ZZ-Geräte, die eine zu geringe elektrische Leistung erzeugen, dürfen nicht verwendet werden und sind instand zu setzen.

d) Veränderungen an den elektrischen Einrichtungen dürfen vom Benutzer auf keinen Fall vorgenommen werden.

e) Nicht vom Hersteller reparierte ZZ-Geräte dürfen im Schießbetrieb nur verwendet werden, wenn von der Versuchsstrecke Freiberg nach der Reparatur eine Bescheinigung über die Brauchbarkeit vorliegt.

f) ZZ-Geräte dürfen nur vom Schießberechtigten benutzt werden. Dieser hat dafür zu sorgen, daß eine mißbräuchliche und unberechtigte Benutzung der ZZ-Geräte ausgeschlossen ist (Verwahren der Kurbel).

Bundesvorstand des
Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes

Abt. Arbeitsschutz

Werkle

Abteilungsleiter

Technische Bergbauspektion
der Deutschen Demokratischen Republik

Werkle

Konst. Leiter

Hinweise auf weitere Zulassungen von Sprengmitteln:

TBI 3478 58 vom 10. 1. 1959 Nitropenta-Sprengschur T des VEB Sprengstoffwerk II in Gieschwinz-Dobersdorf. Unter Tage nicht zugelassen.

Zündkreisprüfer (Melbereich 0-10 000, 0-1000-500 Ohm) der Fa. Schaffler & Co. in Wien Ts

den DREHMANN (TBI 71 59 vom 10. 1. 1959) und DREHMANN (TBI 39 59 vom 20. 1. 1959).

3 TBI 191 59 vom 15. 1. 1959, Milliskundenzünder aus der CSR, Nachtrag Nr. 1 zur Zulassung TBI 2196 58 vom 25. 9. 1958. Die Zeitstufen 1 und 2 dürfen auch im gesamten Kali- und Steinsalzbergbau, aber nicht in sonstigen gasgefährdeten Gruben verwendet werden.

Herausgeber: Deutsche Demokratische Republik, Staatliche Plankommission, Berlin. (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin. Erscheinungsweise: nach Bedarf, voraussichtlich einmal monatlich. Bezug: nur nach Genehmigung der Staatlichen Plankommission durch Einweisung des Verlages - Bezugspreis: vierteljährlich 1,00 DM - Veröffentlichung unter der Druckgenehmigungs-Nr. Ag 10259/DDR - 143859 We. - VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 58, Prenzlauer Allee 39.

Verfügungen und Mitteilungen der Staatlichen Plankommission

1959

Berlin, den 5. Juli 1959

Nr. 12

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Entschlüsse der Staatlichen Plankommission	
Beschluß des Ministerrates vom 27. Mai 1959 über die Verbesserung der Holzversorgung der Volkswirtschaften	10
Beschluß der Staatlichen Plankommission vom 3. Juni 1959 über die Verbesserung der Holzversorgung der Volkswirtschaften	10
Verfügungen und Informationen des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und der Leiter der Abteilungen der Staatlichen Plankommission	
Verfügung vom 2. Juni 1959 über die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den volkseigenen Betrieben des Maschinenbaus	11
IV. Verschiedenes	
1. Entwurf eines Gesetzes des Zentralrats für Technische Organisation des Maschinenbaus	11

Entschlüsse der Staatlichen Plankommission

Beschluß der Staatlichen Plankommission vom 27. Mai 1959 über das Programm für die Verbesserung der Holzausnutzung und den Holzaustausch im Siebenjahrplan.

Nachstehend wird das von der Staatlichen Plankommission am 27. Mai 1959 beschlossene Programm für die Verbesserung der Holzausnutzung und den Holzaustausch im Siebenjahrplan auszugswweise bekannt gegeben.

Im Zusammenhang damit wurde beschlossen, daß zur Sicherung einer wirksamen Kontrolle in der gesamten Volkswirtschaft über die Durchführung des Programms bei der Staatlichen Plankommission eine Holzinspektion einzurichten wird. Die Holzinspektion sichert die Durchführung des Holzschutzes und kontrolliert die in diesem Programm und im Beschluß des Ministerrates vom 29. September 1955 über die Erweiterung der Austauschproduktion für Holz und zur weiteren Einsparung von Holz (GBI. I S. 681) enthaltenen Aufgaben mit Hilfe der Holzbeauftragten bei den Wirtschaftsämtern und öffentlichen Helfern.

Macher
Sekretär
der Staatlichen Plankommission

Programm

für die Verbesserung der Holzausnutzung und den Holzaustausch im Siebenjahrplan

Die Verringerung unserer Forsten zur Vorbereitung und Durchführung des 2. Weltkrieges und für die Überwindung seiner Folgen hat das Leistungsvermögen unserer forstlichen Holzbestände stark verringert. Durch weitere Erhöhung der Holzimporte, insbesondere durch die Hilfe der Sowjetunion wird die Holzversorgung der DDR im Siebenjahrplan gesichert und gleichzeitig zur Stabilisierung unserer lebenden Holzvorräte übertragbar.

Die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe auf dem Gebiete der Holzwirtschaft erfordert, die zur Verfügung stehenden begrenzten Fonds an Roh- und Schnittholz so auszunutzen, um mit der gleichen Menge Holz eine wesentlich größere Menge an Produkten zu erzeugen. Die dazu erforderlichen Maßnahmen für eine ausschöpfende Ausnutzung des Rohstoffes Holz werden in Fortführung und Erweiterung des Beschlusses des Ministerrates vom 29. September 1955 über die Erweiterung der Austauschproduktion für Holz und zur weiteren Einsparung von Holz (GBI. I S. 681) wie folgt festgelegt:

beifensten mit Doppelstund und Doppelklassen-
benfenster einzeln sowie die Umschlänge der
gesamten Türproduktion auf die Holzplanken mit
Hartfasersplatten unter Verwendung von Hartfaser-
gittern, Wawepelplatten und Platten aus Schladen-
wolle oder Basaltfasern als Mittelbogen-Gleichzeit
ist durch das Ministerium im Bauwesen eine ent-
sprechende Erweiterung der Produktion dieser
Platten abzustimmen. Ab 1964 sind auch in der
örtlichen Industrie nur noch Aufnahmen als Voll-
holzstützen herzustellen.

Der Anteil der Furnierherstellung, der sich von
verbesserte Oberflächenbehandlung der Hartfaser-
platten zu senken.

Die Umstellung von Holz- auf Leichtmetall- und
Stahlrohrstützen und auf Innengitter einer Rüstung
ist bis spätestens 1965 abzuschließen. Ab der Voll-
Leichtindustrie ist durch das Ministerium im Bau-
wesen die Umstellung von Rüstung auf Stahl-
metall bis 1. Juli 1966 abzuschließen.
Ab 1961 sind die Rüstungen der Stützplanken-
versetzt.

Durch das Ministerium im Bauwesen ist bis Ende
1959 von der Holzindustrie eine entsprechende
Bedarfs- und Produktionsplanung der Holzindustrie
abzustimmen. Die Holzindustrie ist durch das
Ministerium im Bauwesen die Umstellung von
Wirtschaftsplan auf die Holzindustrie bis 1960
ab 1960 bis 1961 abzuschließen. Die Holzindustrie
1917 ab 1961 bis 1962 abzuschließen. Die Holzindustrie
Ziel des Ministeriums im Bauwesen ist, die Holzindustrie
Bauindustrie im Bauwesen die Holzindustrie, die Holzindustrie
Bauindustrie im Bauwesen die Holzindustrie, die Holzindustrie
der Bauweise zu beachten.

In allen Baubetrieben mit 100 und mehr Beschäftigten
sind bis Ende 1959 Holzschutzbeauftragte ein-
zusetzen und auszubilden, die von den zuständigen
Bauämtern in ihrer Arbeit anzuleiten sind. Dabei
sind die im ländlichen Bauwesen eingesetzten Betriebe
vorrangig zu behandeln.

Die Aufgaben der Bauämter zur Verwirklichung
des Holzschutzes sind durch das Ministerium im
Bauwesen auf der Grundlage der Verordnung vom
27. 9. 1951 bis Oktober 1959 in einer Anweisung
festzulegen.

V. Holzinsparung und Holztausch im Verkehrswesen, im Post- und Fernmeldewesen und in der Energieversorgung

Für die Rückgewinnung von Holzschwellen bei
Generalreparatur werden folgende Richtsätze fest-
gelegt:

Wiedereinbau ohne Regeneration	35%
Wiedereinbau nach Regeneration	25%
für Bauzwecke der Schwellenverbr.	25%
Brennholz	15%

Ab 1964 sind neue Strecken der Reichsbahn und
Generalreparierte Strecken zu mindestens 85% mit
Spannbetonstützen zu versetzen. Das gleiche gilt
für Anschlußgleise der Werke.

Die Gesamtproduktion von Betonstützen und
Holzstützen sowie ihre Typisierung, Standardi-
sierung und Verteilung ist auf der Grundlage der
Bilanzen und Auflagen der Staatlichen Plankom-
mission durch einen ständigen Arbeitskreis beim
Ministerium für Verkehrswesen zu lenken, in dem

alle Verbraucher und Erzeuger von Beton-
stützen vertreten sind. Durch den Arbeits-
kreis ist außerdem die Entwicklung von Faser-
betonstützen zu fördern.

3. Zur Realisierung einer etwa 29%igen Holzinsparung
sind ab 1960 Holzstützen nur noch als Aus-
nahme für Betonstützen zu verwenden. Die
Satzungen für Betonstützen sind durch das Ministerium
TGI für Holzstützen bis 21. 10. 1959 ab-
zustimmen und Postwirtschaft bis 21. 10. 1959 ab-
zustimmen zu übermitteln.

4. Die Produktion von Betonstützen ist in einem so-
eben Umfang zu entwickeln, daß die Aufgaben
der Eisenversorgung und im Post-, Fernmeldewesen
Verkehrswesen bei einer Verringerung des Ver-
brauches an Holzstützen um mindestens 50% (1959
ab 1960) erfüllt werden können.

Die Gesamtproduktion von Holz- und Betonstützen
sowie ihre Typisierung, Impflinierung und Ver-
teilung ist auf der Grundlage der Bilanzen und
Auflagen der Staatlichen Plankommission durch
einen ständigen Arbeitskreis zu lenken, der sein
Ministerium für Post- und Fernmeldewesen bis
1. 6. 1960 zu bilden ist. In diesem Arbeitskreis
sind alle Verbraucher und Produzenten von
Holz- und Betonstützen vertreten sein.

VI. Holzinsparung in der Kistenproduktion

1. Um den spezifischen Holzverbrauch für Kisten um
mindestens 30% zu senken und die Arbeits-
nachfrage in der Verpackungswirtschaft bedeutend
zu senken, ist in der Kistenproduktion bis Ende
1959 eine Sachverständigenkommission vorzunehmen.

2. Zur Kontrolle der Maschinenverpackung, insbe-
sondere für den Export, sind durch das Institut für
Verpackung Normative für den Holzverbrauch zu
erarbeiten und bis 31. 12. 1960 an das Staatliche
Holzkontrollzentrum zu senden. Die Holzkontroll-
zentren sind zu beauftragen, mit Hilfe dieser Normative
den Holzverbrauch auf die Maschinenverpackung zu
kontrollieren und auf die Verringerung des Ver-
brauchs einzurufen.

3. Bis 1. 6. 1960 ist mit Hilfe des Leitinstanzen für
Holztechnologie und des Institutes für Verpackung
durch die Abt. Leichtindustrie eine gründliche
Analyse der Kistenproduktion zu erarbeiten. Auf
dem Ziel, im Laufe der Jahre 1960 die Produk-
tion von Serienkisten für den eigenen Bedarf
verbrauchenden Betriebe bedeutend einzusparen,
sind ständiges Spezialbetriebs durch die Holz-
industrie zu konzentrieren. Eine entsprechende Beschulung
ist durch die Abt. Leichtindustrie der Staatlichen
Plankommission bis 1. 7. 1960 vorzunehmen.

VII. Holztausch durch Plattenwerkstoffe

1. Der Austausch des Holzes durch Plattenwerkstoffe
ist zunächst auf hochwertige Furniere und
solche Holzherzeugnisse zu beschränken, die zu
hochwertigen Holzern mit niedrigem Verwertungs-
grad des Rundholzes gefertigt werden bzw. im
Gegensatz zu Plattenwerkstoffen einem sehr hohen
Verschleiß unterliegen.

Durch das Leitinstitut für Holztechnologie und
Faserbaustoffe in Zusammenarbeit mit dem Institut
für Chemie und Technologie der Plaste ist bis zum
1. 8. 1959 an das Staatliche Holzkontrollzentrum eine Liste

erzeugten Holzzerzeugnisse geordnet nach Dringlichkeit zu übergeben, für die im Siebenjahresplan der Austausch durch Plastikwerkstoffe in Betracht kommt.

Die Staatliche Holzkontor ermittelt den voraussichtlichen Bedarf für 1960 bis 1963 der unter 1 aufgeführten Erzeugnisse und überträgt die Gesamtbedarfszahl an die Plattenlenkungsstelle des Staatlichen Chemiekontors bis 1.12.1959.

Die Plattenlenkungsstelle beim Staatlichen Chemiekontor verteilt die unter 1 und 2 aufgeführten Materialien mit dem Beirat unter Berücksichtigung von Holz- und Holzspanerzeugnissen bis Anfang 1960 aus der Arbeit der Bilanzier- und Richtlinien für den Einsatz von Holz durch Plastikwerkstoffe sowie der Arbeit des Einsatz von Holz zur Produktion von Plastikwerkstoffen.

XIII. Holztausch und Holzinsparung im Bereich der Holzindustrie des Grubenholzbezirks bis 1963

Der Holztausch ist zu verringern.

Ziel ist zu erreichen durch: Ersetzung der Holzschalung durch Eisenbeton- und verbleibende Wände der gerahmten Holzer durch weitere Verankerung der Sortiments-Bedarfsplanung und Berücksichtigung der Stärken und des zulässigen Mindestverhältnisses der Verstärkung von Halbbäumen. Ein weiterer Einsatz von Eisenbeton und durch erdigen Verbund von Stahlkappen und Stahlschrauben.

Die Verringerung der unter 1. festgelegten Materialmenge und zur Organisation des Erhaltungsaustausches ist bei der VVB Steinkohle ein Sondergüterverzeichnis zu bilden, in dem alle Erzeuger und Verbraucher von Grubenholz, Stahlstempeln und anderen sowie das Staatliche Holzkontor und das Institut für Holztechnologie und Holzschutz, Eberswalde vertreten sind.

XIV. Entwicklung der Rohstoffversorgung für die Spanplatten- und Hartfaserplattenproduktion und die Entwicklung von Fixmaßern

Die maximale Ausnutzung des eigenen Rohstoffpotentials ist zu sichern, ist die Technologie der Spanplattenindustrie auf den besten, befindlichen Spanplattenindustrie auf den maximalen Einsatz von spezialisierten Sägeanlagen zu orientieren.

Zur Vorbereitung der außerdem erforderlichen neuen Kapitalanlagen ist die Technologie so zu entwickeln, daß die Reserven der Forstwirtschaft zu einem geringem und geringwertigem Holz maximal genutzt werden und die Faserholzbilanz möglichst wenig belastet wird.

Im Jahre 1959 ist durch das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft in Zusammenarbeit mit der Abt. Leichtindustrie die Ausarbeitung der TGL, MBS und Preise für diese Rohstoffsortimente sowie das übrige Spanrohholz zu veranlassen.

Durch das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft ist bis 1.9.1959 ein Perspektivplan zur allseitigen Umstellung der Massenbedarfsgüterproduktion der Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe von der Verarbeitung der 4-8 cm starken Nadelbäume auf andere Sortimente und Rohstoffressourcen des Waldes zu erarbeiten.

Das in Templin neu zu errichtende Hartfaserplattenwerk ist für die Verarbeitung von Kiefernreisern und Kiefernstückerfälle einzurichten.

Die Hartfaserplattenwerke Templin und Schönheide sind mit Spezialmaschinen für die Zerhackung von Stückerfällen auszurüsten.

In der Möbelindustrie sind mit Hilfe von Beispielen durch die Abt. Leichtindustrie bis Ende 1959 die wichtigsten Typenreihen für Serienmöbel festzulegen. Dabei sind leichte, holzsparende Typen in großem Umfang als bisher zu entwickeln. Auf der Grundlage dieser Typenreihen ist die Produktion von Span-, Hartfaser- und Furnierplatten nach Fixmaßen zu organisieren. Die Festlegung der Fixmaße ist in den Lieferverträgen und die Preisgestaltung im Liefervertrag nach Fixmaßen bis Ende 1959 durch die Abt. Leichtindustrie zu regeln.

X. Die Erhöhung der Holzausnutzung und die Sicherung der Brennholzversorgung

Zur Ausdehnung der durch erhöhte Holzausnutzung aus dem Holz Brennholzmaschinen werden folgende Maßnahmen festgelegt:

1. Durch die Abt. Leichtindustrie Erhöhung der Produktion von Brennholzmaschinen von 16.000 1959 auf 20.000 1960, 1961 bis 1963 unter gleichzeitiger Verbesserung der Effizienz.
2. Durch die Abt. Leichtindustrie sind bis 1961 außer 200 Typenreihen für die mindestens 50 Typen Brennholzmaschinen zu entwickeln und von Reserven und Abfällen der Holzindustrie herzustellen zu einem Preis, der die Kosten der Herstellung der Brennholzmaschinen übersteigt, um die Versorgung des Brennholzbezirks zu verbessern. Ab 1961 ist auch ein Teil des Stockholzes für Abdeckung des Brennholzbezirks zu verwenden.

1. Eine schmale Straßenbäume, die nachholungsunfähig sind, sowie die unbrauchbar gewordenen Schwellen (im Augenblick) und die verbleibenden Holzreste der Brennholzindustrie sind durch die Wirtschaftsprüfung mit Hilfe der Holzkontor zur Verbesserung der Brennholzbilanz in die Verteilung zu einbeziehen.

XI. Organisation des Holzschutzes

1. Die Holzinspektion hat bei der Ausarbeitung des Jahresplans zu sichern:
 - a) Koordinierung der Holzschutzmaßnahmen aller Wirtschaftszweige.
 - b) Koordinierung der Kontrollmaßnahmen und ihre Auswertung zur Einhaltung der gesetzlich Bestimmungen über den Holzschutz.
 - c) Sicherung der vollen Ausstattung aller Impagnierwerke und Impagnieranlagen.
 - d) Koordinierung der Planung und Bilanzierung der Impagnieranlagen und Holzschutzmittel.
 - e) Koordinierung der Grundlagen- und Zersorgung auf dem Gebiet des Holzschutzes mit den Belangen der Praxis.
2. Das Institut für physikalische Holztechnologie Eberswalde ist bis Ende 1959 zum Zentralinstitut für Holzschutz zu entwickeln mit folgenden Aufgaben:
 - a) Unterstützung der Holzinspektion auf dem Gebiet des Holzschutzes.

b) Ausbildung von Fachkräften für den Holzschutz für alle Wirtschaftszweige in Zusammenarbeit mit dem Leitinstitut für Holztechnologie und Faserbaustoffe Dresden

Bis 1.1.1960 sind durch das Institut für physikalische Holztechnologie Eisenach in Zusammenarbeit mit dem Leitinstitut für Holztechnologie und Faserbaustoffe Dresden für die wichtigsten Holzverbraucher spezielle Merkblätter für Holzschutz zu erarbeiten. Diese Merkblätter sind durch die zentralen staatlichen Leitungsorgane der wichtigsten Holzverbrauchenden Wirtschaftszweige bis Ende 1959 herauszugeben

Die Holzkontore der Bezirke sind mit der operativen Kontrolle des Holzschutzes zu betrauen. Den Holzkontoren ist von den Baumaterialien der VVB Bauelemente VVB Platten und Turniere, der VVB Bauelemente VVB Wirtschaftssicherheits bis 10.1959 von Holzschutzbeauftragten zu beauftragen. Diese Beauftragten setzen sich aus den Stellen ehrenamtlicher Helfer (A-Berufskontrolle) durch die Holzkontore der Bezirke und diese Beauftragten regelmäßig in Qualifizierung und zur Ausfertigung ihrer Tätigkeiten für die Jahre der Kontrolle des Holzschutzes des Wirtschaftsplanes zu übernehmen.

Durch die Holzkontore ist eine vollständige Bilanz für die erforderlichen Baumaterialien des Holzschutzes und Impfen und für die erforderlichen Imprägnierkapazitäten, im Sechsmonatplan zu erarbeiten und bis 31.12.1959 mit der Fachabteilung und der Abt. Außenhandel abzustimmen.

XVI. Die Aufgaben der Holzkontore zur Sicherung einer besseren Holzausnutzung

a) Zur Sicherung einer komplexen Holzausnutzung durch die Holzkontore die Erfassung und Lenkung der Holzabfälle zu organisieren mit dem Ziel einer maximalen Nutzholzeinsparung. Durch die Staatliche Holzkontore und die Holzkontore der Bezirke sind für 1960 bis 1963 schwärzerte Auswäskungs- und VVB-Forschungen zur gesamten Holzabfälle zu erarbeiten und bis zum 1.10.59 mit der Staatlichen Plankommission und den Verbrauchern abzustimmen.

Die Aufgaben und Rechte des Staatlichen Holzkontors und der Holzkontore der Bezirke für die Erfassung und Verteilung der Holzabfälle sind in einer Anordnung der Staatlichen Plankommission festzulegen. Der Entwurf ist bis 15.8.1959 durch die Abt. Bilanzierung und Verteilung der Produktionsmittel vorzulegen.

Die Mitarbeiter der Staatlichen Holzkontore und der Holzkontore der Bezirke sowie die für die Holzabfälle verantwortlichen Mitarbeiter der Wirtschaftsräte sind auf Speziallehrgängen zu Fachleuten der Holzwirtschaft zu qualifizieren.

XVII. Sicherung der materiellen Interessiertheit an der Verbesserung der Holzausnutzung

1. Die Fachabteilungen überprüfen bis 1.1.1959 die Prämienanordnungen der Produktionszweige ihres Bereiches mit dem Ziel, eine stärkere materielle Interessiertheit an der Holzeinsparung zu erreichen.

Das Überprüfungsergebnis ist bis 15.11.1959 durch die Holzinspektion auszuwerten, die für die Koordinierung der erforderlichen Änderungen verantwortlich ist.

2. Dem Institut für Preise bei der Hochschule für Ökonomie wird empfohlen, die Preisrelationen zwischen Holz- und seinen Austauschstoffen in der Bauwirtschaft und in der Holzindustrie sowie die Preise für schwerwichtige Rohholzsortimente und Holzbauhilfen (Zellulose- und Plattenholz) zu überprüfen. Das Überprüfungsergebnis ist mit den Vorschlägen zur Preisänderung der Regierungskommission für Preise bis Mitte 1960 zu übergeben.

3. Beschluß der Staatlichen Plankommission vom 3. Juni 1959 über die Ausarbeitung der staatlichen Planaufgaben des Jahres 1960.

Nachstehend wird die von der Staatlichen Plankommission am 3. Juni 1959 beschlossene Richtlinie über die Ausarbeitung der staatlichen Planaufgaben des Jahres 1960 bekanntgegeben.

In Zusammenhang damit wurden die Leiter der Holzkontore und Sekretäre der Staatlichen Plankommission beauftragt, die Ausarbeitung der in dieser Richtlinie genannten detaillierten Angaben für das Jahr 1960 durch spezielle planmäßige Bestimmungen zu regeln.

Macher

Sekretär

der Staatlichen Plankommission

Richtlinie

zur Ausarbeitung der staatlichen Planaufgaben des Jahres 1960

1.

Entsprechend den von der Staatlichen Plankommission getragenen Festsetzungen wird das Jahr 1960 in die Ausarbeitung des 7-Jahresplanes voll einbezogen. Die wichtigsten Kennziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft im Jahre 1960 werden damit

a) in den Planvorschlägen der Betriebe, VVB und Bezirke ab dem 1.7.1959 der Staatlichen Plankommission vorgelegt.

b) als Bestandteil des 7-Jahresplanes bis Ende September 1959 beraten und beschlossen.

Auf der Grundlage dieser verbindlichen Ziele wurden nach Abstimmung der Vorschläge zum 7-Jahresplan die Kennziffern ausgearbeitet, die über die im Perspektivplan enthaltenen Ziffern hinausgehen und für die Konkretisierung der Aufgaben des Jahres 1960 insbesondere für die Quartaufstellung des Jahresplanes, die Bilanzierung und Verteilung der Produktionsmittel und die Aufstellung des Expertenplanes erforderlich sind.

Die VVB, die Wirtschaftsräte der Bezirke und die zentralen Organe der staatlichen Verwaltung erarbeiten die detaillierten Kennziffern für das Jahr 1960 selbständig bzw. in Abstimmung mit den Betrieben und stützen sich dabei auf die bereits für den 7-Jahresplan ausgearbeiteten Unterlagen. Es ist davon auszugehen, daß die grundsätzlichen Ergänzungen in den Betrieben bereits im den Monaten März, April, Mai geführt wurden und die Betriebe nicht nochmals generell mit der Ausarbeitung von Planvorschlägen für das Jahr 1960 belastet werden sollen.

Die VVB, die Räte der Bezirke und zentralen Organe reichen die detaillierten Angaben für das Jahr 1960 als Ergänzung zum 7-Jahresplan der Staatlichen Plankommission bis zum 15.8.1959 ein (Stichtag für den Stand der Betriebeausfertigung 1.1.1959).

Die detaillierten Angaben müssen grundsätzlich mit dem im 7-Jahrplan für das Jahr 1960 festgelegten Aufgaben übereinstimmen. Erläuternde Hinweise zu den Produktionsaufgaben dürfen zu keiner Auflockerung der im 7-Jahrplan festgelegten Angaben der Arbeitskräfte, Investitionssummen, Material- und Importfonds führen. Bei Erhöhung der Produktionsaufgaben und auf Grund neuer Erkenntnisse über die Basiskosten sind die Ziele für die Akkumulation entsprechend zu verändern.

Die Aufstellungen der Staatlichen Plankommission müssen bis Mitte Oktober 1959 auf der Basis des Jahresplanes die Bilanzierungen und Abstimmung der detaillierten Aufgaben für das Jahr 1960 vorlegen. Dabei ist die Einheit und Übereinstimmung der im 7-Jahrplan für das Jahr 1960 festgelegten Kennzahlen und der detaillierten Aufgaben für das Jahr 1960 zu gewährleisten.

Die Aufschlüsselung über den 7-Jahrplan werden im Bereich der Bezirke, den VVB und den zentralen Gremien mit den Aufgaben des 7-Jahrplanes durchgeführt. Die spezifizierten staatlichen Planaufgaben für das Jahr 1960 übergeben. Diese Aufgaben sind unverzüglich auf die Betriebe aufzuschlüsseln und ebenfalls gleichzeitig zu übergeben.

Die Betriebe sind verpflichtet, auf der Grundlage der übergebenen staatlichen Planaufgaben die zugehörigen Betriebspläne für das Jahr 1960 aufzustellen. Hierfür sind ihnen entsprechend den methodischen Bestimmungen von ihren übergeordneten Organen die Mindestanforderungen an Umfang und die Form der einzelnen Teile des Betriebsplanes rechtzeitig bekanntzugeben.

II.

Die Anforderungen zum 7-Jahrplan für das Jahr 1960 müssen die nachstehend genannten detaillierten Angaben umfassen:

1. Gesamtproduktion:

a) Die VVB und den zentralen Staatsorganen zu überreichen:

- a) die mengenmäßige Gesamtserzeugung
- b) die im 7-Jahrplan bereits festgelegten Kennzahlen die Gliederung nach Quartalen.
- c) die für eine ordnungsgemäße Bilanzierung des Jahresplanes darüber hinaus erforderlichen Positionen, soweit festgelegt, ebenfalls gegliedert nach Quartalen.
- d) die für Elektroenergie das Aufkommen auch nach Spitzenzeiten.

e) den Exportplan nach Erzeugnisgruppen und wichtigen Einzelpositionen in Mengen und Betriebsweisen.

- f) die im 7-Jahrplan bereits festgelegten Kennzahlen die Gliederung nach Quartalen.
- g) die darüber hinaus erforderlichen Positionen, soweit festgelegt, ebenfalls gegliedert nach Quartalen.

Die gesamten Anforderungen dürfen den Umfang der Staatsplankomplikation 1959 einschließen mit der Verfügung vom 21. 1. 1959 festgelegten Erweiterung für Konsumgüter nicht überschreiten.

- h) für alle Betriebe, die überwiegend Produktionsmittel herstellen wertmäßig (zu Industrieabgabepreisen und unveränderlichen Planpreisen) und mengenmäßig die Produktion von industriellen Konsumgütern entsprechend der Richtlinie der

Staatlichen Plankommission — Sonderdruck der Verfügungen und Mitteilungen der Staatlichen Plankommission vom 26. 1. 1959.

2. Von den Wirtschaftsräten der Bezirke sind zu überreichen:
 - a) die Bruttoproduktion der bezirks- und örtlich geleiteten Industrie zu unveränderlichen Planpreisen je Wirtschaftszweig nach Eigentumsformen in folgender Gliederung:
 - volkseigene Betriebe
 - darunter: Betriebe in Treuhandschaft bzw. Verwaltung
 - genossenschaftliche Betriebe
 - halbstaatliche Betriebe
 - Privatbetriebe.
 - b) die mengenmäßige Gesamtserzeugung wie (2.1) (Ziff. 1a) Die Aufgliederung nach sozialökonomischer Struktur wird nun für die Positionen vorgenommen, die in den Normenklaturen entsprechend gekennzeichnet sind.
 - c) das Handwerk ist gesondert auszuweisen.
 - d) der Exportplan wie oben (Ziff. 1b).
 - e) Konsumgüter wie oben (Ziff. 15).

Aufnahme neuer produktionsreifer Konstruktionen und Verfahren in die Produktion

Von den Räten der Bezirke werden im Vorschlag zum 7-Jahrplan die Angaben zu diesem Punkt zu überreichen. Zur Sicherung einer planmäßigen Aufnahme neuer produktionsreifer Konstruktionen und Verfahren in die Produktion nach der bezirks- und örtlich geleiteten Wirtschaft sind entsprechende Vorschläge für den Volkswirtschaftsplan 1960 einzureichen.

Technisch-wirtschaftliche Kennziffern

Es sind keine weiteren Kennziffern für 1960 einzureichen.

Produktionskapazitäten

Es sind keine weiteren Angaben für 1960 einzureichen.

Geologische Erkundungen

Die im 7-Jahrplan enthaltenen Schwerpunktaufgaben für die geologischen Erkundungen sind wie im Staatsplan 1959 zu detaillieren.

Bauproduktion — Bauvolumen — Wohnungsbau

A) Bauproduktion

Zur Detaillierung der Aufgaben des Jahres 1960 als Ergänzung zu den Kennziffern des 7-Jahrplans von den Räten der Bezirke und dem Ministerium für Bauwesen vorzulegen:

1. Aufgliederung der gesamten Bauproduktion entsprechend den methodischen Grundsätzen im 1960. Veröffentlichung wird bekanntgegeben.
- In die Eigentumsform „Produktionsgenossenschaften des Bauhandwerkes“ (Ziff. 2) ist die Bauproduktion der übrigen Genossenschaften des Bauhandwerkes einzubeziehen.
2. Aufgliederung der Bauproduktion nach wichtigsten Oberpositionen der Schlüsselstelle (auf dem Sonderformblatt) wie folgt:

Ordnungszahl Bereich
darunter: VFB Bau-
betriebe des Baubereichs

- 10 00 000 Bauproduktion
gesamt
- 11 10 000 Wohnungsbau
- 12 10 000 Landwirtschaft
Nutzbauten
- 13 10 000 bis
- 14 00 000 Sonstiger Hochbau
- 15 00 000 Industriebau
- 16 00 000 und
- 17 00 000 Tiefbau
- 18 00 000 Abbruch und
Enttrümmerung
- 19 00 000 Reparaturen

Die speziellen planmäßigen Bestimmungen für die Bauwirtschaft (Teil 2, Abs. 4) zur Bearbeitung der Planarbeiten 1960/61, wie vor der Durchführung der Arbeiten im Jahre 1960 erlassen wurden.

1) Bauvolumen

Es gelten die methodischen Grundsätze für 1960.

2) Wohnungsbau

Es gelten die methodischen Grundsätze für 1960.

Landwirtschaft, Erlassung u. Aufkauf

Zur Ausarbeitung der staatlichen Planarbeiten 1960 sind folgende Planvorschlüsse auszuarbeiten und der staatlichen Plankommission einzureichen:

- a) Quartalsaufteilung für das staatl. Aufkommen landwirtschaftlicher Erzeugnisse.
- b) Plan der landwirtschaftlichen Meliorationen.
- c) Industrielle Bruttoproduktion — wert- u. mengenmäßig, gegliedert nach Quartalen.
- d) Detaillierte Pläne des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft
- e) Von den Wirtschaftsräten der Bezirke sind Vorschläge lediglich für folgende Pläne einzureichen:
 - 1) Kontingente aus dem staatlichen Futtermittelfonds.
 - 2) Kontingente des sonstigen Nahrungsmitteleinsatzes.

Detaillierte Pläne des Staatssekretariates für Erlassung und Aufkauf

- a) detaillierte Pläne des staatlichen Aufkommens landwirtschaftlicher Erzeugnisse.
- b) Pläne für den innerbezirklichen und überbezirklichen An- und Verkauf von Zucht- und Nutzvieh.

Vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft ist einzureichen:

- a) der Exportplan für land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse nach Erzeugnisgruppen und wichtigen Einzelpositionen in Mengen und Betriebspreisen
 - b) für die im 7-Jahresplan bereits festgelegten Kennziffern die Gliederung nach Quartalen,
 - c) für die darüber hinaus erforderlichen Positionen, gleichfalls gegliedert nach Quartalen.
- Die Quartalsaufteilung für das staatl. Aufkommen an tierischen Produkten sowie die Vorschläge zum Plan

für den innerbezirklichen und überbezirklichen An- und Verkauf von Zucht- und Nutzvieh sind zum 1. 10. 1959 einzureichen.

Forstwirtschaft

Zur Ausarbeitung des staatlichen Lieferplanes und der Holzbedarfspläne sowie der übrigen Leistungen der Forstwirtschaft sind weitere Positionen (entsprechend der Staatsplanenumskizze 1959) einzureichen.

Wasserwirtschaft

Einarbeitung ergänzender Kennziffern für die Produktion und wasserwirtschaftlichen Aufgaben einsch. Wasserkraftanlagen

Transport- und Nachrichtenwesen

Es sind keine detaillierten Vorschläge für 1960 einzureichen.

Außenhandel

Von Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel sind Vorschläge für den Export und den Import einzureichen und zwar

a) für die im 7-Jahresplan bereits festgelegten Kennziffern die Gliederung nach Quartalen.

b) für die darüber hinaus erforderlichen Positionen, soweit festgelegt, gleichfalls gegliedert nach Quartalen.

Die Vorschläge des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel für den Export müssen mit den Exportvorschlüssen der VVR und der Wirtschaftskommission abgestimmt sein.

Einzelhandel

In den Vorschlägen für den 7-Jahresplan sind nur einige ausgewählte Positionen des zentralverteilten Warenfonds für die Versorgung der Bevölkerung enthalten. Es ist somit zu erwarten, daß die Räte der Bezirke und das Ministerium für Handel und Versorgung einen Planvorschlag für den Volkswirtschaftsplan 1960 einreichen.

Der Leiter des Amt Versorgung der Bevölkerung entscheidet in Abstimmung mit dem Leiter der Wirtschaftskommission über die Herausgabe entsprechender Direktiven und Orientierungsziffern für die Ausarbeitung der Planvorschläge.

1) Planvorschlüsse umfassen:

Den Warenfonds

- a) Warenfonds wertmäßig insgesamt unter Ausweis der Güterverbraucher und gegliedert nach Funktionstypen in Nomenklatur. Der Außenhandel ist jeweils untergeordnet nach zentralverteilten Warenfonds, dezentralisiertem Warenfonds, Gaststättenaufschlag und Verarbeitungsmittel. Vom Ministerium für Handel und Versorgung sind darüber hinaus beim dezentralisierten Warenfonds die bilanzierten Positionen (Bilanznomenklatur) als Darunter-Position auszuweisen.
- b) Einzelpositionen des zentralverteilten Warenfonds (Menge) lt. Nomenklatur der Schlüsselkarte zum Warenumsatz und Warenfonds mitgliedlich der Erweiterung gem. Verfahren der staatlichen Plankommission vom 21. 10. 1959, die bei Nahrungs- und Genussmitteln unterschiedlich nach Quartalen, darunter Großverbraucher bei Industriewaren, untergliedert nach Halbjahren.

Materialversorgung

Von den Ministerien und anderen zentralen Organen, den Vereinigten Volkseigenen Betrieben und von den Räten der Bezirke ist für 1960 die Materialplanung durchzuführen und einzureichen:

- a) für die im 7-Jahresplan bereits festgelegten Positionen in der Gliederung nach Quartalen.
- b) für die für eine ordnungsgemäße Bilanzierung des Jahresplanes darüber hinaus erforderlichen Positionen, soweit festgelegt, gleichfalls gegliedert nach Quartalen.
- c) gesamten Anforderungen unter den Umfang der Sachplanumskizze 1959 einschl. der mit der Verordnung vom 21. 1. 1959 über die Erweiterung des Systems der Materialbilanzierung — Verfügungen und Mitteilungen der Staatlichen Plankommission Nr. 3/1959 festgelegten Erweiterung für Konsumgüter nicht zu rechnen.)

Investitionen

Zur Realisierung der Investitionsaufgaben des Jahresplans sind von den Planträgern Planvorschläge einzureichen, die folgende Angaben enthalten:

- a) Vorschläge zur Erhaltung der Grundmittel insgesamt mit Angabe aller Überlimtverfahren: für a) Rekonstruktionsmaßnahmen, b) Generalreparaturen, c) Ersatzinvestitionen, d) Erweiterungsinvestitionen im Rahmen des Planes der Erhaltung der Grundmittel.
- b) von den Wirtschaftsräten bei den Räten der Bezirke unterteilt nach Wirtschaftszweigen.
- c) Vorschläge zur Erweiterung der Grundmittel insgesamt mit Angabe aller Überlimtverfahren: für a) Fortführungen aus dem Vorjahr, b) neu zu beginnende Vorhaben, c) Energieprogramm, d) Indusieweinrichtungen.
- d) von den Wirtschaftsräten der Bezirke unterteilt nach Wirtschaftszweigen.
- e) Zusammengefaßte Übersichten über den Einsatz der Investitionsmittel (Deckblatt) je Planträger nach Wirtschaftszweigen für: a) die Erhaltung der Grundmittel, b) die Erweiterung der Grundmittel.

Zusammengefaßte Übersichten über die Entwicklung der Grundmittel je Planträger (FBl. 6770), darunter:

- a) Brutto- und Nettowert der Grundmittel insgesamt am 1. 1. 1960
darunter: Grundmittel der Industrie
- b) Brutto- und Nettowert der Grundmittel insgesamt am 31. 12. 1960
darunter: Grundmittel der Industrie
- c) Amortisation
gegliedert nach Wirtschaftszweigen.
- d) Ökonomische Begründungen zu den gesamten Investitionsvorschlägen. (Entsprechend dem Beschluß der Staatlichen Plankommission vom 23. 4. 1958 über Maßnahmen zur Verbesserung der Vorbereitung der Investitionen.)
- e) Zusammen mit den detaillierten Planvorschlägen 1960 sind von den Planträgern entsprechend der

Anordnung Nr. 3 vom 14. 2. 1959 zur Vorbereitung und Durchführung des Investitionsplanes — GBl. Sonderdruck Nr. 296 — und der dazu herausgegebenen methodischen Bestimmungen gemäß Information der Abteilung Investitionen, Erhaltung und Technik, Nr. 159 vom 16. 2. 1959 die Pläne des langfristigen zu planenden Investitionsvorhaben anzulegen.

Arbeitskräfte und Lohn

Für die Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1960 werden die VVB, die Wirtschaftsräte und die zentralen Organe mit der Staatlichen Plankommission Abstimmungen im Rahmen der verbindlichen Kennziffern des 7-Jahresplanes durchzuführen. Dafür sind folgende Voraussetzungen noch zu schaffen:

1. Die VVB und die Wirtschaftsräte haben Vorschläge für die Neueinstellung von Jugendlichen für Lehr- und Arbeitsstellen anzubereiten. Diese Kennziffern müssen mit den Bilanzen der Jugendlichen bei den Räten der Kreise abgestimmt sein.
2. Die Wirtschaftsräte haben Bilanzen der Jugendlichen für das Jahr 1960 bis zum 15. 9. 1959 an die Abt. Kultur, Volksbildung, Gesundheits- und Sozialwesen der Staatlichen Plankommission einzureichen.
3. Die VVB, Wirtschaftsräte und die zentralen Organe übergeben der Staatlichen Plankommission für die Betriebe, Einrichtungen und Betriebe, die keine Vorschläge zum 7-Jahresplan einzureichen haben bis zum 15. 9. 1959 einen Planvorschlag:
 - a) zur Anzahl und den Lohnfonds der Gesamtbeschäftigten,
 - b) zur Anzahl und den Lohnfonds der Produktionsarbeiter (bzw. gleichgestelltes Personal in anderen Wirtschaftsbereichen).
4. Die Wirtschaftsräte sind dafür verantwortlich, daß für die Kreise und Bezirke Bilanzen der Beschäftigung und Arbeitskräfte reserven und Bilanzen des Bedarfs und der Deckung des Bedarfs an Arbeitskräften für das Jahr 1960 vorliegen. Die Bilanzen der Bevölkerung und Arbeitskräfte reserven sind die Analysen der Bedarfs- und Deckungsbilanzen der Bezirke sind bis zum 15. 9. 1959 der Abt. Koordinierung Arbeitskräfte der Staatlichen Plankommission einzureichen.

Finanzen

1. Der Ausarbeitung des Planzeils Finanzen im Jahresvolkswirtschaftsplan 1960 sowie der Ausarbeitung des Staatshaushaltsplanes 1960 sind die Finanzkennziffern zugrunde zu legen, die bereits im 7-Jahresplan von den Bezirken und VVB einzureichen wurden. Bei Erhöhung der Produktionsaufgaben und auf Grund neuer Erkenntnisse über die Basiskosten sind die Ziele für die Allokation entsprechend zu verändern. Bei der Deckung dieser Kennziffern nach Bestätigung des 7-Jahresplanes sind zusätzliche Festlegungen über die Verwendung und die Haushaltsbeziehungen zu treffen. Diese sind von den VVB, den Räten der Bezirke bzw. von den zentralen Organen in Abstimmung mit den Betrieben festzulegen, ohne daß eine detaillierte Kennziffern von den Betrieben verlangt. Dabei sind die bis zum 31. 3. 1959 abgeschlossenen lehnpolitischen Maßnahmen zu berücksichtigen. Für die Preise ist der Stand vom 1. 1. 1960 den Planvorschlägen zugrunde zu legen.
2. Diejenigen Zweige und Bereiche der Volkswirtschaft, die keinen Vorschlag für den Planzeil Finanzen im 7-Jahresplan einreichen, übergeben

Finanzvorschlag bis 15. 9. 1959 an das Ministerium der Finanzen und soweit erforderlich an die Staatliche Plankommission, Direktiven und Orientierungsziffern für die Aufstellung dieser Finanzplankommissionen werden nicht herausgegeben.

Forschung und Technik

Die methodischen Hinweise für die Ausarbeitung des Jahresplanes wurden keine Festlegungen für den Bereich Forschung und Technik getroffen. Da sich die Hinweise in den Direktiven zur Ausarbeitung des Jahresplanes nur auf die allgemeine Entwicklung der Technik beziehen, wird für die Ausarbeitung des Jahresplans Forschung und Technik festgelegt:

Die vom Zentralen Amt für Forschung und Technik bereitgestellten Orientierungsziffern für die inneren Mittel des Jahresplanes Forschung und Technik 1960 sind umgehend von den Fachabteilungen bzw. Sektoren der Staatlichen Plankommission an die VVB, Räte der Bezirke und Betriebe herauszugeben.

Die Vorlage der Planchenwerte zum Plan Forschung und Technik für 1960 von den VVB, Wirtschafts- und zentralen Organen bei der Staatlichen Plankommission und dem Zentralen Amt für Forschung und Technik ist bis 1. 9. 1959 zu fordern. Die notwendigen methodischen Festlegungen dafür sind in der vom Zentralen Amt für Forschung und Technik herauszugebenden Ordnung zu treffen.

Standardisierung

Die Planvorschläge der Staats- und Wirtschaftsorgane zum Jahresplan 1960 – Teil Standardisierung – sind auf der Grundlage der Perspektivpläne und der Rekonstruktionspläne auszuarbeiten und bis zum 1. 9. 1959 an die Abteilungen der Staatlichen Plankommission und gleichzeitig an das Amt für Standardisierung einzureichen, geleitet nach den Abschnitten B und C gemäß der Methodischen Grundsätze für 1960. Die notwendigen speziellen Bestimmungen für die Planung 1960 sind in der vom Amt für Standardisierung herauszugebenden Ordnung festzulegen.

Internationale Zusammenarbeit

Für die Ausarbeitung des Jahres 1960 werden keine besonderen Angaben gefordert.

Kultur, Volksbildung, Gesundheits- und Sozialwesen, Hoch- und Fachschulen

Für die Ausarbeitung des Jahres 1960 werden keine besonderen Angaben gefordert. Die von den örtlichen Organen vorgesehenen Investitionen für Werkstätten und Speiseräume in Betrieben und Einrichtungen der zentralgeleiteten Wirtschaft sind nicht im Bereich Gesundheits- und Sozialwesen, sondern im Bereich Handel und Versorgung auszuweisen.

II. Verfügungen und Informationen des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und der Leiter der Abteilungen der Staatlichen Plankommission

Verfügung vom 2. Juni 1959 über die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den volkseigenen Betrieben des Maschinenbaues und den volkseigenen Projektierungsbetrieben.

Zur Verkürzung der Projektierungsarbeiten bei technologischen Investitionsprojekten ist es notwendig, die Zusammenarbeit zwischen den volkseigenen Projektierungsbetrieben und Projektierungsabteilungen einerseits und den volkseigenen Betrieben andererseits enger zu gestalten und nach einheitlichen Gesichtspunkten durchzuführen.

Es wird folgendes verfügt:

1. Die volkseigenen Betriebe des zentralgeleiteten Maschinenbaues sind im Rahmen ihrer speziellen Aufgaben zur Zusammenarbeit mit den volkseigenen Projektierungsbetrieben und Projektierungsabteilungen verpflichtet. Die Verpflichtung erstreckt sich insbesondere auf die Abgabe von Angaben über spezifischen Angaben über die Erzeugnisse des Betriebes, deren technologische Funktion und Bauvorschriften, soweit diese für die Projektierung von Bedeutung sind.

Ferner sind sie verpflichtet, bei spezifischen Einzelanforderungen an der Projektausarbeitung mitzuwirken.

2. Die Projektierungsbetriebe und Projektierungsabteilungen sind verpflichtet, alle Forderungen auf Zusammenarbeit bei der zentralgeleiteten volkseigenen Betriebe des Maschinenbaues anzunehmen (in der Regel bei der Produktionsleistung). Die VVB haben die Projektanten zu befragen und innerhalb von 5 Tagen festzulegen, welche Betriebe der VVB für die Erfüllung der verlangten Aufgaben am geeignetsten sind.

3. Auf Grund dieser Festlegung ist der Betrieb verpflichtet, in kürzester Zeit, im allgemeinen innerhalb von 6 Tagen, die verbindlichen Angaben zu machen bzw. die Aufträge auszuführen. Über den Inhalt und Umfang der Angaben sowie über den Zeitpunkt der Abgabe der Unterlagen sind zwischen dem Maschinenbaubetrieb und dem Projektanten verbindliche Vereinbarungen zu treffen.

4. Die von den Betrieben des Maschinenbaues zu leistenden Angaben bzw. einzureichenden Unterlagen für die Projektierung sind in der Regel Bestandteil des Prozesses der Erzeugnisse. Bei Einzelanforderungen oder bei Anfragen oder Aufträgen, die über das normal übliche Maß eines Antrages hinausgehen, sind besondere Vereinbarungen zwischen den Projektierungsbetrieben und Projektierungsabteilungen einerseits und den Betrieben des Maschinenbaues andererseits über die Berechnung der Leistungen der Maschinenbaubetriebe als Projektierungsmitteln zu treffen. In diesem Fall erfolgt die Berechnung der Projektierungskosten entsprechend der für das Jahr 1959 gültigen Preisordnung für die Projektierungsbetriebe und Projektierungsabteilungen.

(Preisordnung Nr. 1283)

Der Leiter der Abt.

Maschinenbau der Staatlichen Plankommission

Wunderlich

Mitglied der Staatlichen Plankommission

Der Leiter der Abt. Investitionen

Forschung und Technik der Staatlichen Plankommission

Grosse

Mitglied der Staatlichen Plankommission

2. Verfügung vom 2. Juni 1959 über die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den volkseigenen Betrieben des Maschinenbaues und den volkseigenen Projektierungsbetrieben.

Die Verfügung des Leiters der Abt. Maschinenbau vom 1. Oktober 1958 über die Garantiekostenfrist (Verfügungen und Mitteilungen der Staatlichen Plankommission Nr. 3 vom 1. Oktober 1958, Abschnitt A) findet auch für Handelsorgane Anwendung, die den Staatlichen Maschinenkontor unterstehen.

Der Leiter der Abt.

Bilanzierung und Verteilung der Produktionsmittel der Staatlichen Plankommission

Selbmann

Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission

2

22

33

264

85

29

es

538

VVB Glas
Schneider
Hauptdirektor

Die Betriebe und Institutionen des Maschinenbaus haben die verschiedensten Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Arbeit weitestgehend zu nutzen.

Sanitized Copy Approved for Release 2010/06/11 : CIA-RDP80T00246A051600630001-9

Verfügungen und Mitteilungen

der Staatlichen Plankommission

1959

Berlin, den 25. Juni 1959

Nr. 11

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
I. Verfügungen und Informationen des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und der Leiter der Abteilungen der Staatlichen Plankommission	
Verfügung vom 1. 5. 1959 über die Veranlassung der Wirtschaftsräte der Betriebe der Bezirke gegenüber den Produktionsmittelgroßhandelsbetrieben über die Möglichkeit für die Zusammenarbeit mit den staatlichen Kontoren	1
Verfügung vom 12. 3. 1959 über die Kennzeichnung von Exporterzeugnissen	2
Verfügung vom 18. 3. 1959 zur Änderung der Verfügung über die Erteilung von Produktionsgenehmigungen für Nahrungs- und Genussmittel	3
Verfügung vom 18. 3. 1959 zur Verbesserung der Arbeit an mit Kennziffern des Maschinenbaues	4
Verfügung vom 21. 5. 1959 über die Behandlung der Johnpolitischen Maßnahmen	5
II. Verfügungen und Informationen des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und der Leiter der Abteilungen der Staatlichen Plankommission	
Verfügung vom 4. 5. 1959 über die Aufgabenstellung der Wirtschaftsräte bei den Räten der Bezirke gegenüber den Produktionsmittelgroßhandelsbetrieben über die Grundsätze für die Zusammenarbeit mit den staatlichen Kontoren	6
III. Auftragen der Wirtschaftsräte gegenüber dem bezirksrechtlichen Produktionsmittelgroßhandel	
Die Wirtschaftsräte bei den Räten der Bezirke haben gegenüber den Betrieben des bezirksgeleiteten Produktionsmittelgroßhandels folgende Aufgaben wahrzunehmen:	7
1. Beachtung sämtlicher sich bei der Planerstellung, Plankontrolle und Plandurchführung in den Großhandelsbetrieben ergebenden Fragen. Diese Arbeiten haben auf der Grundlage der Direktiven und der Planmethodischen Bestimmungen der Staatlichen Plankommission und des Ministeriums der Finanzen zu erfolgen. Insbesondere sind folgende Aufgaben wahrzunehmen:	8
a) Beachtung der Kennziffern für den Volkswirtschaftsplan und Abstimmung dieser innerhalb der Wirtschaftsräte und mit den zuständigen Abteilungen der Räte der Bezirke;	9
b) Überprüfung und Zusammenfassung der betrieblichen Planvorschläge;	10
c) Übernahme und Kontrolle der staatlichen Planangaben	11
2. Ausarbeitung der Perspektive der Großhandelsbetriebe für längere Zeiträume in gemeinsamer Arbeit mit den Abteilungen der Räte der Bezirke und der Produktionsbetrieben auf der Grundlage der von den staatlichen Kontoren auszubereitenden Perspektive des betreffenden Handelszweiges.	12
3. Beantwortung sämtlicher handelspolitischer, technischer und ökonomischer Grundsatzfragen des bezirksgeleiteten Produktionsmittelgroßhandels. Hierunter fallen insbesondere folgende Aufgaben:	13
a) Klärung aller grundsätzlichen und methodischen Fragen der Materialversorgung, soweit sie die Großhandelsbetriebe betreffen;	14
b) Entscheidung über die Entwicklung und Standortverteilung der Großhandelsbetriebe sowie über ihr Handelsortiment;	15
c) Mitwirkung bei der Ausarbeitung von Handelszweigrichtlinien und Grundsätzen über die sozialistische Umgestaltung des privaten Produk-	16

Handelsmittels wie Abschluß von Provisionen und Kommissionsverträgen Aufnahme von staatlicher Beteiligung usw.

Leitung und Kontrolle der Großhandelsbetriebe in der Durchführung der Abrechnungsarbeiten, Ausarbeitung und Auswertung von Quartals- und Jahresanalysen sowie Abschluß von Analysen über die Kontrolle der Leistung und der Planerfüllung.

Leitung der Vorbereitung und Durchführung von Preisvergleichen und ökonomischen Kontrollen für folgende Aufgaben wahrnehmen:

Organisation und Veranlassung von Betriebsvergleich zwischen vergleichbaren Großhandelsbetrieben bzw. Betriebsabteilungen. Hierunter fallen ebenfalls Vergleichsarbeiten zwischen Großhandelsbetrieben und Betriebsabteilungen anderer Betriebe, soweit es sich um die Auswertung der Betriebsvergleichsarbeiten, die technisch möglich ist, handelt.

Beratung, auch in Form von Besuchen, der Betriebe, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung, auch in Form von Besuchen, der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

IV. Zusammenarbeit mit den Staatlichen Kontoren

Die Staatlichen Kontore, deren Großhandelsbetriebe die Wirtschaftsräte bei den Rufen der Betriebe unterstützen, haben neben den ihnen Leistungsmöglichkeiten auf die Bilanzierung der jeweiligen Material- und Warenverteilung und Aufstellung von Lageplänen zu leisten, noch insbesondere folgende Aufgaben gegenüber den bezirklich unterstellten Großhandelsbetrieben in ihrer Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsräten zu leisten:

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Leitung der Arbeit der Planstellen, die sich an den Vergleichsarbeiten beteiligen, hinsichtlich der Durchführung der Vergleichsarbeiten.

Die vom Ministerrat beschlossenen lohnpolitischen Maßnahmen sind grundsätzlich von den Betrieben und Einrichtungen in die Planung des Lohnfonds für den gesamten Zeitraum des Siebenjahresplanes einbeziehen.

sonst sie bis einschließlich Mai im Betrieb wirksam geworden sind. Um eine klare Übersicht zu erhalten, sind die Betriebe und Einrichtungen von den übergeordneten Organen anzuweisen, ihrem Planvorschlag eine Anlage beizufügen, die folgende Angaben enthält:

a) Bruttobetrag der Lohnsteigerung, der in der Gesamtlohnsumme im Jahre 1959 bis 1965 enthalten ist;

b) den Pflöten, in denen die bisher außerhalb des Lohnes an die Arbeiter und Angestellten gezahlten Zuschläge nach der Lohnzuschlags-Verordnung vom 23. Mai 1938 (GBl. Teil I S. 175) ganz oder teilweise in die Tarife eingezeichnet sind; der Gesamtbetrag, der weiterhin als Zuschlag außerhalb des Lohnes an die Arbeiter und Angestellten zu zahlen ist, steht für die Jahre 1959 bis 1965;

c) die durchschnittliche Lohnsteigerung, die durch die Lohnsummen im Planjahr 1959 bis 1965 gegenüber dem Jahr 1958 nicht der Fall ist;

d) den Bereich oder die Bereiche, in denen die Lohnsteigerungen im Planjahr 1959 bis 1965 gegenüber dem Planjahr 1958 zu erwarten sind; die Anlage muß die in der Lohnzuschlags-Verordnung zur Ausführung der Arbeitsverträge im Untergrund mit dem 1. April 1958 festgesetzten Bestimmungen erfüllen;

2. Den Betrieben und Einrichtungen übergeordnete Organe

a) Die Vorgesetzten, die Fachabteilungen, die den Betrieben und von den Fachabteilungen der Staatlichen Plankommission bzw. von der Wirtschaftsprüfungskommission der Bezirke anzuweisen, in einer Anlage zu zeigen, in welchen einzuweisenden Planvorschlag folgende Angaben sind:

a) welcher Höhe Lohnpolitische Maßnahmen in den Lohnsummen für die Jahre 1959 bis 1965 enthalten sind;

b) damit die Lohnpolitische Maßnahmen, die durch den Bereich bereits vorhanden sind, bzw. welche Betriebe die Arbeiter nach kontinuierlicher Lohnsteigerung, nicht zu zahlen werden;

c) welche Summe als Zuschlag zum Lohn nach der Lohnzuschlags-Verordnung vom 23. Mai 1938 in den Jahren 1959 bis 1965 weiterhin außerhalb des Lohnes zu zahlen ist;

3. Zentrale Organe und Räte der Bezirke

a) die Planvorschläge, die von den zuständigen Organen der Staatlichen Plankommission angenommen sind und in jedem Falle alle vom Ministerium beschlossenen Maßnahmen § 1 & in Kraft tretenden Lohnpolitischen Maßnahmen vollständig einzubeziehen;

b) sind die Auswirkungen, die für die Betriebe und Einrichtungen nach Abgabe ihrer Planvorschläge eintreten, von diesen als Anlage entsprechend Ziffer 1 und 2 nachzuführen;

c) in der Anlage zum Planvorschlag ist von den zentralen Organen und den Räten der Bezirke anzugeben:

a) mit welchem Bruttobetrag die Lohnpolitischen Maßnahmen in den Jahren 1959 bis 1965 enthalten sind;

b) mit welcher Höhe in den Jahren 1959 bis 1965 Zuschläge zum Lohn nach der Lohnzuschlags-Verordnung vom 23. Mai 1938 weiterhin außerhalb des Lohnsumme zu zahlen sind.

Die vom Ministerium der Finanzen herausgegebenen Methoden zur Ausarbeitung des Staatshaushaltsplans von 24. März bzw. 6. April 1959, Abschnitt C, Ziffer 8, ist entsprechend dieser Mitteilung zu ergänzen.

Der Leiter der Abt. Koordinierung der Pläne der Arbeitkräfte der Staatlichen Plankommission:

Macher

Mitglied der Staatlichen Plankommission

II. Anweisungen über die Gründung, Zusammenlegung (Annektierung) und Auflösung von Volkseigenen Betrieben, Instituten und Einrichtungen

1. Anweisung vom 30. 4. 1959 über die Zusammenlegung von Betrieben des Staatlichen Maschinenkontors (Niederlassungen Jena und Gera)

§ 1

Die Zusammenlegung der der Deutschen Handelszentrale Maschinen- und Fahrzeugbau wird mit Wirkung vom 30. Juni 1959 als juristisch selbständiges Betriebskategorie des § 1 der Verordnung vom 20. 3. 1952 über die Zusammenlegung des Prinzipats der Volkseigenen Betriebsführung in den Betrieben der Deutschen Handelszentrale (GBl. S. 225) aufgeführt.

§ 2

Die Zusammenlegung des Betriebes wird mit Wirkung vom 30. Juni 1959 in der Niederlassung Gera der Deutschen Handelszentrale Industrietechnik-Feinmechanik-Optik aufgeführt.

Der Betrieb erhält den Namen: Industrietechnik-Feinmechanik-Optik Gera.

§ 3

a) Der Versorgungskontor für Maschinenbau-Erzeugnisse Gera ist Rechtsnachfolger des nach § 1 aufgeführten Betriebes.

b) Der nach § 1 aufgelöste Betrieb verwaltet die Vermögenswerte gegen mit Wirkung vom 1. Juli 1959 in der Eigentumschaft des Versorgungskontors für Maschinenbau-Erzeugnisse Gera über.

c) Der Versorgungskontor für Maschinenbau-Erzeugnisse Gera hat die Abschlußbilanz des nach § 1 aufgelösten Betriebes zum 30. Juni 1959 aufzustellen.

§ 4

Der Planabgleich des nach § 1 aufgelösten Betriebes ist der Bestandteil der Pläne des Versorgungskontors für Maschinenbau-Erzeugnisse Gera.

§ 5

Die Änderung der bisherigen Tarife, der Ortszuschläge der Betriebskategorien für die Entlohnung wird durch die Zusammenlegung nicht statt.

§ 6

Diese Anweisung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1959 in Kraft.

Staatliches Maschinen-Kontor

Wozsch

Hauptdirektor

2. Anweisung vom 30. 4. 1959 über die Zusammenlegung von Betrieben des Staatlichen Maschinenkontors (Niederlassung Berlin)

§ 1

Die Niederlassung Werkzeuge, Berlin, der Deutschen Handelszentrale Maschinen- und Fahrzeugbau wird mit

Verfügungen und Mitteilungen der Staatlichen Plankommission

1959

Berlin, den 30. Mai 1959

Nr. 9

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Verfügungen und Informationen des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und der Leiter der Abteilungen der Staatlichen Plankommission

Verfügung vom 23. 4. 1959 über die Durchführung eines staatlichen Investitionsüberprüfungs

Verfügung vom 17. 3. 1959 über die Ausführung von Exporten von Außenland im Import und Export

Verfügung über die Organisation der Arbeit der Versorgung der Wirtschaft und der Bevölkerung mit Plänen und Plasterzeugnissen vom 13. 4. 1959

Verfügung vom 27. 4. 1959 über die Erweiterung von Gewerbebetrieben an selbständigen Vertretern

Verfügungen über die Gründung, Zusammenfassung (Angliederung) und Auflösung von Wirtschaftlichen Betrieben

Verfügung vom 30. 12. 1958 über die Ausführung des VEB Schiffswerft Dresden-Ortrand in der Zusammenarbeit mit dem VEB Flugzeugbau und Röntgenwerk Dresden

Verfügung vom 30. 12. 1958 über die Ausführung des VEB Spezialmaschinen- und Werkzeugwerk, Pörschke an den VEB Maschinen- und Schokoladenmaschinen Pörschke

III. Verschiedenes

Verordnung des Gesetz der Vereinigten Arabischen Republik über den Gebrauch der arabischen Sprache im kommerziellen Leben

Verordnung der Technischen Bergbauspekt der Deutschen Demokratischen Republik über die Zulassung von Schnellzeitzugenden aus der CSR, Fabrik Vsesin

Ankündigung der Technischen Bergbauspekt der Deutschen Demokratischen Republik über die Zulassung von Millisekundenzeigern aus der CSR, Fabrik Vsesin

1. Verfügungen und Informationen des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und der Leiter der Abteilungen der Staatlichen Plankommission

Verfügung vom 23. 4. 1959 über die Durchführung eines staatlichen Investitionsüberprüfungs

Sicherung der Durchführung des Investitionsplanes von 1959 auf Grund der Verordnung vom 13. Februar 1959 über die Organisation der Planung der Volkswirtschaft (GBl. S. 125) in Übereinstimmung mit dem Ministerium der Finanzen folgendes an

Am 1. März 1959 ist eine ständige Überprüfung aller Investitionsvorhaben des Planes der Erweiterung der Grundmittel und der Bauhilfen des Planes der Grundmittel und Kredite durchzuführen. Die Überprüfung ist von folgenden Kreditinstituten durchzuführen:

a) von der Deutschen Investitionsbank für alle Investitionsvorhaben des Planes der Erweiterung der Grundmittel mit Ausnahme der Investitionen der Landwirtschaft und des Wohnungsbau;

b) von der Deutschen Bauernbank für alle Investitionsvorhaben des Planes der Erweiterung der Grundmittel der Landwirt-

schaft sowie der Lizenzbauvorhaben der Landwirtschaft und des lizenzierten Wohnungsbau in der Landwirtschaft;

c) von den Sparkassen

In den vollseigenen Wohnungsbau für den Plan der Erweiterung der Grundmittel und des gesamten lizenzierten Wohnungsbau außer dem lizenzierten Wohnungsbau für die Landwirt

Alle anderen Lizenzbauvorhaben sind nicht in diese Überprüfung mit einzubeziehen.

Alle Investitions- und Lizenzträger legen ab 1. März 1959 nach Anforderung durch die für sie zuständige Zweigstelle der vorgenannten Kreditinstitute bei dessen folgende Unterlagen über ihre Investitions- bzw. Lizenzbauvorhaben zur Überprüfung vor:

a) ihren Plan der Erweiterung der Grundmittel bzw. die Bauhilfen
b) die ordnungsgemäß abgeschlossenen Bauleistungs- und Lieferverträge (Ausrüstungen) aus denen die verbindlichen Termine und der Umfang der Lieferungen und Leistungen für 1959 ersichtlich sind. Liegen für Vorhaben, die planmäßig erst zu einem späteren Zeitpunkt des Jahres 1959 begonnen werden sollen, noch keine

Zur Wahrung einer strengen Plandisziplin und um
zuständigen Wirtschaftsorganen ständig einen gena
Überblick über den Stand der operativen Veränder

7. Die operativen Änderungen von Aufgaben Import und Export werden in der Abrechnung Planes des Außenhandels und Innerdeuts Handels in allen Plantteilen als Übererfüllung

1. *Journal of the American Medical Association*, 1997; 277: 1033-1038.

Sichererfüllung der Planaufgabe ausgewiesen. Das Sonderplankonzept bleibt unverändert. Die Ordnung für die Durchführung zusätzlicher Aufgaben zum Volkswirtschaftsplan - Teil Außenhandel und Innerdeutscher Handel - vom 23. 5. 1956 mit der Ergänzung vom 5. 11. 1956 werden aufgehoben.

Gregor

Erster Stellvertreter

Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission

Entscheidung über die Organisation der Arbeit bei der Lenkung der Wirtschaft und Bevölkerung mit Plasten und Plasterzeugnissen vom 13. 4. 1959.

Durchführung des Gesetzes vom 11. Februar 1956 über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Organisation des Staatsapparates in der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. 1. S. 117) und der Verordnung vom 13. Februar 1958 über die Organisation der Lenkung und Verteilung der Produktionsmittel (GBl. 1. S. 129) sowie der Anordnung vom 17. April 1953 über methodischen Grundsätze in die Planung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik (Sonderdruck 277/2-28) und die Arbeit auf Grundlage der Anordnung vom 7. Juni 1953 über die Lenkung der Materialwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. 1. S. 517) bei der Verteilung der Wirtschaft und Bevölkerung mit Plasten und Plasterzeugnissen wie folgt:

Staatliche Plankommission

Die Staatliche Plankommission geht mit der Planaktivität für die wichtigsten Positionen Orientierungsziffern für die Bedarfsplanung von Plasten und Plasterzeugnissen an die Zentralen Staatsorgane, Vereinigungen Volkseigener Betriebe sowie Leiter der Betriebe heraus.

Die Staatliche Plankommission überprüft im Rahmen der Staatsplannomenklatur den Bedarf der Wirtschaft und Bevölkerung an Plasten und Plasterzeugnissen. Unter Beachtung der von den Kontingentträgern ausgearbeiteten Versorgungsbilanzen der festgelegten Nomenklatur sowie des von der Lenkungsstelle für Plaste beim Staatlichen Chemie-Kontor ermittelten Bedarfs nach Sortimenten bereitet die Staatliche Plankommission Bilanzen des Kontingents und der Verteilung aus.

Die Staatliche Plankommission geht auf der Grundlage der bestätigten Materialbilanzen zum Volkswirtschaftsplan für die kontingentierten Positionen Kontingente an die Zentralen Staatsorgane, Vereinigungen Volkseigener Betriebe und Rate der Betriebe.

Die Materialbilanzen werden dem Staatlichen Chemie-Kontor zur Durchführung übergeben.

Die Staatliche Plankommission kontrolliert die Durchführung der Bilanzen.

II. Staatliches Chemie-Kontor

Das Staatliche Chemie-Kontor hat die Aufgabe der Lenkung und Überwachung des zweckmäßigen Konsums und der zweckmäßigen Verwendung der verschiedenen Plastrobstoffe und der daraus gefertigten Halbfabrikate und Halbzeuge hinsichtlich deren technischer Verwendung sowie hinsichtlich der Herstellung von technischen und Konsumgütern unter der Beachtung der volkswirtschaftlichen Schwerpunkte und Notwendigkeiten sowie der Ausarbeitung von Vorschlägen zur richtigen Versorgung der Volkswirtschaft mit Erzeugnissen aus Plaste.

Das Staatliche Chemie-Kontor hat die Verwaltung der Operativen Reserve nach den Weisungen der Staatlichen Plankommission zu übernehmen.

Das Staatliche Chemie-Kontor hat die Abrechnung über die Erfüllung der Materialbilanzen zum Volkswirtschaftsplan zusammenzufassen und den Staatlichen Plankommission sowie der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik zu übergeben. Es hat die bei der Auswertung der in Betracht kommenden festgestellten Unregelmäßigkeiten bzw. Planabweichungen den unmittelbar zuständigen Organen mitzuteilen sowie die Regulierung dieser Abweichungen zu kontrollieren und der Staatlichen Plankommission für jeden Abrechnungszeitraum eine Versorgungsanalyse zu übergeben.

Die operative Durchführung obliegt der Lenkungsstelle für Plaste beim Staatlichen Chemie-Kontor.

Zur Lenkungsstelle gehört ein Beirat aus beratenden und unterstützenden Organen, dem je ein Vertreter der VVB: Plasterverarbeitung, der VVB Elektrochemie und Plaste, der Abteilung Chemie der Staatlichen Plankommission, der Abteilung Kontingents der Planung der Betriebe der Staatlichen Plankommission, des Instituts für Technologie der Plaste sowie des Staatlichen Maschinen-Kontors angehört.

Die Lenkungsstelle hat folgende Pflichten und Befugnisse:

1. Organisation der Realisierung der von der Staatlichen Plankommission bzw. von anderen mit der Bilanzierung beauftragten Organen gebenden Rohstoff- und Fertigwarenbilanzen.

2. Ausarbeitung von speziellen Bilanzen entsprechend einer von der Staatlichen Plankommission gegebenen Nomenklatur

a) Rohstoffbilanzen nach technischen Anwendungs-bereichen (Produktionsmittel und Konsumgüter).

b) Fertigwarenbilanzen.

und deren Durchführung und Kontrolle nach Bestätigung durch die Staatliche Plankommission.

3. Durchführung der Bedarfsermittlung entsprechend einer von der Staatlichen Plankommission zu gebenden Nomenklatur.

4. Die in Frage kommenden Kontingentträger sowie die Betriebe der plasterverwendenden und plasterverarbeitenden Industrie sind auf Anforderung der Lenkungsstelle über die Produktion der Rohstoffe sowie deren Verbrauch nach Verwendungszwecken auskunftspflichtig.

5. Bei Nachforderungen von Plastrobstoffen sind die Kontingentträger verpflichtet, der Lenkungsstelle einen umfassenden Nachweis über die Verwendung der zugeleiteten und geteilten Plastrobstoffe zu geben.

6. Die Zuweisung von Plastrobstoffen für die einzelnen Verarbeitungsbetriebe ist entsprechend der für die Betriebe festgelegten Produktionspläne vorzunehmen. Hierbei ist auf jeden Fall die Zusammenarbeit mit der VVB Plasterverarbeitung zu sichern.

7. Bei der Durchführung von Maßnahmen zur Begrenzung der Produktion in der gesamten Plasterindustrie und der Fertigung wirtschaftlicher Erzeugnisse ist der VVB Plasterverarbeitung besondere Unterstützung zu geben. Im gleichen Sinne hat die Lenkungsstelle auch bei der Ausarbeitung von Vorschlägen für die Verteilung von Plasterverarbeitungsmaschinen und der Organisierung des Einsatzes von Werkzeugen mitzuwirken.

8. Die Lenkungsstelle ist verpflichtet, der Staatlichen Plankommission Vorschläge zu unterbreiten, um zu verhindern, daß hochwertige Plastrobstoffe für die

als wirtschaftlich unzweckmäßig: Fertigung verschiedener werden.

Die Lenkungsstelle hat auf Weisung der Staatlichen Plankommission operative Maßnahmen zur Gewährleistung der ordnungsmäßigen Versorgung der Volkswirtschaft mit Kunststoffen und Plasterzeugnissen einzuleiten.

Die Lenkungsstelle berätet in Zusammenarbeit mit der VVB-Plastverarbeitung, den Produktionsbetrieben und den verantwortlichen Instanzen den zweckmäßigen Einsatz der neu in die Produktion eintreffenden Plaste vor z. B. Polyester, Polypropylen.

III. VVB-Plastverarbeitung

Die VVB-Plastverarbeitung ist für die Planung der gesamten ökonomischen und technischen Entwicklung der unterministeriellen Betriebe verantwortlich.

Die VVB arbeitet die Produktionspläne für die chemischen und technische Plaste, die den unterstellten Betrieben ausgereicht werden, auf der Grundlage der Vorgaben der Staatlichen Plankommission sowie der Vorgaben des Industrieministeriums aus.

Die VVB führt eine zentrale Plankontrolle durch, die die Einhaltung der Pläne bei der Verwendung von Rohstoffen, über die Kosten, die Abrechnungen und die Beziehungen zu den anderen Betrieben, organisiert die finanzielle Hilfe und veranlaßt Betriebsvergleiche zwischen den Betrieben mit dem Ziel, die Pläne zu erfüllen und überzufrachten. Sie ist die Steuerung der Produktion und die Abrechnung der Renditen der Betriebe zu gewährleisten.

Die VVB organisiert zur Verbesserung der Technologie und der Arbeitsorganisation die Bildung von Kollektiven aus den sozialistischen Betrieben und zieht zur Förderung des Rationalisatorbewusstseins technische Kollektive, insbesondere Rationalisatoren und Meister in die Produktion, zu ihrer Arbeit heran.

Für die fachliche Unterstützung der Leitung der VVB zur technischen Beratung der Produzenten und für die Verrichter von Platten und Plasterzeugnissen ist eine technische Beratungsstelle bei der VVB-Plastverarbeitung verantwortlich.

Die VVB-Plastverarbeitung legt die Beratungsstelle darüber hinaus noch die Liefermengen und Rechte zur Schaffung einer standortbezogenen aller plastverarbeitenden Betriebe und deren spezifische Kapazität in Zusammenarbeit mit den örtlichen Staatsorganen.

In Zusammenarbeit mit den örtlichen Staatsorganen zur Festlegung der für die verschiedenen Betriebe geeigneten Herstellerbetriebe mit dem Ziel der Gewährleistung der Produktion vor wirtschaftlichen Losgrößen.

Ausarbeitung von Materialeinsatzplänen für den zweckmäßigsten Einsatz von Kunststoffen und zu verhindern, daß hochwertige Plaste unzureichend eingesetzt werden.

Schaffung von Berechnungsgrundlagen für den Plasteinsatz durch Ausarbeitung entsprechender technisch-wirtschaftlicher Kennziffern des Materialverbrauchs.

Kontrolle über den Einsatz der Rohstoffe in der plastverarbeitenden Industrie, Festlegung von Maßnahmen bei Nichterhaltung der gegebenen Kontrollziffern für die Verarbeitung des Materials nach technischen Anwendungsrichtlinien.

In Wahrnehmung der ihnen übertragenen Pflichten und Rechte sind die Mitarbeiter der VVB-Plastverarbeitung berechtigt, die plastische- und verarbeitenden

Betriebe aufzusuchen, Unterlagen über die Produktion, Aufträge usw. einzusehen und entsprechende Empfehlungen zu geben.

IV. Zentrale Staatsorgane, Vereinigungen Volkseigener Betriebe und Räte der Bezirke

1. Unter Beachtung der vorgegebenen Orientierungsziffern überreichen die Zentralen Staatsorgane, Vereinigungen Volkseigener Betriebe und Räte der Bezirke entsprechend der Normenpläne für die Produktionsplanung der Staatlichen Plankommission der Lenkungsstelle für Plaste beim Staatlichen Chemie-Kontroll mit Normen oder anderen Kennziffern der Materialwirtschaft begründete Plasterpläne.
2. Die Ministerien, Vereinigungen Volkseigener Betriebe, Räte der Bezirke und sonstigen Organe teilen die von der Staatlichen Plankommission erhaltenen Kontingente auf die Bedarfsträgergruppen und Bedarfsträger auf.
3. Soweit von den Kontingententragern im Rahmen der von der Staatlichen Plankommission festgelegten Richtlinie Kontingentreserven, die nicht mehr als 5% eines durchschnittlichen Quartalsumsatzes betragen sollen, gehalten werden, sind diese der Lenkungsstelle für Plaste bekanntzugeben.
4. Die Zentralen Staatsorgane, Vereinigungen Volkseigener Betriebe, Räte der Bezirke und Räte der Kreise erteilen ihren Bedarfsträgern die Versorgung mit den festgelegten Plastermengen und nehmen erforderlichenfalls die Plasterkontrollstelle für Plaste und der Technischen Kontrollstelle bei der VVB-Plastverarbeitung in Anspruch.
5. Die Versorgungsbereiche der Staatlichen Plankommission, die Ministerien, Vereinigungen Volkseigener Betriebe, Räte der Bezirke und Räte der Kreise fassen die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik angewiesenen Verbrauchsentsprechende Abrechnung ihrer Bedarfsträger zusammen und übergeben die Zusammenfassung (Formulare) an den zuständigen Organen.

V. Die Verbraucher (Bedarfsträger)

Die Verbraucher (Bedarfsträger) haben die Gewährleistung ihrer Versorgung zu folgenden Aufgaben:

1. Entsprechend den Weisungen ihres übergeordneten Organs mit Normen oder anderen technischen Kennziffern der Materialwirtschaft begründete Bedarfpläne einzureichen und die Durchführung des Sparsamkeitsprinzips zu bewahren.
2. Es zur Höhe der ihnen gegebenen Kontingente den Staatlichen Chemie-Kontroll Beschlüssen entsprechend der in den Richtlinien über die Verwendung des Bezugs und die Lieferung von chemischen Erzeugnissen festgelegten Termine zu übergeben. Die vom Staatlichen Chemie-Kontroll vorgegebenen Einweisungen in bestimmte Produktionsbetriebe sind verbindlich und bilden die Grundlage für den Vertragsabschluss.
3. Für alle kontingentierte Materialien, die nicht im Direktverkehr bewegt werden, sind die auf Grund der zugelegten Kontingente ausgeschrieben Beschlüsse rechtzeitig dem Staatlichen Chemie-Kontroll oder den Auslieferungsstellen des Chemie-Kontrolls zu übergeben.
4. In ihren Bestellungen nur die technisch bestmöglichen Qualitäten und Sortimente zu fordern und die

den Materialensatzlisten sowie die bestätigten Sozialnormen einzuhalten

Nicht mehr benötigte Kontingente durch verminderten Materialbedarf auf Grund veränderter Aufgaben unverzüglich der kontingentgebenden Stelle zurückzugeben

Erstellung einer Übersicht über die erhaltenen Kontingente über den Verbrauch und über den Bestand der Waren, den Materialengang, -verbrauch und -entzug entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen abzurechnen

II. Die Produzenten

Die Fabriken und Plasterzeugnisse haben bei der Ausführung die folgende Aufgaben:

1. Produktionsplänevorschlagn und den Produktionsplan bzw. Lieferplan nach Sortenarten und Leistungen in Übereinstimmung mit dem zwischen den Fabriken übergeordneten Organ und dem zentralen Chemie-Kontroll-Apparat abschließen (Gefahr der Verzögerungen zu bringen)

2. Die Menge, Höhe ihrer staatlichen Produktionsaufträge, Verträge mit den Vorgesetzten und die Lieferpläne der von der Staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat angeführten Fabriken zu berücksichtigen

3. Die privaten Produktionsleistungen mit der staatlichen Produktion zu vergleichen und die Differenz zu berechnen

4. Die Höhe der staatlichen Produktionsleistungen zu berechnen und die Differenz zu berechnen

5. Die staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat die von der Staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat angeführten Fabriken zu berücksichtigen

6. Die staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat die von der Staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat angeführten Fabriken zu berücksichtigen

7. Die staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat die von der Staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat angeführten Fabriken zu berücksichtigen

8. Die staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat die von der Staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat angeführten Fabriken zu berücksichtigen

9. Die staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat die von der Staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat angeführten Fabriken zu berücksichtigen

10. Die staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat die von der Staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat angeführten Fabriken zu berücksichtigen

11. Die staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat die von der Staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat angeführten Fabriken zu berücksichtigen

12. Die staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat die von der Staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat angeführten Fabriken zu berücksichtigen

13. Die staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat die von der Staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat angeführten Fabriken zu berücksichtigen

14. Die staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat die von der Staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat angeführten Fabriken zu berücksichtigen

15. Die staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat die von der Staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat angeführten Fabriken zu berücksichtigen

16. Die staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat die von der Staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat angeführten Fabriken zu berücksichtigen

17. Die staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat die von der Staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat angeführten Fabriken zu berücksichtigen

18. Die staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat die von der Staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat angeführten Fabriken zu berücksichtigen

19. Die staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat die von der Staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat angeführten Fabriken zu berücksichtigen

20. Die staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat die von der Staatlichen Chemie-Kontroll-Apparat angeführten Fabriken zu berücksichtigen

Diese Verfügung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Der Minister
für Außenhandel und Innere Angelegenheiten

H. V. Hillenbrand
Staatsekretär

Der Leiter
der Abteilung Bezirke der Staatlichen Plankommission

Hicke
Stellvertreter des Vorsitzenden
der Staatlichen Plankommission

II. Anweisungen über die Gründungs, Zusammenlegung (Angliederung) und Auflösung von volkseigenen Betrieben

1. Anweisung vom 30. 12. 1958 über die Auflösung des VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau und seine Zusammenlegung mit dem VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden.

§ 1
Der VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau und der VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden werden zum 31. 12. 1958 zusammengelegt.

§ 2
Zu dem Zweck wird der VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau, der VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden, der VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau unter dem Namen VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau mit Wirkung vom 1. 1. 1959 in den VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden eingegliedert.

Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden unter der Leitung des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt. Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt.

Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt. Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt.

Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt. Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt.

Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt. Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt.

Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt. Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt.

Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt. Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt.

Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt. Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt.

Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt. Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt.

Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt. Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt.

Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt. Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt.

Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt. Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt.

Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt. Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt.

Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt. Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt.

Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt. Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt.

Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt. Die VEB Schiffswerft Dresden-Ubigau wird als Teil des VEB Transformator- und Röntgenwerk Dresden geführt.

23

Der nach § 1 aufgelöste Betrieb wird mit Wirkung vom 1. Januar 1959 dem VEB Verpackungs- und Schokoladenmaschinen Dresden als Betriebsstätte umgegliedert.

43

Der VEB Verpackungs- und Schokoladenmaschinen
Türken ist Rechtsnachfolger des nach § 1 aufgelösten
Vereinigtes.

Die von dem nach § 1 aufgelösten Betrieb verwalteten Vermögenswerte gehen mit Wirkung vom 1. Januar 1999 in die Rechtsträgerschaft des VEB-Vermögens- und Schokoladenmischers über.

Der VEB Verpackungs- und Transportmaterialien
hat die Abschließung des nachfolgenden
Betriebs zum 31. Dezember 1980 an.

Die Hauptaufgaben: Herstellung von
 und der Bestandteile (z.B. Schokolade, Eis,
 und Schokoladenröschen).

Die Färbung der
Leb-Latte Front
des
des
des

Das Adweinschiff

MVB Nucleic Acid
Nucleic Acid
Nucleic Acid
Nucleic Acid
H₂O

III. Verschiedenes

Verordnung zum Gesetz der Vereinigten Arabischen
Republik über den Gebrauch der arabischen Schrift
im öffentlichen Leben.

Bezeichnung des Landes, in dem die Waren hergestellt wurden:

2. Mitteilung der Technischen Bergbauinspektion der Deutschen Demokratischen Republik über die Untersuchung von Schnellzeit- undern aus der GSR, Pö...

Die Anzahl der Deutschen Handfeuerwaffen ist
unbegrenzt – werden hiermit auf Grund des § 1
Sprengmittelabgabengesetz vom 29. 3. 1938
in der Fassung des Sprengstoffgesetzes vom 29. 3. 1938
in Kraft gesetzt. CSB hergestellte Schmelzen werden
in Zerstosern bis 3 zum Schießen in Kurzstößen
eingesetzt (2 bis 3 Schüsse) im gesamten Berzahn einstellbar
und die durch brandbare Gefäße gefährdet sind
bei Überladesprengungen zusehens.
In dem Boden der Häusern müssen sich Fabrikanten
die Zustöße eingepreist sein.
Zerstoserräume müssen rote Spritzung, die Zerstos-
er Zerstos 0 g und in Spritzung haben
Zerstos 0 g und in Serien zu bündeln und in Papier
einwickeln. Die Bündel dürfen höchstens 100 Zerstos
enthalten.

Verlag: Deutsche Demokratische Republik, Staatliche Plankommission Berlin. (6) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Postfach 140 25 — Erscheinungsweise: nach Bedarf, voraussichtlich einmal monatlich. Bezug: nur nach Genehmigung der Staatlichen Plankommission durch Einweisung des Verlages — Bezugspreis: vierteljährlich 1,00 DM — Veröffentlicht unter der Genehmigungs-Nr. Ag 102 59 DDR — 1002 59 We. — VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 35, Prenzlauer Allee 34.

Der jeder Packung beizugebende gelbe Zettel muß folgende Angaben nachweisen:

Hersteller,
Zeitstufen mit Angabe der Verzögerung,
Gesamtwiderstand,
Brückenwiderstand,
Sprengkapsel — Kupferkapsel Nr. 8 —
Zünderdrahte,
Datum und Jahr der Herstellung.

Im übrigen müssen die in der Prüfbescheinigung des Versuchsstrecke Freiberg vom 30. Juli 1958 nachgewiesenen Eigenschaften stets vorhanden sein. Die Bekanntmachung der Zulassung erfolgt in der Fachzeitschrift „Sprengmittelkunde“ durch die Deutsche Handwerkskammer für Pyrotechnik.

Wichle
Vorsitzender der Abt. Arbeitsschutz
des Betriebsvorstandes des FDGB
in Garmann
Fachaussch. Berufsaufsicht
Deutsche Demokratische Republik

1. Die deutsche Technische Bergbauinspektion
der Deutschen Demokratischen Republik über die
Einführung von Arbeitskräften aus der CSFR
in die DDR

... der Russischen Handelszentrals, Charkov, die sich hiermit auf Grund des 1. Absatzes der Verordnung vom 28. April 1941, betreffend die Stofffabrik Zavody Rijn, von der Sowjet-CSR - hergestellten Maß- und Kleiderstoffen, Kaufufen 0 bis 11, zum Export nach Deutschland und Verwertung im gesamten Reichsbereich der Reichsregierung und Reichsregierung beauftragte Sprengarbeiten.

... werden auch für gasgefährdeten
... des Kali- und Steinsalzerg
... Betrieben, die durch
... Gase gefährdet sind, durch
... verwendet werden.

Die Güter sind in Beutel zu bündeln und zu verschnüren. Die Bündel dürfen höchstens 100 kg schwer sein. Der äußere Packung beizufügende Güterverkehrsbeschriftungen sind nachfolgend anzugeben:

Heute
Zeitschrift mit Annäherung der Millisekunden
Gegenüberstand.
Besonderer Widerstand.
Gegenüberstand. Kupferkapsel Nr. 8.
Gegenüberstand.
Gegenüberstand. Gegenüberstand.

Die Prüfungsmuster, die in der Prüfbescheinigung der Versuchsstrecke Freiberg vom 24. Juli 1958 nachgewiesenen Eigenschaften stets vorhanden sein.
Die Beibehaltung der Zulassung erfolgt in der amtlichen Sprengmittelliste durch die Deutsche Handels- und Chemische Pyrotechnik.

Bundessvorstand des
Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes
Abt. Arbeitsschutz
Weicheit
Abteilungsleiter
Technische Bergbauinspektion
der Deutschen Demokratischen Republik
Weicheit
Komm. Leiter

kommission Berlin. (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin
ausschließlich imal monatlich Bezug: nur nach Genehmigung des
- Bezugspreis: vierteljährlich 1,80 DM - Veröffentlicht unter der
Berliner Druckhaus, Berlin NO 35, Prenzlauer Allee 34